

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 3476 EX

Eine Chance für den Sozialismus jetzt!

Wer bremst Helmut Kohl? Offenbar besessen von dem Gedanken, als „Kanzler der Wiedervereinigung“ in die Geschichte einzugehen und dem Kapital – neben dem EG-Binnenmarkt – die DDR als neues Plündergebiet zu erschließen, kennt er nur noch ein Thema: Wiedervereinigung. Selbst die Westalliierten zucken bei dem Gedanken, es mit einem restaurierten Großdeutschland zu tun zu bekommen, zurück. Erst die DDR, später dann die Gebiete „in den Grenzen von 1937“? Auch die UdSSR hat Bonn zu verstehen gegeben, daß die Veränderung der Nachkriegsgrenzen und die Aushebelung des Kräftegleichgewichts die Schmerzgrenze überschreiten würden. In Warschau hat Kohl glei-

Aus

für die

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Siehe letzte Seite im
Jahresinhaltsverzeichnis



Siehe unseren Bericht auf Seite 9:
„Die ÖTV-Zukunftsdebatte: Auf dem
Weg zu neuen Ufern?“

• Arbeit am 17. Juni? •

• IGM-Tarifrunde • Schutz der Regenwälder • GEW beißt •

• Wer bezahlt die Parteienabende? •

Frankfurt/M. · 29. Jahrgang

12/89

Dez. 1989 · Einzelheft DM 5,-

INHALT

POLITIK

- Wolf im Schafspelz**
Gastkommentar
von Yilmaz Karahasan 3
- Arbeit am 17. Juni?** 4

LÖHNE/TARIFE

- Vorstand setzt bei Lohn**
und Gehalt Volumen zwischen
7,5 und 9 Prozent 4
- Ein guter Wurf** 5
- IG Chemie: Über den Bezirken**
schwebt die ordnende Hand
des HV 6

WIRTSCHAFT/FINANZEN

- „Finanzplatz Deutschland“ –**
Banken betreiben Börsenreform 7

GEWERKSCHAFTEN

- IG Metall: „Die Republikaner“ –**
eine gegnerische Organisation 8
- Die ÖTV-Zukunftsdebatte:**
Auf dem Weg zu neuen Ufern? 9
- Wer bezahlt die Parteienabende?**
Problematisches am Rande 10

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

IGM: Im Grundsatzreferat
und in den Anträgen
klare Akzente gesetzt

DPG: Das Startsignal für den
16. Kongreß gaben junge
Mitglieder
Bericht und Beschlüsse

Neue Herausforderungen für
die DPG / Interview mit
Marita Wellmann, Mitglied
des GHV der DPG

Journalisten der IG Medien
fordern Rücktritt von Klein

GEW: Ein „Papiertiger“
bekommt Biß in der Tarifpolitik
Dokumente und Beschlüsse 11–26

Eine Chance für...

ches gehört, und neben Bush, Thatcher und Mitterrand flüsterte ihm auch Italiens Andreotti genau dieses ins (offenbar taube) Ohr. Kann oder will er das nicht hören? Vermutlich letzteres. Was darin zum Ausdruck kommt, ist wieder diese typische Großmannssucht, Selbstüberschätzung und nationalistische Herrschsucht des deutschen Großkapitals, die uns die größten Katastrophen dieses Jahrhunderts bescherten und die sich nur bis zum vermeintlich „günstigen Augenblick“ mühselig im Zaum halten können.

Gewerkschaften, SPD, Grüne und alle demokratischen Linkskräfte sind in dieser Situation gefordert, kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht – wie manche Stimmen befürchten lassen – vom nationalistisch-vaterländischen Taumel wilhelminischer oder großdeutscher Sorte mitreißen zu lassen. Die Strategie des bundesdeutschen Großkapitals und seiner national-konservativen Interessenverwalter bis hin zu den Schönhuberschen „Republikanern“ muß jedermann klar sein: Nachdem alle Oppositionsgruppen in der DDR (mit Abstrichen auch die Sozialdemokraten) ebenso wie die bislang staatstragenden Parteien erklärtermaßen im Konsens stehen, den Sozialismus nicht abschaffen, sondern realisieren und demokratisieren zu wollen, ist für die Rückwärtskräfte hier ein Hoffnungszug abgefahren. Denn es geht ihnen nicht um eine demokratische DDR, die der Bevölkerung – was im Ansatz jetzt schon sichtbar wird – womöglich weit mehr Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet als die Bundesrepublik; es geht ihnen in Wahrheit um die Beseitigung des Prinzips, daß die materielle Existenzbasis des Volkes, die Wirtschaft, dem Volk auch gehören muß.

Alle an die Hilfsangebote geknüpften Vorbedingungen, die die DDR zu erfüllen habe, zielen dahin. Undenkbar und nicht akzeptabel ist für Kohl und seinen Interessenclan ein ebenso selbstverständlicher Sozialismuskonsens drüben wie Kapitalismuskonsens hüten. Die Wiedervereinigungsforderung wird offenkundig als die zuverlässigste Methode angesehen, einen sozialistischen Neubeginn in der DDR zu torpedieren. Man setzt – wie einst in Chile – auf die ökonomischen Schwierigkeiten und die daraus resultierenden sozialen Spannungen und Unzufriedenheiten, um dem Kapital eine Chance zu verschaffen. Wenn erst Hunderttausende – so das politische Kalkül – jeden Montag „Wiedervereinigung“ rufen, weil sie sich davon einen schnellen materiellen Vorteil erhoffen, dann hat der Sozialismus auf deutschem Boden keine Chance mehr.

Alle Linken in der Bundesrepublik, wenn sie jemals einen demokratischen Sozialismus gewollt haben, sind jetzt gefordert, diese heimtückische Kapitalistenstrategie durchkreuzen zu helfen. Besonders die Sozialdemokratie, der noch nirgendwo ein demokratischer Sozialismus gelungen ist, steht in der Pflicht, ihn auf deutschem Boden jetzt abzuwehren zu helfen, statt der SDP in der DDR Vokabeln wie „Gemischtwirtschaft“ oder die wertneutrale „soziale Marktwirtschaft“ ins Programm zu flüstern.

INHALT

- Ökologische Fachtagung:**
Zukunft der Wälder
und des Werkstoffes Holz 27

- Ausbildung im Selektionssystem:**
In jeder Stufe neu „bewähren“ 28

- Chemieumbau und Akzeptanz** 28

- Kälte, Regen, Lärm – am Bau**
geht's gefährlich zu 29

GESELLSCHAFTSPOLITIK

- Betriebsratswahl und Umweltschutz**
Schon jetzt läßt sich mehr tun 30

SOZIALPOLITIK

- Aus dem Arbeits- und Sozialrecht:**
Damoklesschwert
Arbeitnehmerhaftung 31

- Nach der Gesundheits„reform“ –**
jetzt die Krankenkassen
an der Reihe 32

INTERNATIONALES

- DDR-Gewerkschaften wollen**
erneut Vertrauen gewinnen 33

- Franz Steinkühler zur DDR** 33

- Hat die CGT Greueltaten in China**
gerechtfertigt? 34

RUBRIKEN

- GLOSSE** 3

- TARIFKALENDER** 5

- TARIFMELDUNGEN** 6

- PERSONALIEN** 29

- BÜCHER** 35

- VERLAGSINTERNES** 35

- IMPRESSUM** 35

- TERMINKALENDER** 36

- BESTELLSCHEIN** 36

- ZU GUTER LETZT** 36

Gastkommentar

Wolf im Schafspelz

Was der frühere Bundesinnenminister Zimmermann nicht schaffte, soll jetzt als „Schäuble-Entwurf“ im Bundestag im „Eilverfahren“ verabschiedet werden. Anscheinend deshalb in Eile, weil auch dieser Entwurf „des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts“ (Stand vom 27. 9. 1989) einer kritischen Analyse auf keinen Fall standhält.

Der Schäuble-Entwurf unterscheidet sich von dem bisherigen Zimmermann-Entwurf vom April 1988 insoweit, als er in der Sprache etwas sachlicher zu sein scheint und nicht den drohenden Eindruck seines Vorgängers erweckt. Es ist auch richtig, daß dieser Entwurf einige kleine Verbesserungen enthält. So z. B. in Fragen der Einföhrung eines eigenständigen Aufenthaltsrechtes für Ehegatten; der Gestattung des Kindernachzuges über das 6. Lebensjahr hinaus; der Möglichkeit des Ehegattennachzuges ohne Wartefrist; der Einföhrung einer gewissen Wiederkehrfunktion und der Erleichterung der Einbürgerung.

Diese „Verbesserungen“ sind aber im Grunde kaum etwas anderes als die gesetzliche Festschreibung der durch viele Erlasse und Verordnungen entstandenen Praxis sowie der praktizierenden Rechtsprechung. Dagegen enthält der Entwurf eine Reihe von Verschlechterungen und Verschärfungen des geltenden Rechtes, so daß er im Ganzen nichts anderes darstellt als die „Mogelpackung des Zimmermann-Entwurfes“. Der Wolf kommt diesmal im Schafspelz. Darin liegt eigentlich die besondere Gefährlichkeit des Schäuble-Entwurfes.

Insbesondere die Erweiterung und Verschärfung der Ausweisungstatbestände, das fast völlige Verbot politischer Betätigung, die weitere Spaltung der EG- und Nicht-EG-Ausländer und die Trennung der Familien in erste und folgende Generation und nicht zuletzt die gesetzliche Einföhrung des Rotationsprinzips bei künftiger Einreise und Beschäftigung von „Ausländern“ sind Regelungen, die sich nicht nur gegen die Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Nationalität, sondern gegen die abhängig Beschäftigten und ihre gewerkschaftlichen wie gesellschaftlichen Organisationen insgesamt richten.

Eine Politik, die nicht bereit oder in der Lage ist, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erkennen und anzuerkennen und daraus die richtigen Konsequenzen auch in Form von rechtlichen Normen zu ziehen, ist immer zum Scheitern verurteilt. Die seit 30 Jahren betriebene „Ausländerpolitik“, das Festhalten am nationalistischen Gesellschaftsbild im politischen Handeln und die Nichtanerkennung der Tatsache, daß wir

auch in der Bundesrepublik Deutschland schon längst eine multinationale und multikulturelle Gesellschaft haben – das sind mit die Ursachen dafür, daß die Ausländerfeindlichkeit und der Fremdenhaß weiter um sich greifen. Dies ist zugleich der Nährboden für das Wiedererstarken rechtsextremistischer und faschistischer Kräfte und Organisationen. Nicht durch das Kopieren oder den geistigen Diebstahl der Parolen von sogenannten Republikanern kann diesen Kräften „der Wind aus den Segeln“ genommen werden, sondern durch die Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist, und der Einwanderungsprozeß nicht aufzuhalten sein wird.

Es sollte festgehalten werden: Nach allen Prognosen und Berechnungen wird die Zahl der „deutschen“ Bevölkerung im Jahre 2030 46 Millionen betragen. Die Zahl der Erwerbsfähigen (20 bis 60 Jahre) wird auf 17 bis 18 Millionen abnehmen. Und es werden mehr als 19 Millionen Menschen älter als 60 Jahre alt sein. Die Folge dieser Entwicklung wird z. B. in der Frage der Rentenversicherung sein: Entweder müssen die Rentenbeiträge von 18,7 auf 40 Prozent steigen, oder die Renten müssen real um 50 Prozent sinken.

Eberhard de Haan vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt hat recht, wenn er

sagt: „Wer immer noch behauptet, wir seien kein Einwanderungsland, wer von der homogenen Nation, Sprache und Kultur redet, wer von Beschränkung der Zuwanderung spricht, der muß auch bereit sein, den Preis zu nennen, den diese Politik unseren Kindern abverlangen wird, so lange sie arbeiten. Ich sehe die Gefahr, daß wir in der Ausländerpolitik noch immer von Überflutung reden, wenn wir bevölkerungspolitisch längst auf dem trockenen sitzen. Wenn wir überleben wollen müssen wir auch eine Politik wollen, die Zuwanderung gestattet, statt sie abzuwehren.“

Neue ausländerrechtliche Regelungen müssen vom Prinzip der Gleichberechtigung aller Mitglieder der Gesellschaft – also auch der Menschen nichtdeutscher Nationalität – ausgehend entwickelt werden. Wir brauchen ein Gesetz, das nicht die polizeistaatliche Tradition des Naziregimes fortsetzt, sondern ein Gesetz, das das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in der Gesellschaft zum Ziel hat. Die Grundlage eines solchen Gesetzes muß die vorausschauende Einwanderungspolitik sein. Der Schäuble-Entwurf bringt mehr Verschlechterungen als Verbesserungen. Und er hält an der Grundideologie des Zimmermann-Entwurfes fest. Er muß daher, wie die Westberliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) formulierte, als „Status quo minus“ entschieden abgelehnt werden.

Dieser Entwurf ist nicht verbesserungsfähig. Deshalb sind alle Korrekturvorschläge sinnlos.

Yilmaz Karahasan
im Vorstand der IG Metall für Ausländerfragen zuständig

GLOSSE

Quergeträumtes

Die Polizei entschuldigt sich bei Kölner und Göttinger Demonstranten für Brutalität. Generalbundesanwalt Rebmann steht im Bundestag (sogar den Grünen) Rede und Antwort. Niedersachsens Albrecht stürzt nun doch noch über Celler Loch und Spielbankaffäre. Alle Medien nehmen Demonstrationen zur Kenntnis und lassen Oppositionelle zu Wort kommen. Der Ruf „Auch wir sind das Volk“ führt zur Annullierung des Gewaltparagraphen und der Notstandsgesetze. In den Volksvertretungen dürfen neben den Mandatsträgern auch einfache Bürger mitreden und Forderungen stellen. Helmut Kohl fährt mit der Straßenbahn ins Kanzleramt. Richard von Weizsäcker zieht in eine Etagenwohnung. Franz Steinkühler ist mit seinem Monatsgehalt als Jahreseinkommen zufrieden. Sie alle meiden die teuren Läden und gehen bei co op und Aldi einkaufen.

Verfassungsschützer und MAD-Leute werden in die Produktion geschickt (landen aber wegen der Millionen Arbeitslosen, Aus- und Übersiedler auf dem Arbeitsamt). Die Opfer der Berufsverbote werden rehabilitiert. Willy Brandt und die SPD entschuldigen sich bei ihnen wegen der Urheberschaft bei der Deformierung der „sozialen Demokratie“. Das Grundgesetz wird überarbeitet, um durch Volksentscheid den Führungsanspruch der Kapitaleigentümer in Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden. In den Betrieben zieht Demokratie ein, Gewerkschaften und Belegschaften bestimmen in der Produktion mit.

Was passiert ist? Die Bundesrepublik paßt sich mit Reformen der DDR an, um die Wiedervereinigung zu ermöglichen.

okulus

Arbeit am 17. Juni?

Dem Vorschlag von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (CDU) und Georg Leber (SPD), am 17. Juni künftig zu arbeiten und fünf Jahre lang den Verdienst den Menschen in der DDR zur Verfügung zu stellen, wurde auf dem am 21. und 22. November in Frankfurt fortgesetzten 16. Gewerkschaftstag der IG Metall eine Absage erteilt.

Dabei gibt es in dieser Gewerkschaft keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß der Umgestaltungsprozeß in der DDR auch finanziell tatkräftig unterstützt werden muß. Eine solche notwendige Hilfe für die DDR, so der 2. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, könne jedoch „keine Frage von Sonderschichten und Sonderopfern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein“. Die ökonomische Leistungskraft der Volkswirtschaft und der Finanzrahmen der öffentlichen Haushalte unseres Landes seien groß genug, „um hier nicht Almosen- und Opfermentalität zum politischen Programm machen zu müssen“.

Zinsgünstige Kredite und staatliche Finanzhilfen wären nach Zwickels Auffassung „durch Aussetzen der Steuerreform, durch eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, durch steuerliche Begünstigung von Krediten an die DDR“ zu finanzieren. Und nicht zuletzt könnten „aus Rüstungsmilliarden friedliche wirtschaftliche und soziale Aufbaumilliarden gemacht werden“.

Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, verwies in seinem Schlußwort darauf, daß, wenn jetzt Opfer gefordert würden, diese von den Banken und der Bundesregierung zu erbringen seien. Es könne nicht angehen, daß die Banken Kredite an den nach wie vor guten Schuldner DDR gäben und sich über die Zinseinnahme eine goldene Nase verdienten. Biedenkopfs und Lebers Vorschlag ginge deshalb an den Realitäten vorbei.

Steinkühler äußerte sich dann prinzipiell zum Charakter des 17. Juni: „Ich bin sehr wohl für die Abschaffung des 17. Juni, weil er als Nationalfeiertag historisch schon längst überholt ist.“ Seiner Meinung nach könnte der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten werden. Er käme der antifaschistischen Tradition der DDR entgegen und trüge auch zu dem längst überfälligen antifaschistischen Bekenntnis der Bundesrepublik bei.

Zum Abschluß des Gewerkschaftstages wurde von den Delegierten in einer Resolution die Entwicklung in der DDR als „tiefer Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ gewertet. Die IG Metall will die Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen der DDR und anderen osteuropäischen Ländern, die Information ihrer Mitglieder sowie die Propagierung der gemeinsamen Ziele verstärken. H. Sch.

Vorstand setzt bei Lohn und Gehalt Volumen zwischen 7,5 und 9 Prozent

Nachdem Anfang November die Bezirksleitungen der IG Metall den Tarifkommissionen ihre Vorschläge unterbreitet hatten, stellten sie diese beim Vorstand der IG Metall vor. Nach dessen Auffassung soll nunmehr in der Mitgliedschaft über Lohn- und Gehaltsforderungen zwischen 7,5 Prozent und 9 Prozent diskutiert werden. Ende November/Anfang Dezember werden die Tarifkommissionen ihren Forderungskatalog beschließen. Der Vorstand wird dann endgültig am 11. Dezember darüber entscheiden.

Diese Entscheidung wird nach Redaktionsschluß der NACHRICHTEN fallen. Dennoch zeichnen sich schon heute die Umrisse der Forderungen ab, die den Unternehmen bei Verhandlungsbeginn im Januar präsentiert werden. Unstreitig ist, daß die IG Metall auf der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie auf dem freien Wochenende bestehen wird.

Besonders bei der Forderung nach dem freien Wochenende kann sich die Gewerkschaft auf ein eindeutiges Votum der Beschäftigten der Metallbetriebe stützen. Aus einer Befragung, an der sich über 800 000 Beschäftigte beteiligten, konnte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, folgendes Fazit ziehen: „Für 93 bis 95 Prozent wäre die Abschaffung des freien Wochenendes eine Maßnahme, unter der Familie, Freundschaften, Partnerschaften, das Vereinsleben in Sport und Kultur erheblich leiden müßten. Nur 4 bis 6 Prozent der Befragten sagen, daß es ihnen nichts ausmachen würde, regelmäßig samstags zu arbeiten; für 94 bis 96 Prozent wäre regelmäßige Samstagsarbeit ein erheblicher Verlust an Lebensqualität.“

Noch eindeutiger ist die Ablehnung der Sonntagsarbeit. Weniger als 3 bis knapp 4 Prozent wären für eine Lockerung des Verbots der Sonntagsarbeit, aber mehr als 95 Prozent treten dafür ein, daß das Verbot der Sonntagsarbeit unverändert bestehenbleiben soll.“

Eines der wesentlichsten Argumente, das die Unternehmer gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ins Feld führen, ist – daß unter Verweis auf den europäischen Binnenmarkt – die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft bedroht sei. Die Unternehmer verfolgen eine ähnliche Taktik wie 1984, als sie das japanische Schreckgespenst an die Wand malten, um dann anschließend von Exportrekord zu Exportrekord zu eilen. Dabei setzen sie auf Unkenntnis und behaupten, daß es außerhalb der Bundesrepublik keine Bewegung für die Arbeitszeitverkürzung gebe.

Auf dem Europasymposium der IG Metall am 15. November in Frankfurt wurde bekannt, daß sich in Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, den Niederlanden,

Belgien und Frankreich die durchgesetzte tarifliche Arbeitszeit zwischen 36 und 38,5 Stunden bewegt und auch dort die Forderung nach der 35-Stunden-Woche äußerst populär ist. In den „Frankfurter Thesen“, denen die anwesenden 16 Metallgewerkschaften zustimmten, wird darauf verwiesen, daß die Tarifaufeinandersetzung, die gegenwärtig in der Metallindustrie der Bundesrepublik ansteht, weit über die Grenzen des Landes hinaus Bedeutung habe. „Ein Mißerfolg dürfte einen Stillstand in Sachen Arbeitszeitverkürzung in vielen europäischen Ländern zur Folge haben. Ein Erfolg wird in Verbindung mit den Anstrengungen, die in etlichen europäischen Ländern festzustellen sind, die 35-Stunden-Woche voran und zum Abschluß bringen“, heißt es. Es wird des weiteren festgestellt, daß mehr gegenseitige Information und mehr gemeinsame Aktio-

IGM-Bezirk Stuttgart:

Ihre Forderungen für die Tarifrunde 1990 lauten: 8,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 200 DM, der letzte Schritt zur 35-Stunden-Woche und als weitere Punkte: 100 DM mehr für die Auszubildenden, ein Manteltarifvertrag mit humaneren Arbeitsbedingungen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten.

nen vonnöten seien. Vor allem Streikbrucharbeiten sollen grenzüberschreitend verhindert werden.

Bei den Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen differieren die Diskussionsvorschläge der einzelnen Tarifkommissionen. Die Unterschiede sind jedoch nicht sehr groß, so daß geschlußfolgert werden kann, daß die Mitglieder der IG Metall eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung wünschen. Beispielhaft soll hier auf die Vorstellung der Tarifkommissionen der Bezirke Frankfurt und Stuttgart verwiesen werden.

Im Bezirk Frankfurt wurde folgende Lohn- und Gehaltsforderung zur Diskussion gestellt: 8 Prozent, mindestens jedoch 175 DM. Das hier anvisierte Volumen dürfte nahe bei 8,5 Prozent liegen.

Im Bezirk Stuttgart stimmte die Tarifkommission mehrheitlich der Bezirksleitung

zu, die Einkommenserhöhungen von 8 bis 9 Prozent vorschlug. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9 Prozent war hier nicht umstritten, jedoch die Frage, ob Strukturverbesserungen angestrebt werden sollen. Mitglieder der Tarifkommission, in deren Bereich vor allem die höheren Lohn- und Gehaltsgruppen vertreten sind, wandten sich gegen einen Sockelbetrag, weil in diesem Fall die Forderungshöhe gesenkt würde und die Unternehmen einen Haufen Geld sparten. Hingegen vertraten Mitglieder, in deren Bereich viele Kolleginnen und Kollegen in unteren Lohngruppen eingestuft sind, so in der Elektroindustrie, einen Sockelbetrag, wobei sich die Vorstellungen zwischen 150 bis 200 DM bewegten.

Neben dem Eckpunkt „Die 35-Stunden-Woche – Arbeitszeit und ihre Verteilung“ sollen in das Forderungspaket des Bezirks Stuttgart die Eckpunkte „Humane Arbeitsbedingungen – Schutz der Gesundheit“, „Mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten“ sowie „Schutz der Beschäftigten durch Tarifvertrag – gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse“ aufgenommen werden.

Besonders unter Angestellten und Zeitlöhnern sind Forderungen gegen die zunehmende Leistungsverdichtung sehr populär. Die Arbeitszeitverkürzung wird deshalb bei diesen manchmal kritisch betrachtet, weil befürchtet wird, gleiche Arbeit in weniger Zeit machen zu müssen.

Wenn allerdings selbst der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für 1990 eine 6,5prozentige Erhöhung der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erwähnt, kann man davon ausgehen, daß das Volumen in einzelnen Tarifkommissionen letztlich den 9 Prozent näher als den 7,5 Prozent sein wird. H. Sch.

Lohnrunden 1990		
Kündigungs-termin der Tarifverträge	Beschäftigte in Millionen	Wirtschaftsbereiche (z.T. regional)
November/Dezember 1989	0,5	Bergbau, Hotels u. Gaststätten, Fleischer u.a.
Januar/Februar 1990	0,8	Groß- und Außenhandel, Elektro u.a.
März 1990	6,1	Metall, Druck, Bau, Holz, Verkehr u.a.
April/Mai 1990	1,0	Groß- u. Außenhandel, Maler u. Lackierer, Gebäudereiniger u.a.
Juni/Juli 1990	1,0	Chemie, Kunststoff, Landwirtschaft u.a.
August/September 1990	0,4	Versicherungen, Chemie, Kunststoff u.a.
Oktober/November 1990	0,3	Eisen und Stahl, VW u.a.
Dezember 1990	3,0	Öffentlicher Dienst, Bahn, Post, Holz u.a.

Die statistischen Angaben entstammen dem Tarifregister des Bundesarbeitsministeriums.

Ein guter Wurf

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Bezirksleitung Hannover der IG Metall mit der IAV Ingenieurgesellschaft für Aggregatetechnik und Verkehrsfahrzeuge mbH, Berlin, einen Mantel- und Entgelttarifvertrag als Haustarifvertrag vereinbart, durch den der überwiegende Teil der Belegschaft erfaßt wird.

Der Bezirksleiter der IG Metall, Jürgen Peters, stellt in der Einleitung fest, daß mit diesem Tarifvertrag Arbeitsbedingungen für einen Personenkreis geregelt werden, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinne. Die IG Metall bilde die Basis für jeden einzelnen, eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume im Arbeitsleben wahrzunehmen. Peter verweist darauf, daß der Tarifvertrag das sichere Fundament bilde, auf dem der einzelne eigene Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalte.

Die wichtigsten Regelungen sind:

- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis zum 1. Oktober 1990 auf 37 Stunden.
- Einschränkung der Mehrarbeit und Ausgleich durch Freizeit.
- Gleitzeit kann unter Rahmenbedingungen mit dem Betriebsrat vereinbart werden (Kernarbeitszeit 6 Stunden pro Arbeitstag, Beginn 45 Minuten nach dem Beginn der Normalarbeitszeit, Gleitzeitsspanne beträgt jeweils 1,75 Stunden vor und nach der Kernarbeitszeit. Tägliche Normalarbeitszeit wird auf $\frac{1}{5}$ der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von Montag bis Frei-

tag festgelegt, Gleitzeitsaldo soll im Kalendermonat ausgeglichen sein, maximal 16 Stunden Guthaben/Soll, Gleitzeitausgleich monatlich 2 volle Arbeitstage oder 4 halbe Arbeitstage).

- Regelungen für Teilzeitarbeit. Hier darf die vereinbarte Arbeitszeit 20 Stunden in der Woche nicht unterschreiten. Der Wechsel von Voll- in Teilzeitarbeit kann nur auf freiwilliger Basis geschehen. Vereinbarungen hierzu sind mit dem Betriebsrat zu treffen.
- Neue Entgeltregelungen. Dabei wird die erworbene Qualifikation in den sieben Entgeltgruppen berücksichtigt. Die Durchlässigkeit nach oben wird erweitert. So ist z.B. für die Entgeltgruppe VI vorgesehen, daß hier Arbeitnehmer eingestuft werden, deren Qualifikation dem Niveau eines Fachhochschulabschlusses oder Hochschulabschlusses entspricht. Zugleich können Arbeitnehmer nach dieser Entgeltgruppe entlohnt werden, die diese Qualifikation durch schulische oder betriebliche Ausbildung und Weiterbildung erworben haben und über den Anforderungen der Entgeltgruppe V liegen.
- Erstellung von Qualifizierungsprogrammen im Rahmen der betrieblichen Personalplanung. Die Auswahl erfolgt im Einvernehmen mit dem Betriebsrat. Qualifizierungsmaßnahmen sind während der Arbeitszeit und unter Fortzahlung des bisherigen Bruttoverdienstes durchzuführen. Die Sachkosten trägt das Unternehmen.
- Die vereinbarte Entgeltgruppentabelle beginnt mit der Stufe 1 der Entgeltgruppe I bei 2200 DM und endet bei Stufe 3 der Entgeltgruppe VII bei 7100 DM monatlich. H. Sch.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Entnommen sind die Zahlen dem Bericht des Tarifarchivs des WSI beim DGB-Bundesvorstand von Ende Oktober 1988.

31. Jan. bis 28. Febr. 1990 – 0,1 Mio.

Aufzugbauer-, Schlosser- und Schmiedehandwerk Bayern (46200); Feinmechaniker-, Kälteanlagenbauer-, Klempner-, Mechaniker-, Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein (19400); Sägeindustrie Bayern (10400); Beamtenheimstättenwerk Bundesgebiet und Westberlin (5000); Deutsche Service-Gesellschaft der Bahn Bundesgebiet (3100); 28. Februar: Tischlerhandwerk – einschl. Glaser- und Fensterbauerhandwerk Rheinland-Pfalz (9000); Fotobearbeitungs- und -ver-

arbeitungsbetriebe Bundesgebiet und Westberlin (3100).

31. März 1990 – 4,8 Mio.

Metallindustrie einschl. Gießereien (ohne VW-Werke, Feinblechpackungsindustrie, Heizungsindustrie und -handwerk, Schrottwirtschaft) Bundesgebiet und Westberlin (3630100); Bauhauptgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (893300); Druckindustrie Bundesgebiet und Westberlin (163100); Speditions- und Transportgewerbe Nordrhein-Westfalen (98300); Deutsche Seehafenbetriebe – Arbeiter – (19000); Versicherungsvermittler/BVK – Bonn, Bundesgebiet und Westberlin (13000); Steine-Erden-Industrie (ohne Ziegelindustrie) Hessen (8900); Zeitschriftenverlage Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (8400). Zeitungsverlage Niedersachsen, Rheinland-Pfalz/Saarland (5200).

30. April – 0,2 Mio.

Textilreinigungsgewerbe Bundesgebiet (44900); Zeitungsverlage Nordrhein-Westfalen – Angestellte – und Bayern – Arbeiter und Angestellte – (30100); Bewachungsgewerbe Nordrhein-Westfalen, Bayern (19600); Bäckerhandwerk Baden-Württemberg (26000).

IG Chemie: Über den Bezirken schwebt die ordnende Hand des HV

Erste Vorstellungen zur Tariffbewegung 1990 und 1991 unterbreitete der Hauptvorstand der IG Chemie – Papier – Keramik der Öffentlichkeit auf seiner Jahrespressekonferenz am letzten Tag im Oktober in Hannover. Danach wird es im kommenden Jahr in der chemischen Industrie eine „normale, bezirkliche, reine Geldrunde“ geben. So der Gewerkschaftsvorsitzende Hermann Rappe, der in einem Nebensatz anmerkte, daß dies doch „ein Glück“ sei.

Ein „Glück“ nämlich, daß es die IG Chemie nicht mit der Last des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung zu tun habe wie die IG Metall und die IG Medien. Jenen Zuhörern, denen bei solchen Überlegungen der Gedanke kam, daß es für einen Gewerkschafter eher bedauerlich sein müßte, die Schubkraft der anderen nicht verstärken und für die eigenen Mitglieder nutzen zu können, gab Rappe zu verstehen, daß die IG Chemie keineswegs abseits stehen wolle. Die Chemie-Gewerkschaft, deren Arbeitszeitabkommen erst 1991 kündbar ist, werde Solidarität praktizieren, „wenn andere 1990 mit der Arbeitszeitverkürzung Schwierigkeiten bekommen“.

Allerdings: Von Solidaritätskomitees „mit allen möglichen Leuten halten wir nicht viel“. Dafür gebe es Strukturen im DGB. „Da gehört das hin.“ Das war ein deutlicher Hieb Rappes gegen die IG Metall und auch andere DGB-Gewerkschaften, die das Thema 35-Stunden-Woche zur Angelegenheit einer breiten demokratischen Bewegung machen möchten. Eine solche Politisierung der Arbeitszeitfrage, die auch die Massenarbeitslosigkeit, Unternehmermacht und die gesellschaftlichen Machtstrukturen überhaupt thematisieren würde, könnte das Druckpotential der Gewerkschaften spürbar vergrößern und die Gefahr der androhten Aussperrung relativieren. Offenbar ist jedoch die Selbsteinbindung der IG Chemie in das Partnerschaftsverhältnis zu den Unternehmern – nicht nur der chemischen Industrie, sondern zu ihrer Gesamtheit als Klasse – schon so weit fortgeschritten, daß für ihre Führung im Konfliktfall die Loyalität zu den „Sozialpartnern“ und damit die Glaubwürdigkeit in dieser Rolle bereits höher rangiert als Solidarität zur Bruder- oder Schwesterorganisation.

Der formalistische Hinweis auf die „Strukturen im DGB“ in einer Situation, die die Bedeutung der anstehenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung schon erkennen läßt, verweist auch auf ein bedenkliches Maß an Politikunfähigkeit. Im Grunde kann diese IG-Chemie-Position als Lehrbeispiel für das dienen, was die Kritiker der Sozialpartnerschaft immer als deren schlimme Folgen benannten: Schwächung der Arbeitnehmerstellung in Wirtschaft und Gesellschaft sowie daraus resultierende meßbare substantielle Nachteile.

In das „Glück“ der IG Chemie, nicht jetzt – wie die anderen Gewerkschaften – den schweren Gang zur weiteren Arbeitszeitverkürzung antreten zu müssen, sondern erst 1991, wird man gewiß auch die Möglichkeit hineinrechnen dürfen, dann mit leichter Hand die Früchte jenes Stellvertreterkampfes einsammeln zu können. Denn gewiß wird auch die IG Chemie einmal, wenn die Vorkämpfer der 35-Stunden-Woche die Waffen längst aus der Hand gelegt haben, bei dieser Wochenarbeitszeit ankommen. Womöglich sogar in einem gänzlich friedlichen, partnerschaftlichen Gespräch mit den Chemie-Unternehmern. Und Hermann Rappe könnte dann, sollte er noch Vorsitzender sein, wieder einmal erklären, daß die IG Chemie Klassenkämpferisches Getöse nicht nötig habe.

GdED fordert Teuerungszulagen

Als Ausgleich für die „gestiegenen Lebenshaltungskosten und insbesondere wegen enorm gestiegener Mietpreise“ hat die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands am 15. November Teuerungszulagen verlangt. Der Bundesbahnvorstand wurde zu sofortigen Verhandlungen aufgefordert. Die Teuerung und der Mietanstieg insbesondere in Großstädten und Ballungsräumen seien so schwerwiegend, daß wohnungssuchende Bundesbahner nicht mehr in der Lage seien, die geforderten Mieten zu zahlen, heißt es im GdED-Pressedienst. Da die Eisenbahner infolge des Rationalisierungsprozesses öfter als andere Beschäftigte gezwungen seien, Arbeitsstätte und Wohnungen zu wechseln, könnten die damit verbundenen übermäßigen finanziellen Belastungen auf keinen Fall mehr hingenommen werden.

Auch DPG für Sonderzulage

Unter Hinweis auf die Beschlüsse des 16. DPG-Kongresses forderte der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Kurt van Haaren, am 14. November

Die reine Geldrunde 1990 soll wie gesagt, bezirklich verlaufen. Journalisten, die solche Ankündigung angesichts der zentralistischen Tarifpolitik der letzten Jahre unglaublich aufnahmen, wollten denn doch wissen, ob es richtig sei, was sie gehört hatten. Der Tarifexperte im geschäftsführenden Hauptvorstand, Horst Mettke, brachte es daraufhin auf den Punkt: „Die Bezirke der IG Chemie handeln autonom, aber es schwebt die ordnende Hand des Hauptvorstandes über ihnen.“ Über die Forderungshöhe wollten sich weder Mettke noch Rappe äußern. Der Hauptvorstand werde in der Februarsitzung 1990 eine Empfehlung geben. Neben der Erhöhung des Entgelts sollen auch einige „Reparaturen“ am Entgelttarifvertrag anvisiert werden.

Die 1991 mögliche weitere Verkürzung der Arbeitszeit soll nach dem Willen des Vorstandes mit Regelungen über berufliche Weiterbildung verbunden werden. Dabei möchte die IG Chemie den Anspruch der Arbeitnehmer festschreiben, sich in der durch Arbeitszeitverkürzung gewonnenen Freizeit beruflich weiterbilden zu können. Die Teilnahme an den zu entwickelnden Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen soll freiwillig sein. Wer lieber die freie Zeit genießen möchte, soll dies tun dürfen. Entsprechende Betriebsvereinbarungen, die in diesem Sinne mit Gewerkschaftshilfe abgeschlossen wurden, lösten in der Organisation nicht nur reine Freude aus.

Gerd Siebert

Schwarz-Schilling zu sofortigen Verhandlungen über eine Sonderzulage sowie kräftige strukturelle Einkommensverbesserungen auf. Angesichts des hohen Überschusses und der erneut gestiegenen Produktivität bei der Post seien Einkommensverbesserungen ohne wirtschaftliche Probleme zu finanzieren.

Vorruhestand bei Banken bis Ende 1991

Auf Einkommensverbesserungen um 4,6 Prozent, überproportionale Erhöhungen der Gehälter in den unteren Tarifgruppen und der Ausbildungsvergütungen sowie Verlängerung des Vorruhestandes um zwei Jahre bis Ende 1991 haben sich die Tarifvertragsparteien am 15. November nach 14stündigen Verhandlungen in dritter Runde geeinigt. Der neue Tarifvertrag für die rund 400 000 Beschäftigten tritt rückwirkend ab 1. November in Kraft und hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Darüber hinaus wurden ein dreieinhalbjähriger Elternurlaub sowie tarifvertragliche Regelungen zur Teilzeitarbeit vereinbart. Danach soll die tägliche Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten mindestens drei Stunden betragen. Nach Angaben der Gewerkschaft HBV liegt das Gesamtvolumen „deutlich über 5 Prozent“. Auf der Strecke blieb die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um zwei auf 37 Stunden.

„Finanzplatz Deutschland“ – Banken betreiben Börsenreform

Am Freitag, dem 26. Januar, beginnt an der Deutschen Terminbörse (kurz DTB genannt) der Handel mit Optionen auf zunächst 14 deutsche Aktien. Schon seit etwa zehn Jahren wird bei den deutschen Großbanken über die Installation einer solchen Finanzterminbörse nachgedacht. Vor zweieinhalb Jahren trat dieses Projekt in die entscheidende Phase: Es wurde erstens eine GmbH als Trägerin einer solchen Börse gegründet, zweitens ein Handelssystem ausgedacht und später die dazugehörige Software von der Schweizer Terminbörse „Soffex“ gekauft; und schließlich wurde eine zur Aufnahme des Terminhandels erforderliche Novellierung des Börsengesetzes in die Wege geleitet.

Die Terminbörse ist als Computerbörse konzipiert. Gehandelt werden zum einen Optionen auf den Kauf bzw. Verkauf von Aktien (und später auch Bundesanleihen) sowie sogenannte Futures (Erwerb von Wertpapieren in der Zukunft zu einem in der Gegenwart festgelegten Preis). Gehandelt werden sollen nicht nur einzelne Wertpapiere, sondern auch der deutsche Aktienindex DAX, ein Aktienbündel der 30 größten börsenkapitalisierten Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik.

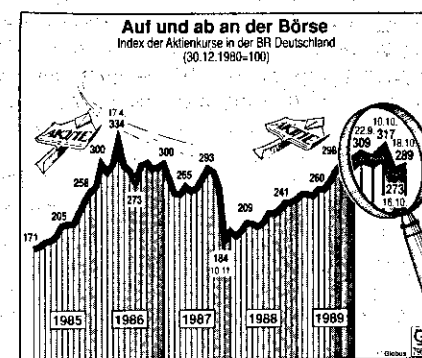
All das wirkt zunächst wenig sensationell, zumal der vornehmlich in Chicago aus dem Handel mit Agrarprodukten entstandene Terminhandel auch mit Finanzkontrakten schon lange Tradition hat und die europäischen Nachbarländer (des Westens) in der Mehrzahl bereits über derartige Terminbörsen verfügen. Man könnte meinen, es handle sich dabei lediglich um die Eröffnung einer weiteren Spiel- und Spekulationswiese für Börsianer. Das ist allerdings, folgt man den das Projekt betreibenden großen deutschen Banken unter Führung der Deutschen Bank und deren für den Bereich Börse zuständigen Vorstandsmitglied Rolf E. Breuer, mitnichten der Fall. Die DTB (Aufsichtsratsvorsitzender Breuer) ist der Strategie der Deutschen Bank zufolge – hier einig übrigens mit der traditionell im Wertpapierhandel besonders aktiven Dresdner – der Angelpunkt, an dem die alte Börsenstruktur ausgehebelt werden soll. Kurz: Die Banken machen mit der Terminbörse DTB eine große Börsenreform.

So erscheint es auch angemessen, daß ein Gesetzgebungsprozeß initiiert wurde und mit der Verabschiedung durch einen willigen Gesetzgeber ein von den Banken formuliertes neues Börsengesetz bereits zum 1. August 1989 in Kraft trat. Verändert wurde u. a., daß der Schutz des Geldanlegers vor Spekulationsverlusten aus Termingeschäften hinfert entfällt und daß generell auch Computerbörsen als Börsen gelten können.

Diese letzte Generalklausel ermöglicht den Banken jetzt, noch im Vorfeld des aktiven Handels an der Terminbörse eine

weitere börsenähnliche Veranstaltung ins Leben zu rufen, die als Bildschirmsystem praktisch den ganzen Tag über Informationen und Handelspositionen der teilnehmenden Banken ausweist, damit einen Wertpapierhandel über Computer ermöglicht und über kurz oder lang die traditionelle Börse und deren reales Parkett sowie die darauf agierenden Personen schließlich ablösen soll.

Diese derzeit in der Realisationsphase befindlichen Bankenpläne stoßen auf einen bemerkenswert heftigen Widerstand – und zwar bei den kleinen Börsen außer-



halb der Metropole Frankfurt, wovon es einschließlich Westberlins in unserem Lande sieben gibt, bei der Maklerschaft, die von der Computerbörse mit Recht ihre Existenz bedroht sieht, und von einer Anzahl kleiner Banken, die vor der Umgestaltung bereits erkämpfte, lukrative Nischenplätze bedroht sieht.

Trotzdem wird die Börsenreform in der von den großen (einschließlich der staatlichen und genossenschaftlichen) Banken beabsichtigten Form stattfinden. Denn außer den genannten kleinen Gruppen sind gesellschaftlich relevante Widerstände gegen einen so organisatorisch reformierten und effizienteren „Finanzplatz Deutschland“ nicht zu erkennen.

Auch diejenigen, die Positionsverluste befürchten, erkennen im übrigen an, daß der Finanzmarkt der Bundesrepublik im Ver-

hältnis zur Industriestärke, aber auch im Vergleich mit anderen Finanzzentren wie Zürich, Paris, Amsterdam und London – ganz zu schweigen von New York und Tokio – unterentwickelt und zu „eng“ ist.

Es liegt auf der Hand, daß für die deutschen Banken ein enger, unzulänglicher heimischer Handelsplatz ein Handicap darstellt. Zwar sind die größeren unter ihnen in London, New York und gelegentlich auch Tokio als Marktteilnehmer vertreten. Sie spielen dort aber ohne Heimvorteil nur die zweite Geige. Um den immer wichtiger werdenden Provisionsgewinn, den Gewinn aus Handelsgeschäften (mit Wertpapieren) stärker ausweiten zu können, brauchen die Banken die Börsenreform.

Auch das Industriekapital ist mittlerweile an einem stärkeren deutschen Finanzzentrum interessiert und unterstützt – glaubt man den Finanzchefs der Großchemie, von Siemens oder von Autokonzernen – eine organisatorische Reform. In diesen Kreisen ist man immer weniger zufrieden mit einigen Aspekten des für die Bundesrepublik typischen Verhältnisses zwischen Industrie und Banken. Das bei uns traditionelle Prinzip der Universalbank, bei dem dieselbe Bank für das Unternehmen zugleich als Kreditgeber und als Verbindung zum Kapitalmarkt bei der Beschaffung von Eigenkapital fungiert, hat zu einer sehr weitgehenden Kontrolle über Kapitaltransaktionen durch die Banken geführt. Sie wird im Ausland oft als der von den Banken errichtete „Schutzzaun für die deutsche Industrie“ bezeichnet.

Obwohl die deutsche Industrie im Zuge der enormen Gewinnausweitung seit 1982 – dank fast übermäßig hoch gewordener eigener Liquidität, auch wegen der Zugänglichkeit der internationalen Bondmärkte – von der Kreditvergabe durch die „Hausbank“ kaum noch abhängig ist, besteht dieses enge Netz der Beziehungen noch. Es macht große Kapitaltransaktionen oder im Extremfall sogenannte feindliche Übernahmen ohne aktive Zustimmung der großen Banken – in der Regel der Deutschen Bank – so gut wie unmöglich.

In diesem Sinne erweist sich der deutsche Kapitalmarkt für die Bedürfnisse des Industriekapitals als zu eng und zu provinziell. Außergewöhnliche Transaktionen werden zunehmend im Ausland durchgeführt oder über ausländische Broker-Häuser. Schlimmer noch, die Attraktivität deutschen Aktienkapitals leidet und führte zu einem viel beklagten relativen Zurückbleiben deutscher Aktienkurse im internationalen Maßstab.

Zur Illustration: Der Wert, den die japanische Börse der jüngst privatisierten Telefongesellschaft NTT beimaßt, übertrifft mit umgerechnet 390 Mrd. DM die Börsenkapitalisierung aller deutschen Aktiengesellschaften. Für deutsche Unternehmen bedeutet dies einen erheblichen Wettbewerbsnachteil, weil sie nicht wie die Japaner über die Möglichkeit verfügen, sich über Aktienemissionen oder mit Aktien verknüpfte, extrem niedrig verzinsten Anlei-

IG Metall: „Die Republikaner“ – eine gegnerische Organisation

Der 16. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall, der am 28. Oktober in Westberlin unterbrochen werden mußte, wurde am 21. und 22. November in der Frankfurter Kongreßhalle fortgesetzt. Verlauf und Ergebnisse dieses Gewerkschaftstages zeigen, daß in der größten westeuropäischen Einzelgewerkschaft der Wille vorherrscht, nicht die Taktik und mögliche erreichbare Kompromisse in den Vordergrund zu stellen, sondern zuerst einmal klare Positionen zu beziehen.

Ein Antrag, für den sich auch der Vorstand einsetzte, wollte, daß, solange es kein gesetzliches Verbot der Leiharbeit gibt, in den montierenden Handwerken Tarifverträge zum Schutz der Arbeitnehmer/innen bei der unternehmerischen Anwendung der Arbeitnehmerüberlassung vereinbaren. Wie schon auf der Handwerkskonferenz kam es zu einer lebhaften, kontrovers geführten Debatte. Die Mehrheit der Delegierten lehnte ein solches Begehren ab. Es wurde eingeschätzt, daß es sich bei der Leiharbeit um eine modernisierte Sklavenhaltung handelt. Wenn aber Menschen wie seelenlose Ware verschachert würden, dann dürfe die IG Metall den Profiteuren nicht den kleinen Finger reichen.

In der IG Metall gibt es keine unterschiedlichen Auffassungen über den Charakter der sogenannten „Republikaner“. Der Vorstand vertrat die Auffassung, daß diesen Rechtsextremisten nur durch politische Überzeugungsarbeit der Boden entzogen werden kann. In einer lebhaften, auf hohem Niveau stehenden Diskussion wurde übereinstimmend festgestellt, daß es selbstverständlich notwendig sei, sich argumentativ mit den Reps auseinanderzusetzen. Dies genüge jedoch nicht. Der Gewerkschaftstag müsse ein eindeutiges Signal setzen. Dies tat er dann auch.

Entgegen dem Votum von Vorstandsmitgliedern und der Antragskommission wurde folgendes beschlossen: „Die Delegierten des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages erklären die Partei ‚Die Republikaner‘ zur gegnerischen Organisation und stellen die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der IG Metall mit der Zugehörigkeit zur Partei ‚Die Republikaner‘ fest.“

hen Finanzmittel praktisch zum Nulltarif zu besorgen.

Die jüngsten Versuche, die „Macht der Banken“ zum Thema auch des Gesetzgebers zu machen, wie sie zum Beispiel von einem Mann wie Lamsdorff vorgetragen wurden, drücken diese Unzufriedenheit über den als zu eng empfundenen hiesigen Kapitalmarkt aus. Die Börsenreform der Banken soll dieser Unzufriedenheit Rechnung tragen. M. A.

Es wurde des weiteren beschlossen, daß im Sinne eines antifaschistischen Gesamtklimas vor allem die sozialen Bewegungen für Umwelt, Frieden und die Gewerkschaften zusammenwirken müßten, um Rechtsextremismus als auch rassistisches Gedankengut wirksam bekämpfen zu können. Im Sinne des vom DGB initiierten Aktionsbündnisses gegen die Reps müsse die IG Metall einen Beitrag zu der Vernetzung von Initiativen, Gruppen und Organisationen leisten, damit eine tiefgreifende gesellschaftspolitisch verändernde Kraft entstehe. Dies setze örtliche, regionale



und bundesweite Strukturen, ähnlich wie bei der Friedensbewegung, voraus. Deshalb wurde die Einberufung der 2. bundesweiten Aktionskonferenz der antifaschistischen Bewegung für den 10. und 11. Februar 1990 in Frankfurt begrüßt. Der Vorstand wurde aufgefordert, zu prüfen, in welcher Form er konkrete Unterstützung leisten kann.

Eines der großen Themen dieses Gewerkschaftstages war die internationale Gewerkschaftsarbeit. Schon in Westberlin war in der Diskussion zum Geschäftsbericht und noch mehr um die Entschließung 3 „Europapolitik-Binnenmarkt 92“ deutlich geworden, daß die Zeit für eine breite in-

ternationale Zusammenarbeit aller Gewerkschaften überreif ist und kleinem Gezänk und ideologischem Hickhack kein Platz mehr eingeräumt werden darf. Ernst Pohl, Betriebsrat bei Opel Rüsselsheim, meinte, daß Vorurteile und ideologische Barrieren der IG Metall noch Hindernisse in den Weg legten, die es ihr erschwerten, eine adäquate Antwort auf die Globalisierung der Kapitalstrategien zu finden.

Der Ulmer 2. Bevollmächtigte Günter Lorenz vertrat die Auffassung, daß die IG Metall alles daransetzen müsse, die unseelige Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, denn: „Mag in der kapitalistisch organisierten Ökonomie der Satz ‚von der Konkurrenz, die das Geschäft belebt‘, seine Berechtigung haben, bei der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten gilt eher der Satz: ‚Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte‘, also das Kapital.“

Der Betriebsratsvorsitzende von SEL, Alois Süß, sagte, daß die notwendige internationale gewerkschaftliche Gegenmacht nur entstehe, „wenn die, die bedroht sind, gemeinsam gegen die Unternehmervorteile kämpfen“. Als sich dann Gottfried Heil, Thomas Händel und Franz Bogen in derselben Richtung äußerten, stimmte der Gewerkschaftstag in der von ihnen vertretenen Richtung ab.

Dieselbe inhaltliche Diskussion setzte sich dann um einen Ergänzungsantrag zur Entschließung 21 „Internationale Gewerkschaftsarbeit/Multinationale Unternehmen“ fort. Auch hier entschied sich der Gewerkschaftstag, wiederum gegen die Auffassung der Antragsberatungskommission, nicht nur die bestehenden betrieblichen, städtepartnerschaftlichen und regionalen Kontakte zu pflegen, sondern auch neue aufzubauen.

Die längste Zeit nahmen auf diesem Gewerkschaftstag Finanzfragen in Anspruch, können doch die gewerkschaftlichen Aufgaben nur dann erfüllt werden, wenn eine gesunde finanzielle Grundlage vorhanden ist. Über die Menge, wie diese gesichert werden kann, prallten allerdings die Meinungen hart aufeinander. Es wurde dann mit satzungsändernder Mehrheit folgendes vereinbart: Der Beitrag der Rentner, der bisher 3 DM betrug, wird auf 0,5 Prozent, mindestens jedoch auf 5 DM heraufgesetzt. Dasselbe trifft auf Bezieher von Vorruhestands- bzw. Krankengeldbezügen zu. Auszubildende zahlen künftig nicht mehr 4 DM im Monat, sondern ein Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes.

Konnten Rentner, die der Gewerkschaft mindestens 20 Jahre angehörten, bisher eine einmalige Unterstützung in Höhe von 20 Prozent der geleisteten Beiträge erhalten, so wird diese Unterstützung nur noch für bis zum 31. Dezember 1990 geleistete Beiträge gezahlt und läuft dann folglich mit der Zeit aus. Der Vorstand mußte allerdings seine eingebrachten Anträge revidieren lassen. Er wollte die Beiträge für Rentner auf 0,7 Prozent anheben und

Die ÖTV-Zukunftsdebatte: Auf dem Weg zu neuen Ufern?

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) will auf der Grundlage des auf dem letzten Gewerkschaftstag im Jahre 1988 beschlossenen Antrags A 180 dem „marktorientierten Modell einer individualisierten Konkurrenzgesellschaft“ mit der Kampagne „Zukunft der öffentlichen Dienste“ das Ziel eines auf Solidarität gegründeten aktiven Sozialstaates entgegensetzen. In der auf mehrere Jahre angelegten Aktion will die Gewerkschaft aufgrund eines „strategischen Rahmenkonzeptes“ des geschäftsführenden Hauptvorstands eine „qualitätsorientierte Reform des öffentlichen Dienstes“ vorantreiben.

Sicherlich hat die IG Metall mit ihrer Zukunftsdiskussion den Anstoß auch für andere Einzelgewerkschaften gegeben, eigene Reformvorstellungen zu entwickeln. Für die ÖTV hat die Fragestellung nach dem „Sozialstaat“ eine zentrale Bedeutung. Ihr entspricht dann auch das Motto der Aktion „Zukunft durch öffentliche Dienste“. Die ÖTV kann sich auch auf Franz Steinkühler stützen, der zu Recht auf dem Zukunftskongreß seiner Organisation in dem Abschlußreferat feststellte, daß „der Sozialstaat nicht bloß die Rot-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus sein kann“.

Für ihre Kampagne hat die ÖTV zwei Gründe: Zum einen hat sie als größte Organisation im öffentlichen Dienst die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, zum anderen trägt sie aber auch große Verantwortung bei der Erarbeitung gewerkschaftlicher Alternativvorstellungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

setzte sich auch bei der Unterstützung der Rentner für schlechtere Konditionen ein.

Es gab in der Diskussion teilweise Unverständnis für die vom Vorstand vorgeschlagenen finanziellen Maßnahmen, da im schriftlichen Geschäftsbericht festgestellt worden war, daß für die Hauptkasse eine positive Kassenlage vorhanden ist und im übrigen die Probleme der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nicht zu einer finanziellen Schwächung der IG Metall geführt hätten. Es ist anzunehmen, daß der Vorstand der IG Metall künftig ausführlicher die finanzielle Situation der Organisation darstellen wird. In der Diskussion hatte Erwin Peter Winter darauf verwiesen, daß die Mitglieder wissen wollten, wofür ihr Geld verwendet wird. Den Verwaltungsstellen müsse ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden, um die Aufgaben der Zukunft besser bewältigen zu können. Dies bedeute aber auch, „das eingenommene Geld anders einzusetzen, als wir es in der Vergangenheit getan haben“. H. Sch.

Im öffentlichen Dienst sind fast 5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig. Das sind rund 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik. Nacht-, Wochenend- und Schichtarbeit gehören ebenso zu den Arbeitsbedingungen wie auch die seit 1980 politisch vorangetriebenen Flexibilisierungstendenzen. Von 1980 bis 1985 sind die Teilzeitstellen im öffentlichen Dienst um 175 000 gestiegen. Mit der Anzahl der Teilzeitarbeitsplätze stieg auch die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen, nämlich von 28 auf über 40 Prozent.

In der Defensive

An allen Ecken und Enden macht sich der Sozialabbau bemerkbar, was natürlich großen Einfluß auf Qualität und Funktionalität des öffentlichen Dienstes hat. An Stelle der Ausweitung der sozialen Dienste, beispielsweise Kindergärten und -krippen, Altentagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, werden diese im Rahmen der kommunalen Sozialpolitik auf den gegenwärtigen Stand eingefroren.

Doch gerade in der Formulierung kommunaler Ansprüche kann die Gewerkschaft ÖTV Akzente setzen. Und da gibt es bereits einige Ansatzpunkte. So nehmen einige ÖTV-Kreisverwaltungen jährlich kritisch zu den Haushaltsberatungen Stellung und fordern ein an gewerkschaftlichen Zielvorstellungen orientiertes Handeln der Kommunen, z. B. Ausweitung des Nahverkehrs, Verbesserung des Wohnungs- und Gesundheitswesens usw. Diese einzelnen Aktivitäten müssen zentral vernetzt werden, damit entsprechende politische Kraft entfaltet werden kann. Dazu ist vor allem erforderlich, daß der tausendfach vorhandene Sachverstand der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genutzt wird.

Probleme in der Umsetzung

In einer Arbeitstagung vom 29. Mai bis 2. Juni in Kochel nahmen neben den Spitzen

der ÖTV-Hauptverwaltung und der Bezirke auch sogenannte Sachverständige teil. Die Ergebnisse dieser „Spitzengespräche“ haben die Mitgliedschaft jedoch noch nicht erreicht. Neben einzelnen, vor allem von ÖTV-Kreisverwaltungen getragenen Aktivitäten zur Zukunftsdebatte will die Diskussion jedoch nicht so recht in Gang kommen, denn für viele der Funktionäre, die sich jahrelang mit dem angeblichen Sachzwang fehlender finanzieller Mittel haben auseinandersetzen müssen, ist es eine neue Erfahrung, sich nunmehr Gedanken darüber machen zu müssen, wie eine „solidarische Gesellschaft“ aussehen soll.

Über den Tag hinaus

Da sich im öffentlichen Dienst der unmittelbare Zusammenhang zwischen politischen Maßnahmen des Staats (Sozialgesetzgebung usw.) und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten widerspiegelt, ist der Ansatzpunkt für die Diskussion unter dem Motto „Zukunft durch öffentliche Dienste“ durchaus positiv zu werten. Jedoch muß deutlich gemacht werden, daß die Krise des Sozialstaats zugleich die Krise des Kapitalismus ist und die Konservativen erfolgreich versucht haben, soziale Errungenschaften abzubauen. Gemeinsam mit den Beschäftigten müssen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eigene Vorstellungen entwickeln. Betriebliche Forderungsprogramme, die bereits in einigen Verwaltungen und Betrieben existieren, bieten hierfür Ansatzpunkte.

Aber auch beim ökologischen Umbau der Gesellschaft trägt die ÖTV einige Verantwortung, z. B. bei der Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie und alternative Energiequellen.

Den bestehenden Verhältnissen stehen die Bedürfnisse der Menschen gegenüber, denn die gesellschaftlichen Probleme – vom Ozonloch bis zum Robbensterben, von Alteneinrichtungen bis zur Sozialhilfe – verlangen ein Mehr an staatlichem Handeln auf der Grundlage politischer Weichenstellungen. Und gerade auf diesen Gebieten sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mehr denn je gefordert. Günter Roggenkamp

ÖTV will 200 DM

Die ÖTV hat am 28. November am Vortag eines Spitzengesprächs mit den öffentlichen Arbeitgebern eine Erhöhung der Zulage von gegenwärtig 67 DM auf 200 DM für alle verlangt. Diese Zulage soll in die Entlohnungstabellen eingebaut und dynamisiert werden. Mit der 200-DM-Forderung beantwortete die ÖTV die Absicht von Bundesinnenminister Schäuble, den Beamten in fünf Großstädten ab 1. Januar eine sogenannte monatliche „Ballungsraumzulage“, von der ÖTV „Entsolidarisierungszulage“ genannt, in Höhe von 140 DM plus 40 DM pro Kind zu zahlen.

Wer bezahlt die Parteienabende? Problematisches am Rande

Dem Anfang November in Mannheim stattgefundenen Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) lag ein Antrag Nr. 70 aus Karlsruhe vor, der folgenden Wortlaut hat: „Die im Rahmen der Kongresse veranstalteten Parteienabende sind künftig nicht mehr von der DPG zu finanzieren bzw. teilzufinanzieren.“ Die Antragskommission hatte Ablehnung empfohlen. Dem folgte auch die Kongreßmehrheit in einer Blockabstimmung ohne Aussprache. Mit diesem Antrag und mit Diskussionen über Finanzierung von Parteienabenden am Rande des Gewerkschaftstages der IG Metall im Oktober in Westberlin ist eine bisher geheimgehaltene Praxis von Gewerkschaftsvorständen öffentlich bekanntgeworden.

Parteienabende während eines dafür freigehaltenen Abends im Verlaufe eines DGB-Kongresses oder der Mehrzahl der Gewerkschaftstage bzw. Kongresse der Einzelgewerkschaften finden schon seit Jahrzehnten statt. Anfänglich versammelten sich die Parteimitglieder der jeweiligen Parteien als mehr oder weniger geschlossene Gesellschaften. Dieser Charakter von Parteienabenden hat sich verändert. Alle Delegierten und Gäste, einschließlich der Presse, sind heute willkommen.

Aufgrund der Dominanz der SPD in der Einheitsgewerkschaft sind deren Parteienabende am stärksten besucht. Immer sprechen der SPD-Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter und der bzw. die jeweilige Gewerkschaftsvorsitzende zu den Delegierten und Teilnehmern. Regelmäßig fällt das Wort „an sich, Genossinnen und Genossen, sind wir hier beschlußfähig“. Manchmal wird auch bekanntgegeben, daß Delegierte an dem Abend ihren Bei-

Getränke ausgeschenkt. Eine Tanzkapelle animiert zum Schwof.

Miniparteienabende sind die der CDU/CSU. Oft in exklusiven Salons eines Nobelhotels versammelt sich die kleine Zahl der Delegierten, die der CDU angehören, angereichert von örtlicher Parteiprominenz. Spitzenpolitiker der CDU/CSU verirren sich selten auf Parteienabende ihrer Partei. So hoffte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Willi Sturm, beim jüngsten Gewerkschaftstag seiner Gewerkschaft, daß wenigstens der abgehalfterte Regierende Bürgermeister und nicht mehr ins Parteipräsidium gewählte Diepgen als höchster Repräsentant erscheinen möge.

Ab 1969 erhöhte sich die Zahl der Parteienabende von zwei auf drei. Als auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau – Steine – Erden im Juni 1969 in Wiesbaden der damalige Vorsitzende Rudolf Sperner die Delegierten ermunterte, die Parteienabende der SPD und CDU zu besuchen, meldete sich der Delegierte Theo Schoofs, forderte gleiches Recht für alle und gab bekannt, daß auch die ein Jahr zuvor konstituierte DKP zu einem Parteienabend einlädt. Fortan fanden auf allen Gewerkschaftstagen in der Bundesrepublik, wo Parteienabende vorgesehen waren, auch DKP-Treffen statt. Reger Besuch, teilweise bis zu 40 Prozent der Delegierten, konnten insbesondere bei den Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen und Holz und Kunststoff sowie der IG Medien (früher IG Druck und Papier) beobachtet werden.

Viele Gewerkschafter waren zuvor bei der SPD zu Gast, so daß sich der Slogan herausbildete: „Wir essen bei der SPD und diskutieren bei der DKP.“ Lange Zeit keine Parteienabende veranstalteten weder die SEW noch die DKP in Berlin (West). Aus Kompetenzgründen mußten mehr als 20 Jahre verstreichen, bis im Oktober 1989 erstmals beim erwähnten 16. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall ein gemeinsamer Parteienabend stattfand, der von mehr als 100 Delegierten und Teilnehmern, darunter auch einem Mitglied des

geschäftsführenden Vorstands, besucht wurde.

Seit 1986 lädt auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Grüne und Gewerkschafter(innen) zu Parteienabenden ein. Die Resonanz war bisher geringer als bei der DKP. Die Treffen gestalteten sich meist als Diskussionsforen, bei der die Gewerkschaftsfunktionäre Kritik an der Partei der Grünen übten. Hauptsächlich wegen ihrer unzureichenden Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen, z. B. traten grüne Politiker gegen die Lohnfortzahlung für alle bei Arbeitszeitverkürzungen auf.

Zurück zu dem eingangs erwähnten Antrag der DPG wegen Finanzierung der Parteienabende durch die Gewerkschaften. Der Verdacht liegt nahe, daß nicht nur die DPG und die IG Metall – wo es beim jüngsten Gewerkschaftstag offenbar wurde –, sondern nahezu alle DGB-Gewerkschaften Parteienabende der SPD und CDU/CSU finanzieren haben. Interessanterweise führen die kleineren Gewerkschaften, die zum Teil vom DGB finanziell unterstützt werden müssen, keine Parteienabende durch. Das gilt für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), die Gewerkschaft Leder (GL) und die frühere Gewerkschaft Kunst.

Zu einer Delikatesse entwickelte sich hinter den Kulissen und in den Wandelgängen während des jüngsten schon erwähnten Gewerkschaftstages der IG Metall die Praxis der Finanzierung von Parteienabenden. Erstmals bot der Vorstand der IG Metall den Grünen an, ihren Parteienabend ebenfalls zu finanzieren. Einflußreiche Kräfte dieser Partei wollten das Angebot ablehnen, auch darum, weil DKP und SEW dafür kein Geld erhalten hatten. Die Bundestagsfraktion setzte sich jedoch über die Bedenken aus den eigenen Reihen hinweg.

Im Ergebnis dessen verzichteten die Veranstalter auf das schon angemietete Café Charlotte und gingen in die Nobelherberge Penta-Hotel. Als die Grünen dem zuständigen Funktionär des Vorstandes sagten, sie wollten ein Essen für 29,50 DM pro Teilnehmer servieren lassen, bot dieser ihnen einen Betrag von 60,- DM pro Teilnehmer an.

Bei einer Hochrechnung dieser Zahl im Hinblick auf die rund 1500 Teilnehmer beim Parteienabend der SPD sind das zusammen für alle Parteien mehr als 100000 DM. Viele Delegierte empörten sich darüber, daß den Parteien, die schon für jede Wählerstimme vom Staat Geld erhalten, die Parteienabende finanziert werden. Diese Gelder würden angesichts der bevorstehenden Tarifausschließungen dringend für die Stärkung des Streikfonds gebraucht. Die grüne Politikerin Jutta Dittfurth kritisierte ebenfalls den Vorgang. Heinz Stehr vom Präsidium der DKP vertrat gegenüber NACHRICHTEN die Meinung, seine Partei würde sich die Parteienabende nicht von den Gewerkschaften finanzieren lassen. Werner Petschick

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Im Grundsatzreferat und in den Anträgen klare Akzente gesetzt

Der Verlauf des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall (22. bis 28. Oktober in Westberlin) war in sich widersprüchlich. Wie wir in Nr. 11/1989 schrieben, gab es noch keinen Gewerkschaftstag, auf dem der Vorsitzende der IG Metall, vor allem wegen seines Führungsstils, so harscher Kritik ausgesetzt war. In einer ganzen Reihe von Fragen, die mit der Entwicklung innergewerkschaftlicher Demokratie zusammenhängen, wie dem Vorschlagsrecht für die Mitglieder des Kontrollausschusses, der Wahl eines Präsidiums des Beirats, der Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds, der nicht vom Vorstand favorisiert und dennoch vorgeschlagen wurde, aber auch in einer so hochpolitischen Frage wie der Kontaktaufnahme zu westeuropäischen Gewerkschaften, die noch nicht dem EMB angehören, folgten die selbstbewußten Delegierten ihrem Vorsitzenden nicht.

Zugleich bekam Franz Steinkühler bei seiner Wiederwahl als Erster Vorsitzender der IG Metall ein glänzendes Wahlergebnis. Auch in der gewerkschaftspolitischen Grundorientierung, die eine entschiedene Interessenvertretung der Mitglieder zum Ziel hat, die im Grundsatzreferat sowie auch in den angenommenen Entschließungen und Anträgen enthalten ist, folgten die Delegierten der Orientierung ihres Vorsitzenden einmütig.

Zu Beginn seiner Rede ging Steinkühler darauf ein, daß die gewerkschaftlichen Erfolge nur möglich gewesen seien, weil sich die IG Metall immer Rechenschaft abgelegt habe über den gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie wirke. „In diesem Sinne haben wir immer festgehalten am Guten und Nützlichen aus unserer mehr als ein Jahrhundert alten Tradition, ohne im geringsten das jeweils Neue, das aus der Zeit Geborene zu mißachten.“ In einer Zeit globaler Trendbrüche und gesellschaftlicher Umbrüche sei Wahrheit und Klarheit gefordert. „Die Globalisierung von Kapitalstrukturen und die Internationalisierung von Konzernstrategien führen zu einer immer stärkeren Zentralisierung wirtschaftlicher Macht und zu im-

mer anonymen Entscheidungen über Wohl und Wehe einzelner Belegschaften, ja sogar ganzer Volkswirtschaften. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer laufen im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, in der Auseinandersetzung um Betriebsstillegungen immer mehr ins Leere. Ihre Geschäftsleitung ist kein Verhandlungspartner mehr, sondern zum Befehlsempfänger anonymer Manager degradiert, die in abgeschirmten Chefetagen irgendwo auf dieser Welt ihr Unwesen treiben.“

Es gebe aber auch Zeichen der Hoffnung. Was in einigen Ländern des Ostens seit Gorbatschow unter dem Namen von Glasnost und Perestroika begonnen wurde, hätte noch vor wenigen Jahren nicht einmal der kühnste Optimist zu träumen gewagt.

Sozialismus

Ganz zweifellos handle es sich im Ostblock um eine tiefe Krise. Diejenigen, die vorschnell einen Todeskampf feierten, fragte Steinkühler, ob „es vielleicht eine Fieberkrise (sei), aus der ein genesender und geläuterter Patient“ hervorgehen könnte. Vom FDGB der DDR forderte er, „sich aus der Umklammerung von Staat und Partei zu lösen und Unabhängigkeit und Streikrecht zu reklamieren“. Herrn Krenz, der nach Steinkühlers Meinung kein Hoffnungsträger für Reformen sei, müsse man eine Chance geben und hoffen, daß er die historische Chance nutze.

Steinkühler wandte sich angesichts der Krise der DDR gegen diejenigen, die ein Triumphgeschrei ausstießen und den Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung feierten. In unverkennbarer Anspielung auf die Gewerkschaften unseres Landes werde alles, „was wir in einem Jahrhundert an sozialem Fortschritt erkämpft haben, der ganze ach so üble ‚Kollektivismus‘ abgefertigt“. Dies sei aber nichts anderes als „ideologische Sektiknallerei“. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus sei jedoch keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus und schon gar kein Sieg des Kapitalismus.

„Der Kapitalismus ist eben nicht nur mit der Demokratie der Bundesrepublik, Frankreichs oder der USA verbunden, sondern ebenso mit den Diktaturen Chiles und Südafrikas. Und auch die fürchterliche Nazidiktatur war ein kapitalistisches System... Die Probleme der modernen Wirtschaft kann aber auf Dauer auch nicht der Kapitalismus, die freie Marktwirtschaft lösen. Sie bedarf der sozialen Konditionierung durch Mitbestimmung und der Verpflichtung auf den demokratischen Sozialstaat. Demokratische Sozialisten dürfen sich daher nicht in eine Frontstellung drängen lassen. Bankrott sind nicht die Ideen der sozialen Demokratie, sondern die der kommunistischen Diktatur. Gesiegt hat nicht der Kapitalismus über den Sozialismus, sondern die Idee der Demokratie über die Diktatur. Überholt ist nicht der demokratische Sozialismus, sondern der Stalinismus und der bürokratische Dogmatismus. Ich bin sicher, die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft. Deshalb bedeuten Glasnost und Perestroika Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus. Deshalb darf für die Reformpolitiker in Osteuropa und insbesondere in der Sowjetunion nicht der Manchesterkapitalismus die Zukunftsvision einer neuen Gesellschaft prägen, sondern die Idee des demokratischen Sozialismus.“

Alle Länder Osteuropas, insbesondere die zu Reformen bereiten, verlangen nach Kapital, Joint Ventures und Know-how. Ich stehe nicht an, ihnen zu raten, wieviel zu welchen Bedingungen und mit welchen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Folgen sie anstreben sollten. Das wäre anmaßend. Ihre Ausgangs- und Bedürfnislage ist mit der unseren nicht vergleichbar. Wer dort von der bürokratischen Bevormundung der Wirtschaft weg will, der faßt eben Marktwirtschaft als Alternative ins Auge. Aber an die Adresse unserer Kolleginnen und Kollegen in Polen, Ungarn und in der Sowjetunion sage ich: „Paßt auf, hütet euch vor ungewollten Konsequen-

Inhaltsverzeichnis

DPG: Das Startsignal für den 16. Kongreß gaben junge Mitglieder – Berichte und Beschlüsse	18
Neue Herausforderungen für die DPG Interview mit Marita Wellmann, Mitglied des GHV der DGP	22
GEW: Ein „Papiertiger“ bekommt Biß in der Tarifpolitik – Dokumente und Beschlüsse	22
Journalisten der IG Medien fordern Rücktritt von Regierungssprecher Klein	25

BR-Wahlen und Rechtsextremisten

Bei den kommenden Betriebsratswahlen rechnet die IG Metall mit dem Auftreten rechtsextremistischer Gruppierungen. Schuld daran ist nach Meinung des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Horst Klaus die vom Gesetzgeber veränderte Wahlordnung, die bei den Betriebsratswahlen im nächsten Frühjahr zum ersten Mal in Kraft tritt. Die Einreichung von Wahlvorschlägen sei so erleichtert worden, daß ausländerfeindliche und rechtsextremistische Gruppierungen viel eher die Möglichkeit hätten, bei den Betriebsratswahlen zu kandidieren.

tritt in die SPD erklären. Meistenteils nutzen die Spitzenpolitiker den Parteienabend, um Wahlwerbung zu betreiben. Ansonsten wird ein teures Essen serviert – wahlweise Buffet mit Selbstbedienung – sowie jede Menge Freibier und andere

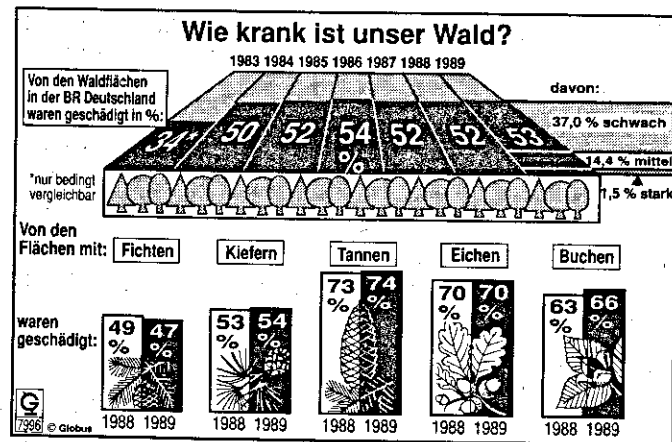
zen. Laßt euch nicht den ideologischen Ballast der Neokonservativen bedenkenlos als Auflage mitverkaufen. Wahrt die Chance eines demokratischen Sozialismus, der die Dynamik und Effizienz von Märkten und privater Initiative nutzt, aber zugleich dem Diktat des Profits und der Unternehmerschaft Schranken weist; der die Marktwirtschaft auf ihre gesellschaftliche Verantwortung und auf die Werte des demokratischen Sozialismus verpflichtet. Was ihr, Kolleginnen und Kollegen, heute einreißt, wird morgen kaum noch durch Reformen zu korrigieren sein."

Umwelt

Steinkühler wandte sich dann den Problemen der fortschreitenden Umweltzerstörung zu, durch die das Überleben der Menschheit immer mehr in Frage gestellt werde: „Die Chancen zur Abrüstung müssen genutzt werden, um die Gefahr der Ökokatastrophe einzudämmen. Wir brauchen die Ressourcen, die heute in Ost und West für Rüstung verschleudert werden, dringendst zur ökologischen Umgestaltung unserer Industriegesellschaft. Es würde ein Stück gemeinsamer Zukunft verspielt werden, wenn Perestroika letztlich nur darauf hinausläufe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren, auf unser Produktions- und Lebenstempo zu beschleunigen.

Wenn die Sowjetunion, von China ganz zu schweigen, nur eine halb so hohe Automobildichte hätte wie die USA, dann können wir diesen Planeten abschreiben. Dann droht die Klimakatastrophe nicht erst zur Mitte des nächsten Jahrhunderts, dann kommt sie bereits in der nächsten Generation. Die Konsequenz kann aber nicht lauten, unser Konsumniveau unter allen Umständen zu halten und es den weniger entwickelten Ländern vorzuenthalten. Die Konsequenz kann nur lauten, daß wir, die industriell hochentwickelten Länder, vorangehen müssen mit der ökologischen Umgestaltung unserer Industriegesellschaft, und daß die weniger entwickelten Länder parallel zum industriellen Fortschritt den ökologischen Fortschritt planen. Dies setzt bei uns ein neues Denken und ein neues Bewußtsein voraus. Wir müssen nicht nur unsere eigene Industriegesellschaft ökologisch umbauen, sondern wir müssen auch bereit sein zur ökologischen Wirtschaftshilfe.

Umweltverschmutzung ist nicht teilbar. Dreck, Rauch und Gas machen nicht an den Schlagbäumen halt. Wenn wir wollen, daß aus ökologischen Gründen die Regenwälder im Amazonasgebiet nicht abgeholzt werden, dann müssen wir den betroffenen Ländern helfen, damit sie es sich wirtschaftlich leisten können, auf die Abhol-



zung zu verzichten. Wenn wir wollen, daß Polen zur Reduzierung der Ostseeverschmutzung Kläranlagen baut, dann müssen wir bereit sein, dies finanziell zu unterstützen. Wenn wir wollen, daß in der Sowjetunion und in China die Motorisierung von vornherein schadstoffarm und umweltfreundlich stattfindet, dann müssen wir auch zur entsprechenden technischen Zusammenarbeit bereit sein.

Ökologische Wirtschaftshilfe ist ohne Einkommensverluste für die eigene Bevölkerung möglich. Dies gilt aber nur unter einer einzigen Bedingung: Es muß Schluß gemacht werden mit der Verschwendung von Milliarden und Abermillarden für militärische Aufrüstung und politische Abenteuer. Es muß endlich ein Anfang gemacht werden mit der Verwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen für

friedliche Zwecke und für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft."

In der Bundesrepublik gelte die jahrzehntelang gebrauchte Formel nicht mehr, daß wirtschaftliches Wachstum plus technischer Fortschritt gleich Wohlstand sei. Wachstum allein trage immer weniger zur Lösung der alten sozialen Probleme bei und führe immer mehr zur Schaffung neuer ökologischer Probleme: „Vor 40 Jahren lag das Bruttosozialprodukt bei knapp 100 Milliarden Mark. Allein in den letzten vier Jahren ist das Sozialprodukt real um rund 200 Milliarden Mark gestiegen. Dies zeigt, in welche gigantischen Größenordnungen wir hineingewachsen sind. Und dennoch: An der Arbeitslosigkeit hat sich kaum etwas geändert. Sie liegt offiziell noch immer knapp unter zwei Millionen und tatsächlich bei drei Millionen Menschen. Wollte man die Massenarbeitslosigkeit allein über Wirtschaftswachstum bekämpfen und wollte man darüber hinaus den Anspruch der Frauen nach einem Arbeitsplatz einlösen, dann wären abenteuerliche Wachstumsraten notwendig. Dies wäre nicht nur illusionär, sondern ökologisch geradezu katastrophal. Wer den Wohlstand mehren will, der muß heute ein rein quantitatives Mehr ablehnen, der muß für ein differenziertes Wachstum eintreten.

Es war ein Kongreß der IG Metall, der 1972 zum ersten Mal das Stichwort ‚Lebensqualität‘ in die öffentliche Diskussion einführte. Damit verbunden war die Infragestellung des rein quantitativen Wachstums und die Forderung nach einem Wachstum, das die Verbesserung der Qualität des Lebens zur Maxime des Handelns macht. Heute ist dies zwar rhetorisches Allgemeinut, aber immer noch mit Konflikten verbunden, wenn es darum geht, die Instrumente zu schaffen und die Inhalte umzusetzen. Zerbrochen ist auch der Glaube, daß technischer Fortschritt identisch ist mit gesellschaftlichem Fortschritt. Spätestens mit der Kernenergie ist es offenkundig geworden, daß technischer Fortschritt mit Gefahren – ja sogar mit dem Risiko der Vernichtung der Menschheit verbunden ist.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben erfahren, daß mit der Einführung neuer technischer Systeme die psychische Arbeitsbelastung zunimmt, sich Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten verschärfen und die Kommunikationschancen am Arbeitsplatz eingeschränkt werden. Diese Art von technischem Fortschritt empfinden immer mehr Menschen als sozialen Rückschritt. Wir müssen deshalb die Risiken des technischen Fortschritts soweit wie möglich begrenzen, und wir müssen gleichzeitig die Chance nutzen, sozialen Fortschritt zu gestalten. Wir müssen die Autobahnen des sogenannten technischen Fortschritts verlassen und die Wanderwege des menschlichen Fortschritts wiederentdecken.

Zerschlagen ist aber auch die allgemeine Wohlstandsformel. Das vor allem von Ludwig Erhard propagierte Konzept ‚Wohlstand für alle‘ war seit jeher mit einem Pferdefuß behaftet. Die Reichen bekamen ungleich mehr als die Armen. Und nur unter dem Strich profitierten auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Heute hat sich dies radikal verändert. Unter neokonservativer Regierungszeit wurde das Konzept ‚Wohlstand für alle‘ durch den Weg in die Zweidrittelgesellschaft abgelöst. Die Reichen werden zwar immer noch reicher, aber die Armen werden jetzt noch ärmer. Umverteilung von unten nach oben, Steuerprivilegien für die Gutbetuchten, Sozialabbau für die Benachteiligten – das ist das verteilungspolitische Credo dieser Regierung. Weiche Knie vor den wirtschaftlich Mächtigen und ein kaltes Herz für die sozial Benachteiligten, das ist das vielbeschworene ‚menschliche Antlitz‘ dieser Regierung.

Wirtschaftliches Wachstum plus technischer Fortschritt gleich Wohlstand für alle, das war die Formel, die dieser Republik bis weit in die siebziger Jahre materielle Stabilität brachte. Autoritäres Demokratieverständnis und patriarchalische Gesellschaft waren der Überbau, der dieser Republik bis Ende der sechziger Jahre politische Kontinuität brachte. Beide Formeln sind ebenfalls zerbrochen."

Demokratie

„Heute stehen wir vor einer doppelten Aufgabe. Notwendig ist die Demokratisierung der Wirtschaft

- durch institutionelle Reformen und inhaltliche Erneuerung;
- durch gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz;
- durch paritätische Wirtschafts- und Sozialräte und durch praktische Beteiligung der Betroffenen.

Notwendig ist darüber hinaus eine Demokratisierung der politischen Willensbildung und der staatlichen Entscheidungen. Alle vier Jahre an die Wahlurne zu gehen, ist zuwenig. ‚Alle Macht geht vom Volke aus‘ heißt es im Grundgesetz. ‚Aber wo geht sie hin?‘ fragte schon Bert Brecht. Wir dürfen nicht akzeptieren, daß in einer aufgeklärten Demokratie mündige Bürger an zentralen Entscheidungen über ihre eigene Zukunft nicht mitbestimmen dürfen. Notwendig ist mehr Bürgerbeteiligung im Alltag. Notwendig ist mehr Demokratie zwischen den Wahlen. Notwendig ist der Schritt von der Protestkultur zur Alltagsdemokratie, vom Stellvertreterprinzip zur Beteiligungspraxis.

Die patriarchalische Gesellschaft ist erschüttert, aber ihre Mauern sind noch nicht geschleift. Der klerikale Mehltau ist durch die 68er weggepustet worden, die traditionelle Rollenfixierung durchbrochen, aber nach wie vor kämpfen Frauen um ihre wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung. In einigen Landstrichen, vor allem im bayerischen Hinterland, sieht es noch düster aus. Es memminget und gauweilert noch sehr in diesem unseren Lande. Aber unter dem Strich sind Wachstumskritik und Technik-skeptizismus, Umweltbewußtsein und Emanzipationswille, Ökologiebewegung und Frauenbewegung Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts und Signale einer neuen Mehrheit. Diese gesellschaftliche Fortschrittsbewegung ist wie jede gesellschaftliche Reformentwicklung nicht frei von Brüchen, Rückschlägen und Widersprüchen.

Jede Revolution – so heißt es – trägt die Konterrevolution in sich. Jede gesellschaftliche Reform weckt Kräfte der Restauration. Die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Situation des Umbruchs, in einer Periode des Übergangs. Die alten, neokonservativen Mehrheiten bröckeln, und die neuen, reformpolitischen Mehrheiten haben sich noch nicht formiert. Eine solche Periode ist voller Widersprüche und voller Unsicherheit. Jürgen Habermas sprach zu Recht von einer ‚neuen Unübersichtlichkeit‘. Unermeßlicher Reichtum und daneben bittere Armut, der Blick auf Europa ’92 gerichtet und Ausländerfeindlichkeit im Inland, neue soziale Bewegung und alte reaktionäre Beharrung, dies sind unerträgliche Widersprüche unserer Zeit."

Umdenken

Zeiten des Umbruchs, so Steinkühler, seien auch immer Zeiten des Umdenkens, auch für die Gewerkschaften. Weder starres Festhalten an eingefahrenen Bahnen noch hektische Pseudomodernität seien geeignete Rezepte für die Zukunft. Die Gewerkschaften könnten sich weniger denn je leisten, Kirchturmspolitik zu betreiben, sondern müßten internationale Zusammenhänge berücksichtigen. Die Gewerkschaften müßten die Frage stellen, was und wofür produziert werde und ob es ökologisch akzeptabel sei. Weil Strukturkrisen und Massenarbeitslosigkeit die Gewerkschaften nicht stärker gemacht hätten, brauchten diese für die Tagespolitik und darüber hinaus Orientierung und Perspektive.

Die zentralen organisationspolitischen Voraussetzungen für starke Gewerkschaften seien das Industrieprinzip und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. „Aber die Einheitsgewerkschaft hat auch etwas mit der Einheit in den Zielen und mit der Einheit im Handeln zu tun. Gewiß, zwischen den Gewerkschaften im DGB gibt es und darf es unterschiedliche Positionen geben. Jede Gewerkschaft hat die spezifische Situation in ihrem Organisationsbereich zu berücksichtigen. Schließlich ist jeder Vorstand seinen Mitgliedern gegenüber verantwortlich und hat sich für deren Interessen und Bedürfnisse einzusetzen. Aber wenn wir auf dem DGB-Bundeskongreß beschließen, daß die 35-Stunden-Woche das tarifpolitische Ziel aller Gewerkschaften ist, dann gehört zur Einheitsgewerkschaft auch, daß man jeweils die Gewerkschaft unterstützt, die dabei ist, dieses

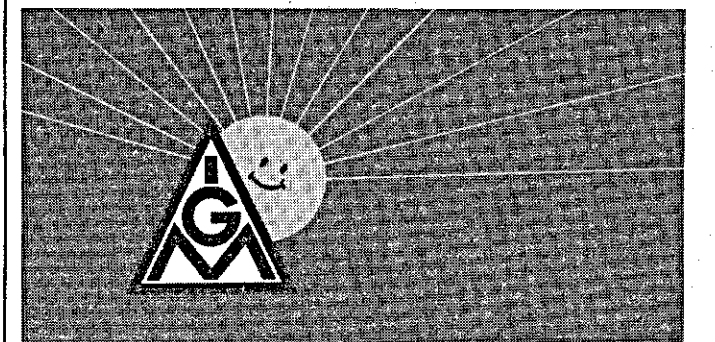
Ziel konkret durchzusetzen. Wenn wir im DGB-Aktionsprogramm beschließen, daß das Wochenende frei bleiben muß, dann gehört zur Einheitsgewerkschaft auch, daß man der Gewerkschaft, die dieses Ziel gerade verteidigt, nicht Steine in den Weg legt. Die Einheitsgewerkschaft ist die organisationspolitische Grundlage handlungsfähiger Gewerkschaften. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die moralischen Grundlagen kampffähiger Gewerkschaften.

In den westlichen Demokratien ist ein hohes Maß an bürgerlichen Freiheitsrechten verwirklicht. Sie gilt es zu schützen vor den offenen Feinden der Freiheit, vor Rassisten und Republikanern, aber auch vor den schleichenden Feinden der Freiheit, vor Computerüberwachung und Datenbanken. Aber Freiheit heißt nicht rücksichtsloser Einsatz der Ellbogen. Freiheit beschränkt sich nicht auf freie Marktwirtschaft und freien Kapitalverkehr. Freiheit ist mehr als die freie Fahrt für freie Bürger. Freiheit heißt für uns, frei zu sein von materieller Not, frei zu sein von der Angst, morgen auf der Straße zu stehen. Freiheit heißt für uns, frei zu sein von unmenschlichem Fließbandtakt, frei zu sein von Zeitdiktatur. Freiheit heißt für uns, aufrecht durch das Werkstor zu gehen, sich nicht zu ducken, sondern auch im Betrieb und im Büro offen seine Meinung sagen zu können.

Gewerkschaften haben für Freiheit gekämpft, als andere noch ihre Hand zur Verabschiedung des Sozialistengesetzes erhoben haben. Gewerkschaften haben für Freiheit gekämpft, als andere noch vom tausendjährigen Reich träumten. Gewerkschaften sind heute und bleiben auch morgen Teil der weltweiten Freiheits- und Befreiungsbewegung. Wir brauchen keine Nachhilfe von Neokonservativen und Wirtschaftsliberalen in Sachen Freiheit. Von Freiheit verstehen freie Gewerkschaften allemal mehr."

Gewerkschaftsreform

Solange der Klassengegensatz nicht überwunden sei und die Macht der Unternehmer weiter existiere, wären starke Gewerkschaften unverzichtbar und der Streik modern. Jedoch der Kapitalismus von heute sei nicht mehr der von Anfang des Jahrhunderts.



Er sei viel internationaler geworden. Wer richtig durch das Fernglas schaue, entdecke „Gefahren für die Überlebensfähigkeit der Menschheit, wie noch nie in der Geschichte der Zivilisation. Dies prägt nicht nur das Bewußtsein, sondern verändert auch den Stellenwert der sozialen Frage. Dann trifft man auf eine Arbeitnehmer-schaft, die sich immer stärker ausdifferenziert, und zwar sowohl im Sein als auch im Bewußtsein und die nicht mehr allein ‚Subjekt der revolutionären Veränderung‘ ist. Dann begegnet man einer Mediengesellschaft, der sich der einzelne nicht entziehen kann und die von unseren Gegnern beherrscht wird.

Dem gegenüber steht eine IG Metall, die auf diese Entwicklungen oftmals nur nachsorgend und defensiv reagiert hat und die sich jetzt in einem Übergangsstadium befindet. Dann trifft man auf eine IG Metall, die bislang national orientiert gegen internationale Konzerne agiert, eine IG Metall, die erst begonnen hat, die Organisationsdefizite bei den Angestellten, den Jugendlichen und den Beschäftigten in Kleinst- und Kleinbetrieben zu überwinden, eine IG Metall, deren Beziehungen zu den neuen sozialen Bewegungen sich noch im Anfangsstadium befinden, eine IG Metall, die in Formen, Arbeitsweisen und Inhalten oft die bewährten alten Wege geht, ohne zu sehen, daß differenzierte Interessenlagen vielfach

auch andere Formen, neue Inhalte und veränderte Arbeitsweisen bedeuten:

– damit wir auch im kommenden Jahrhundert tarifpolitische Durchsetzungsmacht sind,

– damit wir auch in Zukunft bei der Gestaltung dieser Gesellschaft aktiv mitwirken können,

– damit wir auch weiterhin eine starke Interessenvertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben,

ist die reformpolitische Weiterentwicklung der IG Metall unerlässlich. Reform der IG Metall heißt nicht, opportunistische Anpassung an den Zeitgeist, heißt nicht, jedem Modetrend hinterherzurrennen. Reform der IG Metall heißt nicht, Bruch mit unseren guten Traditionen und unseren politischen Überzeugungen. Reform der IG Metall heißt am Bestehenden anknüpfen, an grundsätzlichen Zielen festhalten. Reform der IG Metall heißt, angesichts einer sich verändernden Gesellschaft, Inhalte weiterentwickeln, wo nötig auch neu definieren, Methoden überdenken und modernisieren, Strategien korrigieren und aktualisieren.“

Schwerpunkte

Mittelfristige Schwerpunkte der Arbeit der IG Metall sieht Steinkühler darin,

1. die europäische Dimension in allen Bereichen der IG Metall mitzubedenken,
2. Arbeit und Umwelt zu verknüpfen und
3. die IG Metall für neue Arbeitnehmergruppen verstärkt zu öffnen.

Dem Vorstand werde es auch weiterhin obliegen, die internationale Arbeit in Europa zu koordinieren. „Aber Europa wird ein Stück Innenpolitik werden, auch für uns, in unserem täglichen Handeln, für jeden von uns.“

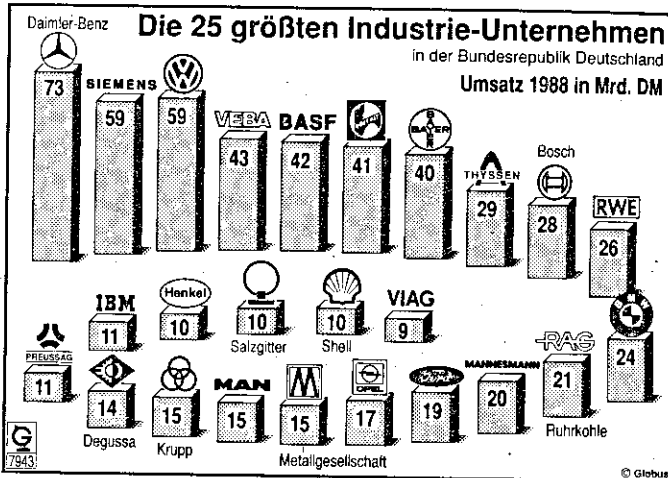
Zur Verknüpfung von Arbeit und Umwelt vertrat Steinkühler die Auffassung, daß die ökologische Umgestaltung nur möglich sei, wenn sie von den Gewerkschaften aktiv unterstützt und vorangetrieben werde: „Die IG Metall ist hierbei in besonderer Weise gefordert in Bezug auf das Verkehrssystem und in Bezug auf das Auto. Wenn die IG Metall Arm in Arm mit dem Verband der Automobilindustrie eine Branchenkoalition zur Verteidigung des Status quo beim Auto einginge, würde es für jede Regierung schwer bis unmöglich werden, ein ökologisches Verkehrssystem durchzusetzen.“

Ein solcher Weg wäre wahrlich fatal! Zum einen wäre er von der Sache her falsch. Die IG Metall hat noch nie für Arbeitsplätze um jeden Preis plädiert. Unser Ziel waren immer sinnvolle Arbeitsplätze, die ökologisch verträglich und gesellschaftlich nützlich sind. Zum anderen wäre ein solches Bündnis auch strategisch falsch. Wer mit den Arbeitgebern Branchenkoalitionen eingeht, wo auch immer, der macht sich zu Gefangenen der Unternehmer und der zahlt dafür nicht nur einen politischen, sondern sehr bald auch einen tarifpolitischen Preis. Deshalb kann die Alternative nur darin bestehen, an der ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft aktiv mitzuarbeiten. Die IG Metall wird sich in diese Diskussion einbringen mit umweltpolitischen Vorschlägen, als Vertreterin der sozialen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein ökologisch verträgliches Verkehrssystem läßt sich nicht über den Preis oder über Steuern allein erreichen. Dies mögen zwar sinnvolle Maßnahmen sein, aber sie reichen nicht aus. Dies gilt auch für Gebote und Verbote, die zur Ergänzung nötig sind. Ein ökologisches Verkehrssystem kann nur über ein integriertes Gesamtverkehrskonzept erreicht werden, in dem die Verkehrsträger Schiene und Straße, Luft und Wasser aufeinander abgestimmt sind und sich unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten ergänzen. Dies erfordert eine Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur und eine Neuordnung der Verkehrsinvestitionen.

Die Bundesbahn ist heute von den Kapazitäten her nicht in der Lage, ein nennenswertes Güterverkehrsaufkommen von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dies ist auch kein Wunder, schließlich macht die Bundesregierung seit Jahren eine Politik gegen die Bahn. Hier wie beim öffentlichen Personennahverkehr sind gigantische Investitionen erforderlich, wenn man den Individualverkehr wirklich verringern will.

Das Auto ist auch in der Zukunft als Verkehrsträger unverzichtbar. Aber in der jetzigen Form ist es umweltschädlich und führt sich selbst ad absurdum. Was nutzt die Mobilität des Autos, wenn man ständig im Stau steckt? Mehr Straßen sind jedenfalls keine Alternative. Notwendig ist ein schadstoffarmes Auto, das weniger Lärm macht und umweltfreundlicher als heute zu recyceln ist. Ein umweltfreundliches Auto, eingebettet in ein integriertes Gesamtverkehrskonzept, wird erhebliche Auswirkungen auf die Automobilindustrie und wahrscheinlich auch auf die Arbeitsplätze haben. Dies erfordert eine vorausschauende Industriepolitik, wenn man nicht



will, daß die Automobilindustrie die nächste Krisenbranche wird. Der Markt leistet dies nicht. Notwendig sind deshalb neue Wege der gesellschaftlichen Kommunikation und der politischen Koordination. Staat, Automobilindustrie und Gewerkschaften müssen sich über Inhalt und Tempo eines integrierten Verkehrskonzeptes und einer industriepolitischen Umstrukturierung verständigen. Ich biete der Bundesregierung – jeder Bundesregierung – an, daß sich die IG Metall an der Entwicklung und an der Umsetzung eines solchen Konzeptes beteiligt. Ich mache mir keine Illusionen über die innerorganisatorischen Schwierigkeiten einer solchen ökologischen Orientierung. Aber ich sehe keine andere Alternative, wenn wir unsere Umwelt erhalten und wenn wir langfristig sichere Arbeitsplätze in der Automobilindustrie haben wollen.“

Als vierten Schwerpunkt betrachtet Steinkühler die Tarifpolitik. Hierzu sagte er: „Über die Zukunft der IG Metall wird nicht im Jahre 2000 entschieden, sondern 1990 bei der Tarifrunde im Frühjahr. Unsere Leitlinie ist und bleibt das Konzept der aktiven Tarifpolitik. Wir wollen einen gerechteren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum für alle Arbeitnehmer, ein besseres Leben für jeden Arbeitnehmer.“

Steinkühler behandelt dann im wesentlichen den Inhalt der Entschließung 12: „Tarifpolitik“, die wir im Wortlaut dokumentieren:

Tarifpolitik (E 12)

„Die Entwicklung der Wirtschaft ist von Widersprüchen und Interessengegensätzen gekennzeichnet. Der gesellschaftliche Reichtum wird von allen erarbeitet. Es besteht nach wie vor ein großer Bedarf an Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die technische Entwicklung eröffnet vielfach neue Möglichkeiten zur humanen Organisation und Gestaltung der Arbeit. Trotzdem werden alte Arbeitsstrukturen beibehalten und die Kontrolle des Arbeitsprozesses verschärft. Die Einstellung zur Erwerbsarbeit hat sich erheblich verändert. Frauen wollen berufstätig sein, jedoch werden ihnen qualifizierte Arbeits- und Aufstiegschancen weitgehend verwehrt. Die Notwendigkeit ei-

ner lebenslangen und umfassenden Qualifizierung der Beschäftigten wird immer offenkundiger. Aber die Arbeitgeber sind kaum bereit, Weiterbildungsansprüche tarifvertraglich zu regeln.

Trotz Anstieg der Wirtschaft wird der Abbau und der Umbau des Sozialstaates durch die politisch verantwortliche Bundesregierung vorangetrieben. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Umverteilung zu Lasten unterer Einkommen führt zu neuer Armut. Die IG Metall bekräftigt daher ihre Entschlossenheit, eine aktive Tarifpolitik zu betreiben, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten, der Produktivitätszuwachs und eine notwendige Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der abhängig Beschäftigten sind auch in Zukunft Maßstab für das Forderungsvolumen. Gegen zunehmende Bestrebungen der Arbeitgeber bekräftigt die IG Metall die Ablehnung ertragsabhängiger Einkommenspolitik.

Die IG Metall sieht neue und bessere Möglichkeiten für einen sinnvollen Technikeinsatz und für qualifizierte Arbeit. Dabei geht es um die Förderung von Arbeitsinhalten, die die Qualifikation erweitern, um menschengerechte Arbeits- und Leistungsbedingungen und mehr Selbstbestimmung des einzelnen zu gewährleisten. Es geht um eine neue Qualität der Beteiligung und Mitbestimmung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß, die demokratische Strukturen erfordert. Die künftige Gestaltung von Arbeit und Technik verlangt daher neue tarifliche Regelungen. Die Tarifpolitik der 90er Jahre hat die zentrale Aufgabe, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, die in der Arbeitswelt eine neue Qualität der Arbeit und Technik ermöglichen.

Dazu gehören:

– Der gesellschaftliche Reichtum muß zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilt werden.

– Die Erwerbsarbeitszeit muß weiter verkürzt, ihre Verteilung sozial gestaltet werden.

– Die Qualität der Arbeit muß verbessert und die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert und erhöht werden.

– Die Möglichkeiten von Betriebsräten und Beschäftigten, Arbeit und Technik menschen- und leistungsgerecht zu gestalten, müssen erweitert werden.

– Die Handlungsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung und der Belegschaften sowie die Kontrolle der Beschäftigten über die wirtschaftliche Macht müssen vergrößert werden.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik bleibt der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, z. B. durch Erhöhung der Massenkaufkraft und durch Arbeitszeitverkürzung, verpflichtet. Seit Anfang der 80er Jahre sind allein im Organisationsbereich der IG Metall durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mehr als 200 000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen worden.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedarf jedoch darüber hinaus Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zu einer solidarischen Wirtschaftsordnung führen. Insbesondere der Staat und die politischen Instanzen haben Verantwortung für Vollbeschäftigung, soziale Einkommensverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten und mehr Demokratie in der Wirtschaft.

Aktive Tarifpolitik bildet den Kern einer offensiven Gewerkschaftspolitik, die auch in den gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen sämtliche Mobilisierungsmöglichkeiten nutzt. Die volle Koalitionsfreiheit und das uneingeschränkte Streikrecht gehören zum Wesen einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Deshalb ist vom Gesetzgeber das Streikrecht uneingeschränkt zu gewährleisten und Aussperrung zu verbieten.

1 Realeinkommen erhöhen

Es bleibt wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zu erhöhen und ihre Verteilung sozial zu gestalten. Die aktuelle Situation der Verteilung des Volkseinkommens hebt die Bedeutung dieses Ziels hervor. Im

Interesse größerer sozialer Gerechtigkeit gilt es, in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überdurchschnittliche Einkommensverbesserungen durchzusetzen. Das Einkommen aus Erwerbsarbeit ist nach wie vor Voraussetzung für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Unabhängigkeit sowie für gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen wird auch von der Verbesserung der Einkommenssituation der Frauen bestimmt.

Auszubildende sollen in gemeinsame Entgelttarifverträge einbezogen werden. Dabei sollen die Ausbildungsvergütungen mit dem Ziel eines existenzsichernden Einkommens erhöht werden. Monatslohn soll in allen Tarifgebieten verpflichtend und zu einem festen Monatsentgelt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen gemeinsamer Tarifverträge weiterentwickelt werden. Für Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen streben wir eine Laufzeit von 12 Monaten an.

Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes und die tarifliche Absicherung eines vollen 13. Monateinkommens bleiben wichtig.

2 Arbeitsverhältnisse sichern

Die IG Metall will mit tarifpolitischen Mitteln Normalarbeitsverhältnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft sichern und weiter ausbauen. Dies sind unbefristete Vollzeitverhältnisse bei zumutbaren Arbeitsbedingungen und geregelten Arbeitszeiten oder auch sozial geschützt und sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsverhältnisse. Gesicherte Arbeitsverhältnisse können nicht allein und auch nicht in erster Linie mit tarifpolitischen Mitteln erreicht werden. Es bleibt daher nach wie vor unsere Forderung an den Gesetzgeber: Leiharbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ohne sozialen Schutz müssen verboten werden. Solange ein gesetzliches Verbot nicht besteht, fordern wir verbesserte und erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Beschäftigung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern durch Tarifvertrag.

3 Arbeitszeit verkürzen und sozial regeln

Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten im Jahre 1990 zu verwirklichen, ist das tarifpolitische Nahziel der IG Metall. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit muß darüber hinaus auf der Tagesordnung gewerkschaftlicher Tarifpolitik bleiben. Steigende Arbeitsproduktivität aufgrund technischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierung, neuartige Belastungen in der Erwerbsarbeit, insbesondere für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sowie mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern beim Zugang zur Erwerbsarbeit und der gesamten Lebensgestaltung machen eine weitere Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit notwendig. Dabei sind verschiedene Formen denkbar: Die 30-Stunden-Woche mit Vorrang für den 6-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich für besonders belastete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Daneben sind zeitlich befristete kürzere Erwerbsarbeit oder vollständige Freistellung von der Erwerbsarbeit in bestimmten Lebensphasen bei Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses ins Auge zu fassen. Die gewerkschaftspolitische Diskussion der nächsten Jahre muß darüber entscheiden, welche dieser Formen vorrangig oder gegebenenfalls in Kombination mit anderen Formen durchgesetzt werden soll.

Die IG Metall will die individuellen Gestaltungsspielräume bei der Verteilung der Arbeitszeit und Wahlmöglichkeiten im Interesse der Belegschaften vergrößern. Kapitalorientierte Arbeitszeitflexibilisierung, die zum Gegenteil führt, lehnen wir ab.

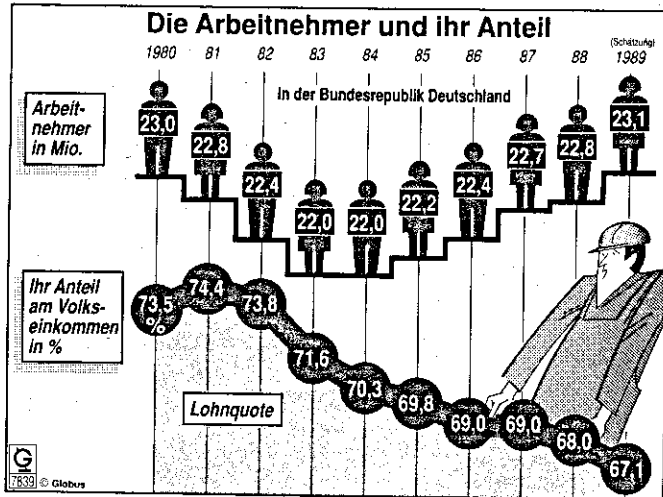
Unterschiedliche Wahlmöglichkeiten für die Umsetzung der Wochenarbeitszeit in den Betrieben können per Tarifvertrag vereinbart werden. Soziale Eckpunkte für Teilzeit und Gleitzeit sollen tarifvertraglich abschließend geregelt werden.

Die Verteilung der Regelarbeitszeit auf die Werktage von Montag bis Freitag und damit das freie Wochenende (Samstag und Sonntag) als Eckpfeiler einer sozialen Zeitkultur sind tarifvertraglich besser zu sichern. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit soll Vor-

rang erhalten, der 8-Stunden-Tag als Höchstgrenze für die tägliche Regelarbeitszeit erhalten bleiben.

Mehrarbeit muß die eng begrenzte Ausnahme bleiben bzw. wieder werden. Wir fordern daher eine weitere Begrenzung der Mehrarbeit (auf 10 Stunden im Monat) und einen zwingenden Freizeitausgleich ab der ersten Mehrarbeitsstunde.

Schichtarbeit belastet die davon betroffenen Beschäftigten in ganz besonderer Weise. Nachtschicht muß eng begrenzt bleiben. Für die Einführung von Schichtarbeit, insbesondere von Nachtschicht und vollkontinuierlicher Schichtarbeit, sind die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu verbessern und Entlastungsmaßnahmen



für die Beschäftigten vorzusehen. Dazu gehört die Verwirklichung einer bezahlten Pause als Teil der Arbeitszeit von mindestens einer halben Stunde pro Schicht für alle Beschäftigten im Schichtbetrieb. Außerdem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Tarifvertrag das Recht erhalten, ab einem bestimmten Lebensalter und nach mehreren Jahren im Schichtbetrieb in Normalschicht zu wechseln.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß die Unternehmer vor allem im Zeitlohn- und Angestelltenbereich versuchen, die positiven Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung für Beschäftigung und Humanisierung durch Leistungsverdichtung zu unterlaufen. Um bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung entweder eine Verringerung des Arbeitspensums für die Betroffenen und/oder eine Erhöhung der Personalbesetzung zu verhandeln und durchzusetzen, werden entsprechende tarifliche Regelungen entwickelt.

4 Neue und gemeinsame Entgelttarifverträge

Aufgrund des Wandels von Technikanwendung sowie der veränderten Qualifikations- und Sozialstruktur der Beschäftigten sind neue und gemeinsame Entgelttarifverträge notwendig. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die derzeitigen AT-Angestellten in den Geltungsbereich der neu abzuschließenden Tarifverträge mit einbezogen werden. Die neuen, gemeinsamen Entgelttarifverträge sollen eine qualifikationsgerechte Eingruppierung, humane Gestaltung der Arbeit sowie Arbeits- und Leistungsbedingungen und eine umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten und Betriebsräte bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie der Produktionsprozesse sicherstellen.

4.1 Eingruppierung, Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation und Qualifikation

Die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, den technischen Wandel gestalten zu können und den Wert der Arbeitskraft zu sichern und zu erhöhen. Der gestiegene Stellenwert qualifizierter Erstausbildung und lebenslanger Weiterbildung muß für das tarifliche System der Eingruppierung Folgen haben. Die IG Metall fordert daher die Eingruppierung der Beschäftigten auf der Grundlage ihrer erreichten Qualifikationen und die Verknüpfung der Qualifikation mit der Eingruppierung und dem zugeordneten Entgelt. Dadurch sollen die

Beschäftigten aufgrund der erreichten Qualifikation auch einen tariflich gesicherten Anspruch auf höhere Eingruppierung und Entlohnung erhalten.

Um die Entwicklung vorhandener Qualifikationen umfassend zu gewährleisten, sollen in den Betrieben Arbeitssysteme und Arbeitsbereiche geschaffen werden, die den Einsatz der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern. Die Bildung solcher Arbeitssysteme und deren Zuordnung zu den Entgeltgruppen erfolgt durch paritätische Kommissionen. Durch festgelegte Mindestarbeitsinhalte und die Gestaltung der Arbeitsorganisation ist die Arbeitsteilung zu verringern und sind Anreize zur Entwicklung des Qualifikationsniveaus zu bieten.

In diesem Zusammenhang erhält die Gruppenarbeit größere Bedeutung. Daher ist durch Tarifvertrag die Mitbestimmung über Einführung und Gestaltung von Gruppenarbeit sicherzustellen. Zu regeln sind u. a. Gruppengröße und -besetzung, Qualifikationsstruktur und Eingruppierung, Entlohnungsgrundsatz und Entlohnungsmethode, Bezugsgrößen für die Solleistung der Gruppe, Über- und Unterbesetzung, Beteiligungs- und Weiterbildungszeit, Unterrichtung der Gruppenmitglieder über das Gruppenergebnis sowie die Verteilung.

Das Recht auf Weiterbildung während der Arbeitszeit ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tariflich zu regeln. Qualifikationszeit ist Arbeitszeit. Die Weiterbildungsansprüche und -inhalte sind durch paritätische Weiterbildungskommissionen im Betrieb festzulegen. Aufgrund des Qualifikationsbedarfs, den das Unternehmen benennt, sowie der Qualifikationsinteressen der Beschäftigten, die der Betriebsrat ermittelt, sind betriebliche Weiterbildungspläne zu erstellen. Unter Qualifikationen sind neben beruflichen Anpassungsqualifizierungen und Weiterbildung auch soziale und emanzipatorische Inhalte zu verstehen. Dabei sind jene Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu bevorzugen, deren Arbeitsplatzrisiken am größten und deren Arbeitsbedingungen am schlechtesten sind. Außerdem sollten Weiterqualifizierungsmaßnahmen die Chancengleichheit verbessern.

Neue Entgeltgruppentexte und Eingruppierungsverfahren müssen nicht nur direkte, sondern auch indirekte Diskriminierung von Frauen verhindern. Über verpflichtende Maßnahmen, z. B. bei der Qualifizierung und der Arbeitsgestaltung, soll der Anteil von Frauen in den oberen Entgeltgruppen (Lohn- und Gehaltsgruppen) gesteigert werden.

4.2 Human gestaltete Arbeit – vereinbarte Arbeits- und Leistungsbedingungen

Die vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes der Technik in Produktion und Verwaltung machen eine neue Initiative zur Gestaltung von Arbeit und Technik und zur Vereinbarung von zumutbaren Arbeits- und Leistungsbedingungen erforderlich. Anstelle des Lohnanreizes zur permanenten Leistungssteigerung muß zwischen den Betriebsparteien ein vereinbarter „Leistungskompromiß“ treten.

Durch Tarifvertrag soll festgelegt werden, daß technische Anlagen und Mittel, Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe, Arbeitsumgebung und Arbeitsplätze unter Beachtung aller einschlägigen Vorschriften menschengerecht zu gestalten sind. Konkrete Gestaltungsanforderungen sind in „Sozialen Pflichtenheften“ zu vereinbaren. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen tariflich gesicherte Erholzeiten von mindestens 6 Minuten und persönliche Zeiten von mindestens 3 Minuten in der Stunde, während der Nachtschicht von mindestens 12 bzw. 6 Minuten in der Stunde bekommen. Pausenregelungen sind betrieblich zu vereinbaren. Bei erhöhter Beanspruchung und Belastung sind entsprechend längere Erholzeiten zu vereinbaren (z. B. in Gießereien, an Hochöfen, in Lackierereien, bei Lärm und Hitze, an Bildschirmen).

Für die Neuregelung der Entlohnung ist unser grundlegendes Ziel: ein festes Entgelt für alle Beschäftigten auf der Grundlage einer vereinbarten Soll-Leistung unter menschengerechten und zumutbaren Soll-Arbeitsbedingungen. Sie müssen für die Beschäftigten akzeptabel und von ihnen reklamierbar sein. Überall dort, wo Leistungsvorgaben gemacht werden oder ein bestimmtes Arbeitspensum verlangt wird, sind Entlohnungsgrundsatz und Entlohnungsmethode so zu gestalten, daß die Soll-Leistung, das Arbeitspen-

sum sowie die Personalbesetzung sowie sämtliche Bedingungen, unter denen die Arbeit erbracht wird, vereinbart werden müssen, d. h. der Mitbestimmung des Betriebsrates sowie der Reklamationsmöglichkeit durch die einzelnen Beschäftigten unterliegen. Im anderen Fall ist bei rein zeitbezogenen Entgelten jede direkte oder indirekte Form der Leistungsvorgabe tarifvertraglich auszuschließen.

Tarifliche Regelungen sollen festlegen, daß

– bei der Einführung von technischen Systemen zur Ermittlung, Erfassung und Auswertung von Daten für die Leistungsentlohnung und Arbeitsgestaltung der Abschluß von Betriebsvereinbarungen mit Eckpunkten für die Gestaltung der Techniksysteme sowie die Verwendung und Verknüpfung der Daten zwingend vorgeschrieben wird;

– computergestützte Erfassung, Speicherung, Verknüpfung, Verwendung und Weitergabe von Betriebs-, Leistungs- und Personaldaten (z. B. Betriebsdatenerfassung und Personalinformationssystem) nur aufgrund von Betriebsvereinbarungen mit detaillierten Regelungen möglich ist.

4.3 Demokratie im Arbeitsalltag – Beteiligung, Reklamation, Mitbestimmung

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf umfassende Beteiligung im Arbeitsalltag und Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Für die IG Metall müssen humane Arbeitsverhältnisse auch demokratische Arbeitsbedingungen gewährleisten. Das bedeutet zum Beispiel

– die Ausweitung der Mitbestimmung für Betriebsräte und die Beteiligung der unmittelbar Betroffenen in allen Fragen der Gestaltung von Arbeit, Arbeitsorganisation und Gestaltung der Technik auszubauen; dazu gehört auch das Recht, soziale Pflichtenhefte zu erstellen;

– paritätische Kommissionen einzurichten in Fragen der Bildung von Arbeitssystemen sowie der Eingruppierung, der Weiterbildung, der Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und der Personalbesetzung;

– die Verwirklichung von Reklamationsrechten für die Betriebsräte und die betroffenen Beschäftigten;

– Erweiterung der Möglichkeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Vorstellungen und Interessen, z. B. bei der Verteilung und Lage der Arbeitszeit, beim Erstellen von Weiterbildungsplänen, bei der Wahl der Arbeitsmethode, bei der Vereinbarung von Arbeitspensum und Personalbesetzung, wirksam einbringen zu können.

Gewerkschaftliche Betätigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb und außerhalb des Betriebes gehört zu den Voraussetzungen für eine demokratische Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Die Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre ist Voraussetzung für die umfassende Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu müssen tarifliche Regelungen geschaffen werden. Institutionelle und zeitliche Handlungsmöglichkeiten sind für die gleichberechtigte Teilnahme der Interessenvertretung an der Gestaltung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen erforderlich. Daher muß die Aktivität der Gewerkschaften und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre im Betrieb, aber auch deren Freistellung für gesamtgewerkschaftliche Aufgaben gesichert werden.

5 Tarifpolitik und europäische Solidarität

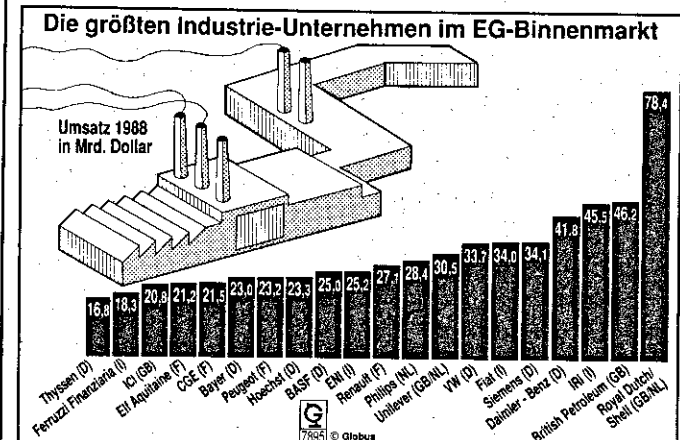
Arbeitgeberverbände und konservative Politiker versuchen, den gemeinsamen westeuropäischen Markt als Spaltungsmittel gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu benutzen, um angeblich verkrustete Tarif-, Arbeitsrecht- und Sozialstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Belegschaften und Betriebsräte sollen mit dem Hinweis auf Standortsicherung erpreßt,

Gewerkschaften zur Zurückhaltung in ihren Forderungen gebracht werden. Demgegenüber muß für uns klar sein: Die soziale Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft wird nur vorankommen, wenn die einzelnen Länder ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern und nutzen, um zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zu gelangen. Die Bundesrepublik ist das ökonomisch reichste Land der Europäischen Gemeinschaft. Wir müssen alle Möglichkeiten der gemeinsamen Koordination und Zusammenarbeit ausschöpfen, um tarifpolitischen Fortschritt voranzutreiben. Die 35-Stunden-Woche bei uns kann ein Signal für weitere Arbeitszeitverkürzung in allen europäischen Ländern sein. 16 Millionen Arbeitslose in der EG unterstreichen, wie sehr in ganz Europa die 35-Stunden-Woche notwendig ist.

Die Vollendung des Binnenmarktes verlangt von den Gewerkschaften, tarifpolitische Ziele sowie ihre Durchsetzung verstärkt zu koordinieren. Im Falle von Arbeitskämpfen sind Produktionsverlagerungen und Streikbrucharbeiten grenzüberschreitend zu verhindern. Gemeinsame Aktionen sind anzustreben und vorzubereiten.

Für uns stellen Tarifverträge das Instrument dar, um eine demokratische und soziale Arbeitsverfassung zu verwirklichen. Sie bilden die wesentliche Grundlage für die individuelle Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese durchzusetzen wird nur gelingen, wenn die IG Metall ihre Konflikt- und Streikfähigkeit behält. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg und für vertretbare Kompromisse zwischen Arbeitgeber und ihren Vertretern und der IG Metall und ihren Mitgliedern.

Die veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erfordern von der IG Metall, ihre Kampffähigkeit zu sichern und



einzusetzen. Der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in der heutigen Form muß beseitigt werden. Solange der § 116 AFG angewendet werden kann, muß die IG Metall alles daran setzen, um auch unter diesen erschwerten Bedingungen handlungs- und durchsetzungsfähig zu bleiben. Das verlangt u. a., die politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die Aussperrung gesellschaftlich zu ächten und zu verbieten, den Unternehmern ihre Anwendung zu erschweren und umfassende Solidarität mit den Opfern der „kalten Aussperrung“ herzustellen. Dabei sind auf allen Ebenen die betrieblichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Zum Kampf rüsten!

Während der Diskussion um die Entschließung 12 führte der Tarifexperte der IG Metall und neugewählte 2. Vorsitzende, Klaus Zwickel, u. a. aus: „In den nächsten vier Wochen werden die regionalen Tarifkommissionen die Forderungen beschließen. Auch dabei zweifle ich nicht, daß überall die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Lohn- und Gehaltsforderungen, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen, die Sicherung des arbeitsfreien Wochenendes sowie Überstundenbegrenzung und Maßnahmen gegen Leistungsverdichtung beschlossen werden. Nur, man muß nicht Prophet sein, um zu wissen, daß dann, wenn wir diese Forderungen jetzt quantifizieren würden, also die Höhe unserer Lohn- und Gehalts-

forderungen, das Gesamtvolumen der Forderungen beschlossen sein wird, erst recht das propagandistische Trommelfeuer von Gesamtmittel und ihrer politischen Helfer einsetzen wird und daß damit alles versucht werden wird, unsere Kolleginnen und Kollegen zu verunsichern. Sie werden versuchen, ihnen den Eindruck zu vermitteln: Steigt ein in den Tarifzug 1990, aber benützt die vorderen Waggon; dort gibt es Lohn und Gehalt, aber hängt die hinteren Waggon ab, denn dort sitzen die Funktionäre, die Arbeitszeitverkürzung wollen! Nein, es gibt nur einen Zug, und der heißt IG Metall. Entweder wir fahren alle zusammen oder sie steuern uns getrennt in den Abgrund.

Die entscheidende Frage ist: Haben wir bereits die Köpfe und Herzen der Metallerrinnen und Metaller so resistent gemacht, daß sie der unternehmerischen Propagandamaschine widerstehen werden? Ich bin überzeugt, daß wir es schaffen. Aber wir müssen noch eine ganze Menge tun. Vor allem scheint es mir erforderlich, dem Irrtum zu begegnen, der Konflikt wäre dann vermeidbar, wenn wir uns nur auf Lohn konzentrieren würden. Auch beim Lohn wird sich die alte Erfahrung bestätigen, daß der Konflikt unvermeidbar ist, wenn wir mehr wollen als das, was uns die Arbeitgeber signalisieren. Was die Arbeitgeber wollen und was sie uns sagen, ist deutlich. Sie wollen Lohnerhöhungen im Rahmen der Produktivitätszunahme, vielleicht noch ein bißchen Preisausgleich. Aber schon darum werden wir ringen müssen.

Was die Arbeitgeber unter mehr Lohn für die Beschäftigten verstehen, wird nicht berauschend sein. Sie wollen nicht die Scheine verteilen, sie wollen mit Kleingeld bezahlen. Wir aber brauchen Scheine, und wir brauchen die 35-Stunden-Woche dazu, aber dafür geben wir nicht das freie Wochenende hin. Um dies durchsetzen zu können, werden jetzt die Mobilisierungsaktivitäten in den Betrieben entscheidend sein. Ich will vor allem ein Instrument ansprechen, welches dann wirkt, wenn wir es alle gemeinsam konsequent anwenden. Ich spreche von der Verweigerung der Überstunden in der Produktion. Wir können nicht für die 35-Stunden-Woche kämpfen und gleichzeitig Überstunden klopfen. Hier sind vor allem die Funktionärskörper der Großbetriebe, allen voran der Automobilindustrie, gefordert, um das Signal für alle anderen zu geben, und sie müssen sich dann darauf verlassen können, daß alle anderen ebenfalls folgen werden.

Diesen Hebel zu verwenden, ist für die andere Seite unheimlich schmerzhaft. Bereiten wir ihnen diese Schmerzen, damit ihnen dann das Gesunde bei der Arbeitszeitverkürzung leichter fällt. Setzen wir diesen Hebel ein! Es liegt an uns, zuallererst an uns. Lassen wir jetzt den Reden die entsprechenden Taten folgen! Falls es noch Zweifel gab, wie notwendig die konsequente Vorbereitung der Tarifbewegung 1990 ist, Stihl, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, hat diese Zweifel endgültig beseitigt. Stihl fordert die Arbeitgeber zur bundesweiten Angriffsaussperrung auf. Die Tarifbewegung bekommt damit bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem wir noch nicht einmal die Forderung in den Tarifkommissionen beschlossen haben, eine politische Dimension, die weit über all das hinausgeht, was wir bisher erfahren haben. Stihl fordert zum offenen Rechtsbruch auf. Von der Forderung bundesweiter Angriffsaussperrung bis zur Forderung, den tausendfachen Widerstand der Arbeitnehmer mit Polizeieinsatz zu verhindern, ist es nicht mehr weit. Wir müssen uns darauf vorbereiten, einen Kampf gegen Rechtsbrecher führen zu müssen.

Uns ist bewußt, daß wir dann nicht nur für unsere Tarifforderungen allein, sondern für die Sicherung des Rechtsstaates kämpfen müssen. In einem Land, in dem Rechtsbruch zum Mittel werden soll, um damit Machtinteressen durchzusetzen, sind der Widerstand und die Verteidigung demokratischer Rechte nicht mehr allein Sache der Metallerrinnen und Metaller. Spätestens dann ist der Kampf die Sache aller abhängig Beschäftigten, aller Gewerkschaften, aller demokratischen Parteien und Organisationen. In einem solchen Kampf kann dann nicht mehr die Frage nach der finanziellen Unterstützungsleistung gestellt werden. Dann geht der Kampf nicht nur um Arbeitszeitgestaltung und bessere Einkommen, sondern dann geht es um den Erhalt kampffähiger Gewerkschaften und damit um die Lage und den Einfluß der Arbeitnehmer in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in dieser Gesellschaft.

Wenn wahr werden sollte, was Stihl fordert, dann geht es darum,

die totale Machtergreifung des Kapitals zu verhindern. Um diese zu verhindern, ist es dann demokratische Bürgerpflicht, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Deshalb mein Appell, jetzt nicht nur der Entscheidung zuzustimmen, sondern vor diesem Gewerkschaftstag Zeugnis von der Entschlossenheit und Geschlossenheit der Metallerrinnen und Metaller für diesen bevorstehenden Kampf abzulegen.

Das Startsignal für den 16. Kongreß gaben junge Mitglieder

Vom 5. bis 11. November tagte im Mannheimer Rosengarten der 16. Kongreß der mit rund 470 000 Mitgliedern an vierter Stelle unter den 16 DGB-Gewerkschaften rangierenden Deutschen Postgewerkschaft (DPG). Vor den 470 Delegierten standen wichtige Entscheidungen, besonders verursacht durch die Zerschlagung der Post.

Um die neuen Aufgaben überhaupt lösen zu können, beschloß der Kongreß, die bisherige hauptamtliche Gewerkschaftsspitze von vier auf sieben zu erweitern. Erstmals wurde mit Marita Wellmann eine Frau in die hauptamtliche Spitze gewählt. Satzungsanträge, die mindestens zwei Frauen vorsahen, fanden nicht die entsprechende Mehrheit. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, die Legislaturperiode von bisher drei auf vier Jahre zu verlängern.

Der Kongreß beauftragte den Hauptvorstand, eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, bis Mitte 1990 Grundsatzpositionen und Satzungsänderungen zu erarbeiten, die nach breiter Diskussion in der Mitgliedschaft von einem Satzungs- und Strategiekongreß im

Wahlergebnisse

470 stimmberechtigte Delegierte

	ja	nein	Enthal-	v. H.
tungen				
Vorsitzender				
Kurt van Haaren, 51	388	45	24	83,4
Stellv. Vorsitzende				
Albert Stegmüller, 55	397	50	15	85,2
Emil Bock, 57	308	124	31	66,1
Hauptamtl.				
Vorstandsmitglieder				
Horst Kissel, 52	246	176	44	52,4
Reinhold Stühlemeyer, 54	381	59	26	81,7
Ewald Wehner, 57	411	39	14	88,5
Marita Wellmann, 41	352	85	22	76,5

(Neugewählt wurden Horst Kissel, Reinhold Stühlemeyer, Ewald Wehner und Marita Wellmann; Kissel ist Mitglied der CDU)

Frühjahr 1991 beschlossen werden sollen. Den Delegierten lagen 419 Anträge sowie mehrere Initiativanträge und -entschliefungen vor.

Eröffnet wurde der Kongreß vom Vorsitzenden Kurt van Haaren, der bei der späteren Wahl 83,4 Prozent aller Delegiertenstimmen, das sind 1,4 Prozent mehr als vor drei Jahren, erhielt. U. a. verlangte er mehr Mittel für den Umweltschutz. Sie seien „allemaal sinnvoller als 100-Milliarden-Projekte für einen Jäger 90“. Heftige Kritik übte van Haaren an Wirtschaftsminister Haussmann, „der sich einerseits zum Regulator der Tarifautonomie aufspielen will und sich andererseits erdreistet, ein Zurück zur 40-Stunden-Woche zu propa-

gieren“. Das zeige erschreckend, wer aus der FDP so alles Minister werden könne.

Das Startsignal für den 16. Kongreß gab jedoch nicht Kurt van Haaren, sondern rund 250 junge Postler und Postlerinnen aus der näheren Umgebung. Sie waren nach Mannheim gekommen, um ihrem obersten Dienstherrn mit Trillerpfeifen gehörig den Marsch zu blasen.

Solidarität

Die Gewerkschaften IG Metall und IG Medien gehen im Jahr 1990 in die schwersten Tarifausschreitungen der letzten Jahre. Gesamtmetall und der Bundesverband Druck versuchen, in der Öffentlichkeit über die Medien das politische Klima für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu vergiften. Die Bundesregierung, in Person des Bundeswirtschaftsministers Haussmann, unterstützt ganz massiv die Kampagne gegen die Gewerkschaften. Ihr Eingreifen zielt auf die Zerschlagung der Tarifautonomie.

Dieser Kumpanei setzen wir das geschlossene Handeln der DGB-Gewerkschaften entgegen. Der Kampf der beiden Gewerkschaften für 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, für den Erhalt des freien Wochenendes und für kräftige Einkommenserhöhungen ist unser Kampf.

Die Delegierten des 16. DPG-Kongresses bekunden ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit, den gewerkschaftlichen Kampf der beiden Gewerkschaften durch praktische Solidarität zu unterstützen.

sen. Und so mußte dem Minister von Ordern ein Weg durch die aufgebrachte Menge und einen Wald von Transparenten gebahnt werden.

Anlaß für den nicht gerade alltäglichen Empfang war die von Schwarz-Schilling betriebene Zerschlagung der Post. Fast drei Jahre hatten die Gewerkschafter mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen dagegen angekämpft, ohne allerdings die Bewegung in die Betriebe zu verlagern. Die Angst der DPG-Spitze, betriebliche Aktionen könnten als politische Streiks ausgelegt werden – obwohl die Bereitschaft dafür vorhanden war –, ließ sie vor diesem wirkungsvollen Mittel zurückschrecken. Zurück blieben bei vielen Postlern Zorn, Empörung und auch Frust, was sich bei der Rede des Ministers zeigte. Unter den Delegierten rührte sich keine Hand. Die Hessen hatten es vorgezogen, den Saal zu verlassen, und Delegierte aus Niedersachsen kehrten ihre Stühle um und zeigten dem Minister demonstrativ den Rücken.

Wer nun nach dieser wirkungsvollen Einstimmung geglaubt hatte, die Schlußfolgerungen aus den zurückliegenden Aktionen würden den Kongreß prägen, sah sich getäuscht. Statt dessen wurde geklagt über zunehmenden Streß, über kaum noch bezahlbare Mieten in Ballungszentren und darüber, daß der Post scharenweise die Leute davonliefen. Ohne weiteres ist dem hessischen Bezirksvorsitzenden Josef Stark zuzustimmen, der am Abend des ersten Kongreßtages feststellte, daß dieser abliefe, „als ob es die Zerschlagung der Post nicht gegeben hätte“.

Es vergingen mehrere Stunden der Diskussion – insgesamt sprachen 94 Delegierte zu den Geschäftsberichten –, ehe überhaupt auf die zurückliegenden Aktionen eingegangen wurde. Norbert Bär kritisierte, daß die Demonstration am Bußtag des vergangenen Jahres mit 60 000 Teilnehmern in Bonn nicht Auftakt für wirkungsvollere Aktionen, sondern der Endpunkt gewesen sei. Erich Leitner sprach von einer „Riesenenttäuschung“, wie diese Aktion sang- und klanglos abgebrochen wurde. Einem Minister, „der grinsend unsere Interessen ignoriert, ist es wurscht, welche Aktionsformen wir durchführen“, meinte er. „Ihn trifft nur eines, wenn nämlich die Arbeit liegenbleibt, wenn dann der Protest unter den Bürgern losgeht, wenn keine Post mehr kommt, wenn keine Telefonanschlüsse mehr eingerichtet werden.“ Mehrere Delegierte sprachen von „verlorenen Chancen“.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand der Tarifvertrag über Bemes-

sungsvorgaben. Verhandlungen darüber lehnte der Minister vor allem mit der Begründung ab, daß er nur noch zwei Monate zuständig sei. Die DPG richtet sich indes auf den Kampf ein. Mehrere Delegierte, so Ernst Edhofer, waren für ein Ultimatum an den Bundespostminister. Sollten Verhandlungen auch dann nicht stattfinden, müsse „ein mächtiges Konzert gegen den Minister und gegen seine Blockadepolitik“ losgehen. Gerhard Mertenbacher kritisierte, daß der günstigste Zeitpunkt zur Durchsetzung eines Tarifvertrages über Bemessungsvorgaben bereits „versäumt“ worden sei. Bereits vor der Dreiteilung der Post „hätte eine schärfere Auseinandersetzung begonnen werden müssen“. Die DPG dürfe nicht „Weltmeister“ im Papierschreiben sein, sondern müsse handeln. Auch Wolfgang Bing orientierte auf Aktionen. Die Mitglieder müßten davon überzeugt werden, „daß überall dort, wo Verhandlungen ausgeschlagen werden, Druck zu entfalten ist. Wo man Argumenten nicht zugänglich ist, dort ist Kampf gefragt. Wer gewerkschaftliche Macht ignoriert, der muß sie zu spüren bekommen.“

Für die DPG scheint das Maß an Streß und Leistungsverdrückung jedenfalls voll zu sein. Sie „ist entschlossen, ihre Forderung notfalls mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen“, heißt es in einer Initiativentschließung. Und Kurt van Haaren orientierte auf „Mitgliedermobilisierung“. Diese müsse man so konkret vorantreiben, „daß wir kampffähig werden“. Überzeugt zeigte sich der DPG-Vorsitzende auch davon, daß die Beamten sich „nicht als Streikbrecher mißbrauchen lassen, sondern solidarisch zu unserer gemeinsamen Forderung stehen“.

Trotz mehrerer Abendsitzungen kam der 16. DPG-Kongreß zeitlich knapp über die Runden. Nur das Schlußwort konnte nicht gehalten werden, sondern wurde im letzten Tagesprotokoll schriftlich nachgereicht. Wie Kurt van Haaren dort erklärte, will die DPG gemeinsam mit der ÖTV Strukturverbesserungen, einschließlich Zulagen und Zuschläge, durchsetzen.

Zur Information unserer Leser dokumentieren wir nachfolgend einige Beschlüsse, darunter (im Kasten) ist eine Solidaritätserklärung für IG Metall und IG Medien, die einstimmig beschlossen wurde.

G. M.

BESCHLÜSSE

Überprüfung der Organisationsstruktur (A 1)

Mit dem Poststrukturgesetz (PostStruktG) ist eine Änderung der bisherigen Organisation der Deutschen Bundespost eingeleitet worden. Zukünftig werden drei DBP-Unternehmen, von Vorständen nach primär betriebswirtschaftlichen Prinzipien geleitet, ihre Dienstleistungen weitgehend im Wettbewerb anbieten. Dies wird schon bald sichtbare Veränderungen auch der inneren Organisationsstrukturen bewirken.

Bisher war das BPM als oberste Organisationseinheit allzuständig. Diese Allzuständigkeit wird sich durch die inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben des PostStruktG ändern. Es muß davon ausgegangen werden, daß die vom PostStruktG gewollte Managementorientierung der DBP-Unternehmensvorstände sich in dem Setzen von globalen Vorgaben durch die Vorstände bei gleichzeitiger Ergebnisverantwortung der Ämter und einer Erfolgskontrolle niederschlagen wird. Die Zuständigkeiten für die Realisierung dieser Vorgaben sollen mit allen dafür erforderlichen Entscheidungskompetenzen nach und nach auf die regionalen Mittelinstanzen und vor allem die Ämter verlagert werden. Deren Erfolg oder Mißerfolg soll an betriebswirtschaftlichen Vorgaben und Ergebnissen gemessen werden; das Instrumentarium dafür ist mit DELKOS bereits seit längerer Zeit im Aufbau. Versucht werden wird wahrscheinlich auch stärker als bisher, Aufgaben in bereits vorhandene oder neu zu schaffende Tochterunternehmen zu verlagern oder mit privaten Unternehmen zu kooperieren.

Bereits in der Vergangenheit hat es Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation, Aufgabenverlagerungen, gravierende techni-

sche Entwicklungen, Dezentralisierung und Flexibilisierung gegeben. Die sich aus dem PostStruktG ergebenden Wirkungen werden allerdings noch tiefgreifender sein, und der Prozeß wird sich beschleunigen. Veränderungen werden zum Teil sofort eintreten, zum Teil sich in einem mehrjährigen Prozeß vollziehen. Die sich aus diesen Veränderungen ergebenden Rückwirkungen auf die Arbeit der Deutschen Postgewerkschaft werden weitreichend sein. Sie bedingen deshalb sowohl eine Überprüfung der Organisationsstruktur als auch der Arbeitsweise der Deutschen Postgewerkschaft in allen Ebenen. Es ist dabei nicht möglich, bereits jetzt zu allen Fragen fertige Antworten zu geben. Viele Details werden sich erst im Ablauf der nächsten Jahre klären und im Interesse einer optimalen Vertretung unserer Mitglieder regeln lassen. Aber schon jetzt ist Handlungsbedarf zur Änderung in wichtigen Punkten erkennbar:

1. Die vor dem PostStruktG erfolgte Beschreibung des Organisationsbereichs der DPG in § 1 Abs. 2 der Satzung zieht genaue Grenzen. Diese Grenzen sind durch das PostStruktG teilweise verwischt worden und können mit den durch das Gesetz angestreb-



ten Zielen weiter unklar werden. Dies gilt z.B. für den Hoheitsbereich (einschließlich BMPT) und evtl. Umgruppierungen in Tochterunternehmen. Diese Bereiche gehören selbstverständlich auch weiterhin zum Organisationsbereich der DPG. Die Beschreibung des Organisationsbereichs in § 1 Abs. 2 der Satzung muß deshalb so geändert werden, daß daran niemand Zweifel haben kann.

2. Die Organisationsstruktur der DPG muß überdacht werden. Bei diesen Überlegungen ist von dem Grundgedanken eines einheitlichen Vorgehens der DPG auf allen Organisationsebenen auszugehen.

3. Die gewerkschaftliche Organisation auf der Amts- und Ortsebene bedarf einer – wegen der bei den Amtsleitungen zuwachsenden Handlungs- und Entscheidungskompetenzen – Veränderung. Dabei muß die Vertrauensleutearbeit gestärkt und ihre Wirksamkeit erhöht werden.

4. Die gewerkschaftliche Organisation auf der bezirklichen Ebene muß einerseits auf sich ändernde Zuständigkeiten und Kompetenzen der mittleren Unternehmensebene ausgerichtet, und andererseits muß die Betreuungsfunktion für die örtlichen gewerkschaftlichen Organisationseinheiten intensiviert werden.

5. Die gewerkschaftliche Organisation auf der zentralen Ebene muß innerorganisatorisch u. a. auf die große Zahl der Vorstands- und Geschäftsbereiche in den DBP-Unternehmen, das Direktorium, das BMPT und den Infrastrukturrat mit ihrer Vielzahl wichtiger Entscheidungsträger ausgerichtet und in die Lage versetzt werden, auf deren Handlungen einwirken zu können. Gleichzeitig müssen organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden, die eine stärkere und wirksamere EG-Orientierung (gemeinsamer Markt ab 1993) und die intensivere Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaften für die Deutsche Postgewerkschaft gewährleisten.

6. Die Wege der Meinungs- und Willensbildung in der Deutschen Postgewerkschaft bedürfen einer an den sich ändernden Bedingungen orientierten Anpassung. Es muß einerseits eine die unternehmensspezifischen Entwicklungen und andererseits eine die gesamtpolitischen und gewerkschaftspolitischen Entwicklungen be-

rücksichtigende Meinungs- und Willensbildung gewährleistet werden. Bei Veränderungen müssen die Möglichkeiten der Betätigung und Einflußnahme der Beschäftigten, Personengruppen und Personalräte Berücksichtigung finden.

7. Die Stellung der Organe, ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten, die Zahl ihrer Mitglieder und die Repräsentanz der verschiedenen Mitgliedergruppen muß überdacht und ggf. entsprechend an die sich ändernden Bedingungen angepaßt werden. Dazu gehört auch ein Konzept für die Zusammensetzung des GHV mit nur einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden.

8. Von wesentlicher Bedeutung wird bei den anzustellenden Überlegungen die Gestaltung des innergewerkschaftlichen Informationswesens, die gewerkschaftliche Nutzung der sich schnell entwickelnden Kommunikationstechnologie sowie die Optimierung der innergewerkschaftlichen Arbeitsabläufe sein.

9. Eine bedeutsame Rolle werden Fragen der Gewinnung und vor allem der Qualifizierung der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre spielen müssen.

10. Schließlich – aber nicht zuletzt – muß untersucht werden, ob und wie die erforderlich erscheinenden organisatorischen Veränderungen finanziert werden können; ob und welche bisher für bestimmte Aufgaben gebundenen Finanzmittel freigemacht und für die Erledigung anderer Aufgaben eingesetzt werden können.

Dies alles erfordert eingehende Überlegungen und Diskussionen, bevor Entscheidungen getroffen werden können. Es ist deshalb vom Hauptvorstand unverzüglich eine Kommission unter Beteiligung aller Bezirke damit zu beauftragen, bis Mitte 1990 entsprechende Grundsatzpositionen einschließlich der Neufassung der einschlägigen Satzungssteile zu erarbeiten. Die Ergebnisse stehen danach für eine Mitgliederdiskussion in Jahreshauptversammlungen usw. bis Ende 1990 zur Verfügung. Danach ist ein außerordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft einzuberufen, der über die erforderlichen Satzungsänderungen und Grundsatzpositionen entscheidet.

Sofortige Einstellung von Tiefflügen (E 99)

In keinem Land der Welt gibt es so viele Tiefflüge wie bei uns. 100.000mal im Jahr donnern nicht nur deutsche, sondern auch amerikanische, britische, niederländische, belgische, kanadische und französische Düsenjäger über unser dichtbesiedeltes Land. Manche Orte werden 80mal am Tag mit infernalischem Lärm überflogen. In sieben Regionen dürfen Piloten sogar auf 75 Meter herunter. Und selbst diese Begrenzung wird regelmäßig unterschritten. Über 30 Millionen Menschen erleiden ernsthafte Gesundheitsschäden. Medizinische Gutachten belegen besonders bei Kindern Gehörschäden, Schlaf- und Verhaltensstörungen.

Der militärische Flugbetrieb trägt zur Zerstörung der Ozonschicht bei und verstärkt den Treibhauseffekt. Tausende von Tonnen giftiger Stoffe rieseln auf die Erde. Die Lebensqualität wird erheblich beeinträchtigt. Jährlich stürzen in der Bundesrepublik mehr als 20 Militärmaschinen ab. Schon morgen kann sich die Katastrophe von Ramstein über einer Chemiefabrik, einer Talsperre oder einem Atomkraftwerk wiederholen – mit ungleich schrecklicheren Folgen.

Mit den Tiefflugübungen bereitet sich die NATO darauf vor, im Krieg weit nach Osteuropa einzudringen, auch mit Atomwaffen. Weder die politische noch die militärische Lage rechtfertigen ein solches Offensivkonzept. Die Bevölkerung wird durch den Tiefflugterror bedroht und nicht geschützt. Die Tieffliegerei dient nicht zuletzt dem Prestigebedürfnis der Luftwaffe und den Interessen der Rüstungsindustrie. Eine „gerechte Verteilung“ (Minister Scholz) ist keine Lösung. Die Grenze der Belastbarkeit von Mensch und Umwelt ist längst überschritten. Daher sind alle Tiefflüge einzustellen.

Gegen „Trauergeläut“ (E 3)

Die Delegierten des 16. Kongresses der DPG haben die Ankündigung des Ständigen Rates der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, am 28. Dezember 1989 bundesweit ein „Trauergeläut“ ertönen zu lassen, mit großer Betroffenheit zur Kenntnis genom-

men. Dieses „Trauergeläut“ soll im Rahmen der Diskussion des § 218 StGB an das ungeborene Leben erinnern. Die Mitglieder der DPG wissen sehr wohl, daß das Problem des Schwangerschaftsabbruches ethische, moralische und auch religiöse Fragen berührt. Die Frage des Schwangerschaftsabbruches kann jede Frau nur für sich selbst entscheiden.

Die Gewerkschaften setzen sich ebenfalls für das ungeborene Leben ein, sie haben aber auch Verständnis für die Frauen, die durch eine ungewollte Schwangerschaft in Not geraten, häufig ohne Ausweg sind und sich dadurch zu einem Schwangerschaftsabbruch entschließen. Diese Frauen zu kriminalisieren, ist der falsche Weg.

Wer wirklich für das Leben eintritt, der muß mit dazu beitragen, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine friedliche, menschengerechte Umwelt geschaffen werden, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert, der Umweltschutz mit Taten und nicht nur mit Worten vorangetrieben wird. Nicht nur die Gewerkschaften können ihren Teil dazu beitragen, auch für die katholische Kirche ist es ein weites Betätigungsfeld. Die Delegierten des 16. Kongresses der DPG lehnen das spektakuläre „Trauergeläut“, das in der Tradition der Hexenverbrennungen steht, ab, da es die in Not geratenen Frauen diskriminiert, die Probleme aber nicht löst.

Gesundheitsreformgesetz (A 125)

Die DPG wird aufgefordert, über den DGB dafür einzutreten, daß die mit dem am 1. 1. 1989 in Kraft getretenen Gesundheitsreformgesetz eingeführten Verschlechterungen unverzüglich rückgängig gemacht und die vorliegenden Anträge zur Verbesserung des Gesundheitswesens im Interesse der Versicherten weiter verfolgt werden.

Wertschöpfungsabgabe (A 137)

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, die Diskussion über die unabdingbare Forderung aller Arbeitnehmer nach Einführung einer Wertschöpfungsabgabe sowie der Erhöhung des Bundeszuschusses zur Mitfinanzierung der Alterssicherungssysteme und die Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte umgehend wieder in Gang zu bringen und zu einem zentralen Thema zu machen.

Poststrukturgesetz (A 170)

Das Poststrukturgesetz vom 1. 7. 1989 stellt die DPG vor neue Herausforderungen. Hauptvorstand und Gewerkschaftsrat der DPG haben in Sondersitzungen zum Ergebnis der bundesweiten Aktion der DPG „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ bereits am 2./3. 5. 1989 Stellung genommen und eine Erklärung zum Poststrukturgesetz abgegeben.

Es sind erhöhte gewerkschaftliche Anstrengungen erforderlich, um den erreichten sozialen Besitzstand der Beschäftigten, die Position der Personalräte und die gewerkschaftlichen Rechte zu sichern und zu stärken.

Die DPG wird darauf hinwirken,

– daß die durchgesetzten sozialstaatlichen Aufgaben der DBP, wie Infrastrukturauftrag und Daseinsvorsorge, in der Praxis wahrgenommen und nicht durch betriebswirtschaftliches Kostendenken und privatwirtschaftliche Ausrichtung vernachlässigt werden;

– daß die Elemente der Einheit (z. B. Direktorium, Sozialeinrichtungen, Nutzung von Verbundvorteilen) gesichert und ausgebaut werden, um die Chance der Wiederherstellung eines einheitlichen Post- und Fernmeldewesens zu erhalten. Die DPG wird auch nach dem Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes für eine einheitliche, gemeinwirtschaftlich orientierte, wirtschaftlich lebensfähige, demokratisch kontrollierte und mitbestimmte Deutsche Bundespost eintreten. Sie wird das Poststrukturgesetz auch weiterhin politisch angreifen und ggf. auf eine Klage beim Bundesverfassungsgericht hinwirken. Spätestens bei veränderten politischen Mehrheiten wird die DPG darauf drängen, daß das Poststrukturgesetz in Eckpunkten „gewendet“ wird.

Die DPG wird auch unter den veränderten Bedingungen die Inter-

essen aller Beschäftigten bei den Postunternehmen und beim BMPT ohne Wenn und Aber vertreten.

Aufgaben nach der Postzerschlagung (A 174)

Nach der am 20. April 1989 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossenen Zerschlagung der Deutschen Bundespost ist es erforderlich, die künftige Dienstleistungspolitik der Deutschen Bundespost aus Sicht der DPG auf der Grundlage des geltenden Gesetzestextes zu formulieren. Der § 4 des Poststrukturgesetzes fordert die Deckung der Nachfrage von Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung nach Leistungen der Post-, Postbank- und Fernmeldedienste. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Daseinsvorsorge für die Bürger den Interessen von Konzernen und Wirtschaftsverbänden geopfert wird. Aus dieser Erfahrung heraus ist für die DPG die Nachfrage von Bürgern nach Post-, Postbank- und Fernmeldedienstleistungen vorrangig zu erfüllen und darf nicht den einseitigen profitorientierten Interessen der Wirtschaft untergeordnet werden. Das Gesetz verpflichtet die DBP „Infrastrukturdienste (Monopolaufgaben und Pflichtleistungen) und die notwendige Infrastruktur im Sinne der öffentlichen Aufgabenstellung nach den Grundsätzen der Politik der Bundesrepublik Deutschland zu sichern und der Entwicklung anzupassen“.

Ein Einlassen auf den uneingeschränkten Wettbewerb und die Auslagerung von Dienstleistungen in selbständige Tochterfirmen bedeutet Verschlechterungen in der Dienstgüte für die Bürger und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und wird abgelehnt. Die DPG fordert von der DBP im Gegensatz zum uneingeschränkten Wettbewerb eine qualitative Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungspolitik im Interesse der Bevölkerung und der Beschäftigten.

Die DPG fordert, neben den Monopolaufgaben durch Festlegung eines breiten Spektrums von Pflichtleistungen eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Kommunikationsversorgung zu zumutbaren Gebühren sicherzustellen. Die DBP muß verpflichtet werden, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten so zu gestalten, daß sie motiviert sind, mit ihrer Arbeitsleistung diese zuvor beschriebene Qualität der Dienstleistungen zu garantieren. Im Sinne der in den vorangegangenen Passagen beschriebenen Grundsätze sind der Antrag 216 und der Materialantrag 224 des 15. Kongresses konsequent zu verfolgen.

Neue Technologien (A 198)

Vor jeder Einführung von neuen Technologien oder Techniken, neuer Arbeitsabläufe oder neuer Maschinen seitens des Arbeitgebers ist die DPG über Verhandlungen zu beteiligen. Kann kein zufriedenstellendes Ergebnis bei den Verhandlungen erzielt werden, muß die Einführung dieser neuen Technologien und Techniken bzw. Maschinen abgelehnt werden.

Neue Technologien, die Gesundheitsschäden hervorrufen, eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle ermöglichen oder deren gesellschaftspolitische Folgen nicht abzusehen sind, müssen abgelehnt werden. Neue Technologien, deren negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt bereits erkannt sind, müssen zurückgenommen werden. Die Auswirkungen der neuen Techniken und Technologien auf Mensch und Umwelt sind dabei vor ihrer Einführung gründlich auf ihre Vor- und Nachteile zu untersuchen. Rationalisierungsgewinne und Arbeitsvereinfachungen müssen der Arbeitnehmerschaft zugute kommen.

35-Stunden-Woche (A 271)

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Humanisierung der Arbeit und besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie muß die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich – vorrangig durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit – weiterhin mit Nachdruck verfolgt und baldmöglichst tarifvertraglich abgesichert werden, wobei als langfristiges Ziel der 6-Stunden-Tag in der 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich angestrebt wird.

Neue Herausforderungen für die Deutsche Postgewerkschaft

Interview mit Marita Wellmann, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Deutschen Postgewerkschaft (DPG)

Vom 5. bis zum 11. November fand im Mannheimer Rosengarten der 16. ordentliche Kongreß der DPG statt (siehe auch Seite 18ff). Zu neuen Herausforderungen für die Arbeit der DPG nahm Marita Wellmann im folgenden NACHRICHTEN-Interview Stellung. Die Fragen stellte Berthold Goergens.

NACHRICHTEN: Seit dem 16. Kongreß der DPG sind Sie Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands Ihrer Gewerkschaft. Welche neuen Aufgaben kommen voraussichtlich auf Sie zu?

Marita Wellmann: Ich werde in meinem neuen Aufgabenbereich vermutlich zuständig sein für die Personalrätarbeit, die Sozialpolitik und die Versorgungsempfänger. Es ist noch nicht abschließend geklärt, ob noch ein weiterer Komplex hinzukommt. Die Entscheidung über die Geschäftsverteilung soll in der Dezembersitzung des Hauptvorstands getroffen werden.

NACHRICHTEN: Die Situation bei der Deutschen Bundespost hat sich durch die Zerschlagung in drei Unternehmen grundlegend geändert. Wie wird die Deutsche Postgewerkschaft mit dieser neuen Lage umgehen, insbesondere, wie sind Ihre Vorstellungen für Ihren künftigen Aufgabenbereich?

Marita Wellmann: Wir haben uns im Rahmen unserer Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ über drei Jahre sehr hart mit der inzwischen realisierten Neustrukturierung der Deutschen Bundespost auseinandergesetzt und auch einige Teilerfolge erreicht. Wie unser Kongreß gezeigt hat, stellt sich die DPG auf die neuen Herausforderungen inhaltlich, organisatorisch und personell ein, um wie bisher die Interessen der Beschäftigten effizient vertreten zu können. Speziell für meinen Bereich möchte ich darauf hinweisen, daß auf unser Bestreben hin ein Hauptpersonalrat Soziales eingerichtet wird. Unsere Bemühungen werden dahin gehen, bisher einheitliche soziale Bedingungen für die Beschäftigten und Versorgungsempfänger zu erhalten. Allerdings ist aktuell zu erkennen, daß bereits gegebene Zusagen des Postministers und des Bundeskanzlers, zum Beispiel zur Rolle und Kompetenz des Direktoriums und zur Aufgabenstellung des Strukturrats (gemeinsames Bund-Länder-Gremium), unterlaufen werden sollen. Dies gilt z. B. für die Zuordnung des Arbeitsschutzes.

NACHRICHTEN: Sie waren bisher für Technologiepolitik zuständig. Zu diesem Bereich der Gewerkschaftsarbeit gab es einen Antrag des Kongresses, der gegen die Empfehlung der Antragskommission angenommen wurde. Können Sie zu den Hintergründen etwas sagen?

Marita Wellmann: Die Annahme dieses Antrages spiegelt im Prinzip die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit den Regelungen, den Nutzungsmöglichkeiten und den Folgewirkungen des Einsatzes neuer Techniken im Betrieb wieder. Mit der Annahme des Antrages 198 wird unsere Aufgabe nicht gerade erleichtert. Wenn in der Technikgestaltung von einer Position „Ja, aber...“ zur Position „Nein, wenn nicht...“ gewechselt wird, ist damit allein noch kein Durchbruch im Interesse der Beschäftigten erreicht. Deutlich wird vor allem, daß diejenigen, die Techniken einführen, ohne Antworten auf bedrückende Fragen zur Technikentwicklung und -anwendung zu geben, sich darüber im klaren sein müssen, daß die Skepsis und die kritische Haltung wächst. Technik muß den Menschen dienen, das müssen auch Arbeitgeber begreifen. Diese Auseinandersetzung beweist wiederum, wie wichtig mehr Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken ist.

NACHRICHTEN: Auf dem 16. Kongreß der DPG gab es nicht wenige Stimmen, mindestens zwei Frauen in die hauptamtliche Gewerk-



schaftsspitze zu wählen. Werden Sie lange Zeit die einzige Frau bleiben?

Marita Wellmann: Die Diskussion auf dem 16. Kongreß hat deutlich gezeigt, daß die bessere Beteiligung von Frauen in Gremien nicht nur diskutiert, sondern auch durchgesetzt werden soll. Voraussichtlich wird der Satzungskongreß der DPG 1991 Beschlüsse für eine stärkere Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen fassen, das kann auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung des geschäftsführenden Hauptvorstands haben. Der Bundesfrauenausschuß hat sich dafür ausgesprochen, künftig eine Quote mit zwei Frauen im geschäftsführenden Hauptvorstand festzulegen.

Ein „Papiertiger“ bekommt Biß in der Tarifpolitik

Neue bildungspolitische Akzente setzte der 21. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) u. a. mit einem umfangreichen Beschluß für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen sowie ganztägigen Angeboten in außerschulischen Bildungseinrichtungen für alle Kinder und Jugendlichen. Ausgehend von den stetig steigenden Zahlen Alleinerziehender und erwerbstätiger Frauen, fordert die GEW neben dem quantitativen Ausbau auch eine bessere pädagogische Ausstattung solcher Bildungseinrichtungen, in der Regel die Gesamtschule, die eine sinnvolle Verknüpfung von Unterricht mit Arbeitsgemeinschaften, Freizeitangeboten und Aufgabenbetreuung vorsehen. Die finanziellen Mittel dafür seien von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung zu stellen. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik nur für 3,6 Prozent aller SchülerInnen Ganztagsangebote, im europäischen Vergleich ein Armutszeugnis. Plätze für mindestens 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen wird von der GEW als Mindestbedarf angesehen.

Die knapp 400 Delegierten des Gewerkschaftstages, der vom 18. bis 22. November in Osnabrück tagte, forderten ferner in einem

ebenso mit großer Mehrheit angenommenen Antrag die Kultusminister der Länder auf, im Rahmen der EG-Bildungspolitik dafür zu sorgen, daß Kindern aus sprachlichen und kulturellen Minderheiten gleiche Bildungschancen eingeräumt werden. Entsprechende Angebote an Sprachunterricht sowie eine Umorientierung der Unterrichtsinhalte, Lehrpläne, Lehr- und Lernmittel, einschließlich einer verstärkten Einstellung ausländischer Fachkräfte, zur interkulturellen Erziehung werden verlangt.

Neben weiteren Beschlüssen zur Bildungspolitik stand jedoch die Perspektivplanung der Gewerkschaft im Vordergrund, auch wenn die breite bildungspolitische Aussprache, wegen der – bei der GEW zum Ritual gehörenden – haushaltspolitischen Debatte in den Hintergrund trat. Anders als auf den beiden letzten Gewerkschaftstagen war die Beratung und Beschlußfassung über Finanzen und Stellen im Bundesetat diesmal jedoch stärker politisch durchdrungen und galt letztlich der organisatorischen und tarifpolitischen Stärkung der GEW. Im dritten Anlauf seit 1983 genehmigte der Gewerkschaftstag eine geringfügige Erhöhung um 2,- DM auf den bisherigen Mitgliedsbeitrag, nämlich 1 Prozent der ersten Dienstaltersstufe (im Durchschnitt der Aktiven derzeit 24,70 DM), und machte mit Umschichtungen im Haushalt, darunter Entnahmen aus den Zinszuwächsen des Streikfonds, Mittel für zusätzliche (halbe) Stellen für die Frauen- und die außerschulische Bildungsarbeit sowie zur Finanzierung eines Pilotprojekts zur organisatorischen Stärkung der GEW frei.

Jährlich eine knappe Million DM soll bis 1992 in drei Landesverbänden, darunter NRW und Niedersachsen, zum Aufbau eines Vertrauensleute- und Schulungssystems zur kontinuierlichen Mitgliederbetreuung und -werbung aufgewandt werden, um damit die Gewerkschaft der Pädagogen und Wissenschaftler an der Basis handlungsfähiger zu machen. Ferner gilt es, rückläufigen Mitgliederzahlen, gerade unter den Studenten (minus 25 Prozent in den letzten drei Jahren), entgegenzuwirken. Der im Hauptvorstand für diese Arbeit Verantwortliche, der wiedergewählte 1. stellvertretende Vorsitzende, Joachim Albrecht, will in einer der nächsten Ausgaben von NACHRICHTEN, das Projekt „Wir machen die GEW stark“ unseren Lesern einmal näher erläutern.

Wahlen

zum geschäftsführenden Hauptvorstand

	Abgegebene Stimmen	Ja-Stimmen
Vorsitzender		
Dieter Wunder, 53	367	273
1. stellv. Vorsitzender		
Joachim Albrecht, 43	376	291
2. stellv. Vorsitzende		
Britta Naumann, 53	359	261
Schatzmeister		
Ulrich Pithan, 48	350	310
Referat A		
Heinz Putzhammer, 48	364	284
Referat B		
Christiane Böck, 44	352	220
Referat C		
Wilhelm Spilker, 55	342	265
Referat D		
Till Lieberz-Gross, 41	340	265
Referat E		
Gerd Köhler, 45 (im 2. Wahlg.)	368	240
Referat F		
Norbert Hocke, 37	328	304
AjLE		
Sabine Reh, 31	336	325

In der Diskussion hatten u. a. die Vorsitzenden aus den nun streik-erprobten Ländern Bedenken gegen die „Zweckentfremdung“ (Klaus Müller, Hessen) von Mitteln aus dem Streikfonds geltend gemacht. Christiane Albrecht (Hamburg) sprach von einem „falschen Signal an die Arbeitgeber“. Demgegenüber erklärte der im Amt bestätigte GEW-Vorsitzende Dieter Wunder: „Es macht keinen Sinn, wenn wir eine gut gefüllte Streikkasse haben, in der Gewerkschaft aber die Mittel fehlen, Arbeitskämpfe organisatorisch auf die Beine zu stellen.“ In den Schlußabstimmungen zum Haushalt wurde schließlich der Kompromiß der vom letzten Gewerkschaftstag eingesetzten Strukturkommission, bestehend aus dem Bundes- und den Landesvorsitzenden, fast im Detail bestätigt. Offensichtlich hatten aber die Landesvorsitzenden von ihrer Basis zu Hause nicht den Rückhalt bekommen, so daß der mühsam ausgehandelte Vorschlag der Kommission auf dem Kongreß erneut „erarbeitet“ werden mußte. „526,31 DM kostet eine Minute Redezeit auf dem Gewerkschaftstag“, war einer der „augenzwinkernden“ Kommentare des mitpräsidierenden Delegierten Guido Weinzierl per „Überkopf“-Projekt in der mehr als eintägigen Haushaltsdebatte.

Hinten runter fiel bei dem Kompromiß allerdings der Bereich Hochschule und Forschung, für den die Delegierten keine zusätzlichen Mittel bewilligten. Ausdruck für die Unzufriedenheit mit der Entwicklung in diesem Arbeitsbereich der GEW in den vergangenen Jahren war auch ein „Denkzettel“ für den zuständigen Vertreter im geschäftsführenden Hauptvorstand, Gerd Köhler, der erst im zweiten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl erhielt. Unmut hatte u. a. die verspätete Ablieferung seines Geschäftsberichts bewirkt.

Dennoch signalisiert der Haushaltsbeschluß den Willen der GEW, die Organisation zu stärken, sie über den traditionellen Lehrerbereich hinaus auch in der außerschulischen Bildungsarbeit, an Privatschulen, auf dem Gebiet der Sozialarbeit, bei Kindertagesstätten und in den Einrichtungen der Jugendhilfe durchsetzungsfähig zu machen. Neue Zeichen, in diesen Bereichen ebenfalls tariffähig zu werden, waren im Vorfeld des Gewerkschaftstages gesetzt worden. An 290 von rund 390 Kindertagesstätten sowie Jugendhilfe-Einrichtungen in Berlin und Bayern kam es erstmals zu Warnstreiks, insbesondere um die Sicherung von Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen und für bessere Einkommen. Gleiches tat sich bei dem privaten Sprachschulkonzern Berlitz, wo erstmals für die rund 1400 Beschäftigten in 39 Fällen im Bundesgebiet ein Tarifvertrag durchgesetzt werden soll.

Die Aufarbeitung des Tarifkonflikts um Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Schulwesen, eine Analyse von Stärken und Schwächen bei den ersten größeren Streikaktionen und teils gescheiterten Streikversuchen, kam auf dem Gewerkschaftstag zu kurz. Dieter Wunder ließ jedoch auch in seinem Schlußwort keinen Zweifel daran, daß die Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit Schwerpunkt der GEW bleibt und auch in der nächsten Runde, 1992, wieder zum Mittel des Streiks gegriffen werden müsse. Den Hessen sagte er weitere Unterstützung, auch finanzieller Art, bei der Fortführung ihrer Aktionen zur Übertragung der im öffentlichen Dienst erzielten Tarifiergebnisse auf Beamte zu.

Perspektiven in der Bildungspolitik zeigte die GEW mit der Vorstellung des Bildungsgesamtplans '90 auf, der, von einer Arbeitsgruppe um den Bildungsforscher Klaus Klemm im Auftrag von DGB und GEW erarbeitet, die Beschäftigungsmöglichkeiten im Bildungssystem bis zum Jahr 2000 skizziert. Bundesbildungsminister Möllemann zeigte sich in seiner Grußansprache überraschenderweise bereit, diesen als Diskussionsgrundlage in die Arbeit der Kultusministerkonferenz einzubringen. NACHRICHTEN stellen die Studie in einer der nächsten Ausgaben vor.

Für die eigene Organisation lag der Entwurf „Bildung verwirklichen“ vor, der sich zur Aufgabe stellt, im Überblick die gesamte Breite der bildungspolitischen Vorhaben der Gewerkschaft, durchaus auch mit utopischen Anklängen, über die Tagespolitik hinaus, aufzuzeigen. Nach der Diskussion in den Gliederungen der Organisation soll das Werk auf dem nächsten Gewerkschaftstag verabschiedet werden. Bezeichnenderweise hatte der federführende Autor, Klaus-Jürgen Tillmann, seinen Vortrag zur ersten Debatte, in der u. a. fehlende Durchsetzungswege bemängelt wurden, mit dem Satz begonnen: „Die GEW ist bekanntlich eine Papiere produzierende Organisation“, und darin das Bekenntnis abgelegt, daß es

wohl niemand gebe, der die gesamte Beschluslage der GEW völlig überschaue. Immerhin, so Dieter Wunder im Schlußwort, hatte es dieser Gewerkschaftstag fertiggebracht, gegenüber dem vorhergehenden den Papierausstoß um 100 000 auf „nur noch“ etwa 250 000 Blatt zu reduzieren. Auch ein Lichtblick. Bernhard Keßeler

Im nächsten Heft

behandeln wir in unserem Schwerpunktthema „DDR-Gewerkschaften“ die Aussagen des GEW-Gewerkschaftstages zu den Entwicklungen in Osteuropa. Die Diskussion um einige Satzungsfragen, z. B. zur Mitgliedschaft von Studenten aller Fachrichtungen und zum „Unvereinbarkeitsbeschuß“, stellen wir in einem weiteren Bericht vor.

Dieter Wunder

in seinen mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht

... Die GEW gilt als Lehrgewerkschaft. Wir sind aber keine. Zwar sind Lehrerinnen und Lehrer die große Mehrheit der Mitglieder, zwar ist die GEW aus den Lehrervereinen entstanden, aber wesentliche Rechtfertigung und Gewicht erhält die GEW dadurch, daß sie den Anspruch stellen kann, eine Gewerkschaft des gesamten Bildungsbereiches – Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung – zu sein. Dennoch, ich spreche kein Geheimnis aus, wir haben damit unsere Schwierigkeiten, nicht nur in der einen oder anderen Untergliederung, auch in der praktischen Gewichtung.

Im sozialpädagogischen Bereich sind wir in den vergangenen drei Jahren ein Stück vorwärtsgekommen. Die Einrichtung des Referates F hat sich gelohnt. Dieser Weg muß weitergegangen werden. Ich bitte, die im Haushalt vorgeschlagene personelle Verstärkung zu akzeptieren. Dank der Arbeit des Referates und der Fachgruppe entwickeln wir uns zu einer Organisation, die Kinder und Jugendliche in ihrer vollen Lebenswirklichkeit begreift, nicht nur in der Reduktion auf das Schülerdasein. Die Intensivierung im sozialpädagogischen Bereich wirft für die GEW viele Probleme auf, von den Arbeitskapazitäten bis hin zur Mitgliederbetreuung in den Untergliederungen. Die Kooperation mit der ÖTV ist nicht immer ohne Probleme; das Eigeninteresse zweier Organisationen ist zu berücksichtigen. Ich bin allerdings zuversichtlich: Ein kooperativer Wettbewerb um die Interessenwahrnehmung der sozialpädagogischen Fachkräfte scheint mir der richtige Weg zu sein, die Gewerkschaften in diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich dauerhaft zu verankern.

Ein Organisationsbereich hat uns in den vergangenen drei Jahren Sorgen gemacht. Entsprechend dem Rückgang der Lehramtsstudenten sank die Zahl der studentischen Mitglieder. Wir haben dagegen quasi antizyklisch investiert. Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW sorgt seit fast drei Jahren für die personelle Betreuung der Studentenseminare. Der Versuch einer Studentenzeitung in „Erziehung und Wissenschaft“ wurde gestartet und finanziell abgesichert. Aus Mitteln des Hauptvorstandes kann der Sprecher der Studenten in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung neuerdings unterstützt werden. Aber all dies reicht nicht aus. Wir müssen auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Kreis- und Stadtverbandsebene dafür sorgen, daß an allen Hochschulorten lebendige Studentengruppen entstehen. An die Untergliederungen werden hier beträchtliche Anforderungen gestellt. Ich warne davor, aus der momentanen Schwäche die naheliegende Folgerung zu ziehen, die GEW für alle Studenten zu öffnen. Damit überfordern wir uns. Ich denke, wir haben genug damit zu tun, aus der Zahl steigender Lehramtsstudenten neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Ich sehe eine ganz andere Aufgabe für die GEW. Wir müssen im DGB und in der Diskussion mit den anderen Gewerkschaften endlich die Studentenfrage, d. h., die Organisation von Studentinnen und Studenten in Gewerkschaften, klären. Wer über Zukunft spricht, wer qualifizierte Angestellte für die Gewerkschaften gewinnen will, der muß sich um die künftigen Akademiker bereits in der Hochschule küm-

mern. Wie der DGB und die Gewerkschaften diese Aufgabe bürokratisch und entscheidungsschwach vor sich herschieben, das ist schon ein Skandal. Die GEW hat Erfahrungen in der Organisation von Studenten. Wir bieten unseren Rat an. Wir müssen darauf drängen, daß die Gewerkschaften des DGB eine gemeinsame positive Antwort finden. Dazu bedarf es nicht inhaltlicher Diskussionen, sondern baldiger Entscheidungen. Das ehrgeizige Ziel der Gewerkschaften sollte sein, bis zum Jahre 2000 ein Fünftel aller Studenten zu organisieren.

Einrichtungen der wissenschaftlichen Lehre und Forschung haben auch dank der Arbeit der Gewerkschaften an gesellschaftlichem Gewicht gewonnen. Die Mitgliederzahl der GEW stagniert allerdings. Wir leisten vorzügliche Arbeit mit einem kleinen Stamm engagierter Leute. Das ist zuwenig. Die Organisation weicht derzeit der Frage aus, wie die Hochschularbeit strukturell verbessert werden kann. Diese Frage richtet sich nicht nur an den Hauptvorstand, sondern auch an alle Landesverbände, die jeweiligen örtlichen Gliederungen der Hochschulorte wie auch die Kolleginnen und Kollegen an der Hochschule selbst.

Die tariflichen Auseinandersetzungen an Privatschulen nehmen derzeit zu. Über die Einrichtung von Betriebsräten, Tarifverhandlungen und Streiks kommen wir unserem Ziel, entscheidende Kraft in diesem Bereich zu werden, ein gutes Stück näher. Der erste Streik bei Berlitz – in den letzten 14 Tagen – war eine großartige Sache. Machen wir uns allerdings nichts vor: Wir müssen da noch hart arbeiten, und zwar auf allen Ebenen.

Die Bundesrepublik darf keine Insel sein

Die politische Handlungsfähigkeit der GEW im Schulbereich hat deutlich gemacht: Die Veränderung des Beamtenrechts steht auf der Tagesordnung. Wir lassen vom langfristigen gewerkschaftlichen Ziel, dem einheitlichen Personalrecht im öffentlichen Dienst, nicht ab. Aber wir setzen auch auf kurz- und mittelfristige Änderungen. Die Rechte der Beamten müssen jetzt verbessert werden. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wird uns zusätzlich helfen. Wir rechnen mit verstärkten Aktivitäten der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Wir bauen auf die Einsicht aller Beamten, daß sie ihre schmachvolle Lage als Bittsteller nicht länger ertragen. Die Neuordnung der Versorgung in den letzten Wochen ist eines unter vielen Beispielen, daß Beamte derzeit keine maßgeblichen Verhandlungspartner sind. Das jahrelange Hickhack um die Stufenlehrerbezahlung ist, insbesondere für Bremen und Hamburg, aber auch NRW, ein anderes. Die Nichtübertragung in Hessen wie auch die Kapriolen eines Lothar Späth haben die Glaubwürdigkeit des Beamtenrechts bei vielen untergraben. Daher sollte klar sein: Die neunziger Jahre müssen, auch aufgrund der Hartnäckigkeit der GEW, zum Wendepunkt in der Geschichte des Beamtenrechts werden. Die Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa erheben überall eine Forderung, auch für Lehrer: das Streikrecht. Die Bundesrepublik darf keine Insel in einem Europa sein, das die gewerkschaftlichen Grundrechte allen Arbeitnehmern zuerkennt und sie auch praktiziert. Wir fordern Verhandlungs- und Streikrecht auch für Beamtinnen und Beamte.

In der Debatte um die Zukunft der GEW, sie wird vielfach nur versteckt geführt, sind unterschiedliche Akzente zu spüren. Die einen sehen den Schwerpunkt der GEW im traditionellen schulischen Organisationsbereich und sind bereit, in der Jugendhilfe, in Hochschule und Forschung sowie der Erwachsenenbildung soviel zu tun, wie die Kapazität der Organisation zuläßt und die Eigeninitiative der dort Tätigen nahelegt. Anderen – ich hoffe, dies ist eine wachsende Zahl – wird mehr und mehr bewußt, daß die tiefgreifenden Wandlungen unserer Gesellschaft, auch im Bildungswesen, gewerkschaftlich nur dann angemessen angegangen werden, wenn die GEW ihre Handlungsmöglichkeiten in allen Bildungsbereichen systematisch erweitert. Unser Engagement im Privatschulbereich ist ein entscheidender Hebel. Wir müssen hier die entscheidende gewerkschaftliche Kraft werden; sonst setzen andere gesellschaftliche Kräfte die Akzente und werden einem qualifizierten

staatlichen Bildungswesen ein wachsendes privates Billigangebot entgegensetzen. Wenn die GEW sich weiterhin auf den staatlichen Schulsektor konzentriert, hat sie über kurz bildungspolitisch und auf lange Frist auch gewerkschaftspolitisch aufgegeben.

Wir stehen mithin vor einer Doppelaufgabe. Wir müssen uns als führende Kraft im Schulwesen bewähren, wir müssen es aber schaffen, daß, insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten, die GEW im privaten Bildungsbereich, in der Erwachsenenbildung, im sozialpädagogischen Bereich wie in der Hochschule und Forschung zur gestaltenden Kraft wird. ...

Journalisten der IG Medien fordern Rücktritt von Regierungssprecher Klein

Mit der am 23. und 24. November 1989 in Mainz stattgefundenen Bundeskonferenz der Fachgruppe Journalismus (dju/SWJV) hat sich die letzte der acht Fachgruppen der IG Medien bundesweit konstituiert. Knapp 90 Delegierte vertraten 11 785 Mitglieder, die bislang in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) der früheren IG Druck und Papier und im Südwestdeutschen Journalistenverband (SWJV) organisiert waren. Letztere hatten sich vom Deutschen Journalistenverband (DJV) gelöst und waren noch vor der Konstituierung der IG Medien der früheren Gewerkschaft Kunst beigetreten.

Wenn zu der oben genannten Zahl die 1100 Anschlußmitglieder und die rund 5000 Journalist/inn/en, die im Bereich der Fachgruppen Rundfunk-Film-Audiovisuelle Medien sowie Literatur organisiert sind, hinzugezählt werden, dann kann die IG Medien für sich in Anspruch nehmen, daß in ihren Reihen mindestens ebenso viele Journalistinnen und Journalisten Mitglieder sind wie im außerhalb des DGB stehenden DJV.

Inhaltlich stand im Mittelpunkt der Fachgruppenkonferenz die Durchsetzung eines neuen Manteltarifvertrages für Redakteure/innen an Tageszeitungen und Zeitschriften. Unmittelbar vor der Fachgruppenkonferenz präsentierte die IG Medien den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern die Forderungen für die Journalisten. Aus dem Forderungskatalog sind hervorzuheben:

- Ausbildungstarifvertrag,
- 35-Stunden-Woche und
- Frauengleichstellung

Nötigenfalls werden die Journalist/inn/en in den Arbeitskampf treten, um insbesondere den Ausbildungstarifvertrag durchzusetzen. Seit Jahrzehnten weigert sich das Verlegerkapital, die Ausbildung von Volontären tarifvertraglich zu regeln. Nach wie vor sei für die Verleger der Ausbildungstarifvertrag ein „Teufelswerk“, mit der angeblich die Pressefreiheit beschränkt wird, so der Vorsitzende der Fachgruppe, Hartmut Schergel.

Schergel hob in seinem Grundsatzreferat weiter hervor: „Wir sind die erste Gewerkschaft, die Frauengleichstellung in den Redaktionen per Tarifvertrag durchsetzen will.“ Im Unterschied zur Forderung nach Ausbildungstarifvertrag und Arbeitszeitverkürzung ist der konkurrierende DJV nicht bereit, die verlangten Frauenförderpläne mitzutragen. Auch innerhalb des DJV selbst ist die Dominanz der Männer unübersehbar, eine Frauenquote wird ausdrücklich abgelehnt. Nur 12 Prozent der Delegierten des DJV-Verbandstages Mitte November 1989 in Ludwigshafen waren weiblich.

Ganz anders schnitt im Vergleich dazu die Fachgruppe Journalismus (dju/SWJV) der IG Medien in Mainz ab: Der Frauenanteil unter den Delegierten betrug 44 Prozent. In die Geschäftsordnung der Fachgruppe nahmen die Konferenz die Bestimmung auf, alle Gremien mindestens entsprechend des Mitgliederanteils zu besetzen.

Gegenwärtig beträgt der Frauenanteil in der Fachgruppe Journalismus 26 Prozent.

Dem neugewählten elfköpfigen Fachgruppenvorstand gehören fünf Frauen an, darunter im fünfköpfigen geschäftsführenden Vorstand zwei. Mit Jutta Dittfurth wählten die Delegierten erstmals eine prominente Politikerin der Partei „Die Grünen“ in eine Funktion auf Bundesebene einer Gewerkschaft (siehe Kasten).

Wie aus den nachstehenden Beschlüssen zu entnehmen ist, haben die gewerkschaftlich organisierten Journalist/inn/en sich mit vielen aktuellen politischen Tagesfragen auseinandergesetzt. Dazu gehört die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der IG Medien und bei den „Republikanern“ und anderen faschistischen Organisationen. Protest gegenüber unbezahlten Sonderschichten am 17. Juni, weg mit dem Paragraphen 129a aus dem Strafgesetzbuch und die Forderung nach Freilassung von Ingrid Strobel waren weitere Beschlüsse. Über den Hauptvorstand der IG Medien wird der DGB aufgefordert, endlich Beziehungen zu den sandinistischen Gewerkschaften in Nicaragua aufzunehmen.

Unmittelbar nach der Bundeskonferenz versammelten sich rund 130 Journalisten zum 4. Journalistentag der IG Medien im Ratssaal von Mainz. Das Thema lautete: „Rolle der Medien im Faschismus – Neofaschismus heute und in den Medien“. Mit viel Beifall bedachten die Teilnehmer die Referate von Otto Köhler, Bernt Engelmann, Rolf Hochhuth und einer Reihe weiterer Wissenschaftler und Gewerkschafter.

Otto Köhler wies mit wissenschaftlicher Akribie nach, daß die Starschreiber Goebbels' nach 1945 unter Adenauer Karriere machten, ohne ihre Grundeinstellung Antikommunismus ändern zu müssen. Auf Vorschlag von Köhler stimmten die Teilnehmer einstimmig einer Resolution zu, die fordert, daß der Regierungssprecher Klein zurücktrete. Wer „auf der einen Seite die SS als kämpfende Truppe verarmlost und auf der anderen in der Sprache des Unmenschen, vom internationalen Judentum redet“, habe „jedes Recht verspielt, für ein demokratisches Gemeinwesen zu sprechen“. Bernt Engelmann setzte sich für mehr Volkssouveränität in der Bundesrepublik ein, wie sie gegenwärtig in der DDR praktiziert werde. Hier bei uns gebe es noch mehr verkrustete Strukturen aufzubrechen. Als das Volk, so Engelmann, am 10. Oktober 1981 bei der größten bundes-

Wahlergebnisse zum Geschäftsführenden Vorstand

	Abgegebene Stimmen	Jastimmen
Vorsitzender Hartmut Schergel , 45 (Kölner Stadtanzeiger)	82	79
Stellvertretende Vorsitzende Christa Hasenmalle , 31 (Allgäuer Zeitung)	83	77
Wolfgang Mayer , 39 (Nürnberger Nachrichten)	83	75
Beisitzer/in Jutta Dittfurth , 38 (freie Journalistin)	79	58
Werner Petschick , 59 (NACHRICHTEN)	79	70

deutschen Demonstration in Bonn auf die Straße ging, hätten alle Parteien ihre Programme umschreiben müssen. Die fünf Millionen Exemplare der Bildzeitung, die für den 11. Oktober 1981 bereits ausgedruckt und in großen Lettern mit der Schlagzeile „Bonn brennt“ versehen waren, mußten damals wegen Fehlanzeige eingestampft werden.

BESCHLÜSSE

Republikaner (A 25)

Mitglieder der Partei „Die Republikaner“ und anderer faschistischer Organisationen können nicht Mitglied in der IG Medien sein. Der Hauptvorstand der IG Medien wird aufgefordert, in diesem Sinne auf den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einzuwirken und einen entsprechenden Antrag an den DGB-Bundeskongreß zu stellen.

Tarifvertrag für Freie in Hessen (A 20.0)

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Fachgruppe Journalismus fordert die Tariffkommission auf, umgehend einen überarbeiteten Entwurf des geltenden 12 a-Tarifvertrages „Freie“ vorzulegen. Der Entwurf soll so abgefaßt werden, daß den Argumenten der hessischen Verleger gegen die Unterzeichnung des Tarifvertrages der Boden entzogen wird.

Der Entwurf soll nach der Verabschiedung durch die Tariffkommission den hessischen Verlegern zur Unterschrift vorgelegt werden und 1990 – möglichst – auch in die bundesweiten Verhandlungen eingebracht werden.

Die Überarbeitung soll ohne Rücksicht darauf erfolgen, ob die „Bedenken“ der hessischen Verleger begründet sind. Andererseits darf die Überarbeitung nicht die materielle Substanz des Tarifvertrags antasten.

Die Tariffkommission soll folgende Punkte überprüfen:

1. Klare Abgrenzung des Geltungsbereiches,
2. Verhinderung von Feststellungsklagen unter Berufung auf den Tarifvertrag,
3. Anhebung der 750-Mark-Grenze,
4. Materielle Gleichstellung von Freien mit Redakteuren.

MTV-Verhandlungen (A 29.1)

Die Journalistinnen und Journalisten in der IG Medien fordern die Verleger der Tageszeitungen und Zeitschriften auf, die Manteltarifverhandlungen zügig zu führen und nicht durch absurde Gegenforderungen zu belasten.

Tarifverträge über Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzung und Frauengleichstellung lauten die Gebote der Stunde. Wir erinnern die Verleger: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Die Bundeskonferenz der FG Journalismus bekräftigt die Entschlossenheit der IG Medien, für die Forderungen der Journalistinnen und Journalisten zu kämpfen. Die Taktik der Verleger, den Ausbildungstarifvertrag wieder auf die lange Bank zu schieben, wird nicht aufgehen.

Ausbildungstarifvertrag für Volontärinnen und Volontäre (A 39)

Die Bundeskonferenz der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien bekräftigt die Forderung nach einem Ausbildungstarifvertrag für Volontärinnen und Volontäre an Tageszeitungen. Die Konferenz hält weiterhin an den Forderungen fest, wie sie im Tarifvertragsentwurf niedergelegt sind, der am 14./15. Juni 1989 von der Tariffkommission beschlossen worden ist. Die folgenden Forderungen hält die Konferenz für unverzichtbar:

- Eine genaue sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung wird in einem verbindlichen Ausbildungsplan festgelegt (vgl. § 2a des Tarifvertragsentwurfs).
- Die Ausbildung erfolgt wenigstens in den Ressorts Lokales, Politik und ein drittes nach Wahl der Volontärin/des Volontärs.

– Eine Mindestausbildungsdauer in den einzelnen Ressorts ist festzuschreiben (§ 7e).

– Die Freistellung von Ausbildungsredakteurinnen und -redakteuren ist verbindlich festzuschreiben; bei zehn und mehr Volontärinnen und Volontären sind die Redakteurin/der Redakteur von sonstigen Aufgaben freizustellen (§ 6).

– Die Mindestdauer von betrieblichen und überbetrieblichen Kursen und Veranstaltungen, auf die Volontäre und Volontärinnen Anspruch haben sollen, ist festzuschreiben (§ 7f und 7g).

– Es dürfen nur solche Verlage eine Ausbildung anbieten, die entweder selbst oder durch einen vertraglich geregelten Ausbildungsverband eine Ausbildung wenigstens in den Ressorts Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur und Lokales anbieten können (§ 4).

Die Bundeskonferenz bedauert, daß als Ergebnis eines Gesprächs mit Vertretern des DJV Vertreter der IG Medien „gemeinsamen Forderungen“ zugestimmt haben, die weitgehende inhaltliche Abstriche von den Forderungen bedeuten, wie sie von den zuständigen Gremien der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien beschlossen worden sind.

Anzeigen rechtsextremistischer Parteien in Printmedien (A 52)

Die Fachgruppe Journalismus in der IG Medien fordert die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage der Printmedien auf, die Veröffentlichung von Anzeigen rechtsextremistischer bzw. neonazistischer Parteien und Organisationen (z. B. Deutsche Volkunion, Republikaner, NPD, FAP etc.) grundsätzlich zu unterlassen, gleichgültig, ob es sich dabei um Propaganda- oder reine Veranstaltungshinweise handelt. Bei öffentlich rechtsextremistischen Inhalten und der Werbung für Veranstaltungen derartiger Organisationen kann von einer „Pflicht zur Information“ nicht die Rede sein.

Deppe u. a.:

Einheitsgewerkschaft
Quellen – Grundlagen – Probleme

Neben einführenden Aufsätzen zur Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft und ihren Problemen heute werden in diesem Band umfangreich wichtige historische Abschnitte mit zum Teil erstmals veröffentlichten Dokumenten, Fotos, Briefen und programmatischen Schriften belegt.

285 Seiten, 8 DM, ISBN 3-88367-043-X

40 Jahre DGB
Lebendige Geschichte
Stoff für die
Zukunftsdiskussion

Senderfusion SDR/SWF (A 53)

Die Bundesfachgruppenkonferenz warnt die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gleichzeitig eindringlich davor, SWF und SDR eine Kooperation aufzuzwingen, was im Ergebnis einer Fusion durch die Hintertüre gleichkäme. Auch an eine hausgemachte freiwillige Kooperation zwischen SWF und SDR sind Forderungen zu stellen:

- Programm- und Informationsvielfalt sowie die Meinungsfreiheit dürfen nicht eingeschränkt werden.
- Die Mitarbeiter beider Anstalten sind rechtzeitig, laufend und umfassend über den Stand der Kooperationsverhandlungen zu informieren.
- Die Regional- und Landesstudios sowie deren Berichterstattung – auch deren landespolitische Berichterstattung – sind aus- und nicht abzubauen.
- Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden.

Ökologische Fachtagung: Zukunft der Wälder und des Werkstoffes Holz

Zwei der hauptbetroffenen Gewerkschaften, nämlich die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) luden ein zu einer Grundsatzdiskussion über ihren wichtigsten Werkstoff. Ein äußerst breit gefächelter Diskussionskreis trat Anfang November in Bad Kissingen zusammen: neben den Gewerkschafter/innen aus beiden Organisationen kamen Vertreter von Forstverwaltungen, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer, der Holz-Berufsgenossenschaft, Naturschützer, Wissenschaftler, Forstbeschäftigte, Holzimporteure, eine Verbraucherberaterin und Gewerkschafter aus Brasilien, Afrika und Indonesien. Ein runder Tisch also, mit durchaus unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen.

Gegliedert war die Fachtagung in drei Schwerpunkte: Waldsterben in Europa – Zukunft ohne Waldwirtschaft? Sind die Regenwälder noch zu retten – Importverbot oder ökologisch sinnvolle Nutzung? Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz: Holz – ein gefährlicher Werkstoff? Die Arbeitsgruppe mit der Thematik der tropischen Regenwälder war schon deshalb besonders interessant, weil hier nicht eine der vielen Diagnosen über die globale Bedrohung allein aus europäischer Sicht – natürlich mit den entsprechenden Rezepturen – geliefert wurde, sondern auch die dazugehörigen „Patienten“ zu Wort kamen.

Über den Zustand der tropischen Regenwälder und die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen hatte man sich relativ schnell verständigt. In einem Positionspapier, vorgelegt von der „GHK-Arbeitsgruppe Tropenholz“ wird festgestellt: „Nach den Erhebungen der Welternährungsorganisation waren 1976 bereits 42 Prozent der feuchttropischen Wälder zerstört. Besonders bedrohlich ist die Tatsache, daß das Tempo der Waldvernichtung in den letzten Jahren sich noch beschleunigt hat.“ Noch weiter zugespitzt formulierte die Vertreterin des Deutschen Naturschutzrings (DNR): „Es dauerte 100 Millionen Jahre, bis der Regenwald geschaffen war. Es dauerte vierzig Jahre, bis der Mensch die Hälfte des Regenwaldes zerstörte.“

Für diese rasante Zerstörung der Tropenwälder, der „grünen Lungen“ für den gesamten Erdball, werden in den einzelnen Erdteilen unterschiedliche Verursacherketten verantwortlich gemacht, die aus den spezifischen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen der jeweiligen Länder resultieren. Armut und Unterentwicklung, schreibt die Arbeitsgruppe der GHK, Konzentration des Grundeigentums auf eine kleine Schicht von Großgrundbesitzern (wie besonders in Lateinamerika, aber teilweise auch in Asien) führen zu Zerstörungen durch Brandrodung der Wanderbauern oder durch Brennholzbeschaffung. Hinzu kommen Schäden durch industrielle Großprojekte wie Stau-

dämme oder Bergwerke – wie etwa aus Brasilien berichtet wurde.

Armut und ökonomische Unterentwicklung als Beginn einer der Zerstörungsketten – für die Diskutanten war klar, daß das bedeutet, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Kolonialzeit zu beseitigen, und zwar durch die Verursacher, die heute hochentwickelten Industrienationen. Gegen Brandrodung der Wanderbauern und gegen den Verbrauch als Brennholz (in den Entwicklungsländern stellt Holz für über 75 Prozent der Bevölkerung die Hauptenergiequelle dar) ist nur anzugehen durch die Schaffung von souveränen Volkswirtschaften, in denen der Holzverarbeitung natürlich ein wichtiger Stellenwert zukommt. Schuldenerlaß und Abbau von diskriminierenden Handelschranken sind unerlässlich, ebenso die Bildung internationaler Umweltfonds und der systematische Schutz der Regenwälder.

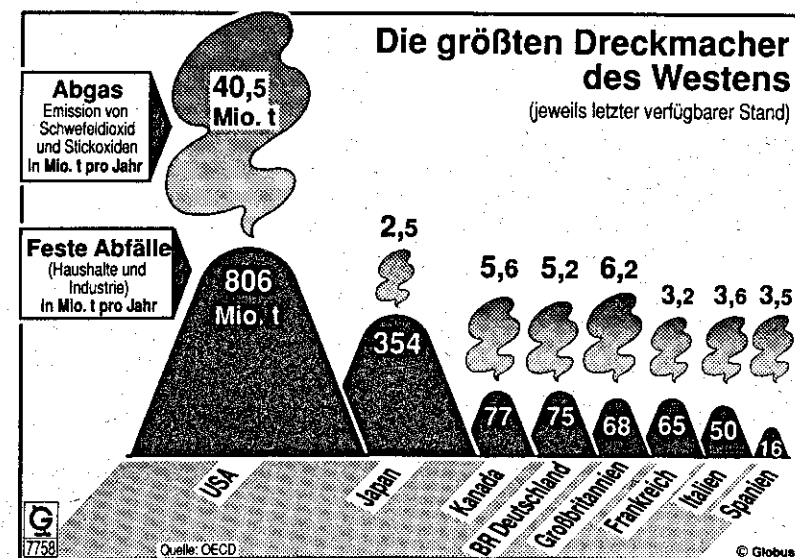
Was können die Gewerkschaften in der Bundesrepublik tun? Das war naturgemäß eine zentrale Frage. Der Aufruf des DNR zum Boykott von Produkten aus tropischen Hölzern geriet im Verlauf der Diskussion in den Hintergrund. Gegenwärtig

richten sich solche Maßnahmen gegen die örtliche Bevölkerung und vertiefen den Verarmungsprozeß. Schutz der Regenwälder dürfe unter keinen Umständen bedeuten, den Waldvölkern den Willen der Industrienationen, die sich nunmehr global bedroht sehen, aufzuzwingen und die einheimische Bevölkerung vom Tropenwald auszusperren. Es gibt keinerlei Möglichkeit, die Brandrodung administrativ zu verbieten, sie kann nur ökonomisch überflüssig gemacht werden. Jedes Schutzprogramm muß daher in enger Abstimmung mit den betroffenen Ländern entwickelt werden. Überlegt werden müsse, inwieweit die noch bestehenden Primärwälder unter Schutz zu stellen sind, während die Sekundärwälder als Existenzgrundlage für beide Teile der Bevölkerung ökologisch vertretbar genutzt werden.

Für die Gewerkschaften der Bundesrepublik wird es allerdings eine lohnende Aufgabe sein, die Tätigkeit internationaler und nationaler Konzerne in diesen Gebieten unter die Lupe zu nehmen. Auch für die „eigene“ Holzwirtschaft hat die GHK ein ganzes Bündel von Selbstverpflichtungen zusammengestellt. Auf jeden Fall wird wohl die Frage „Sind die Regenwälder noch zu retten?“ stärker ins Zentrum der Gewerkschaften rücken, sowohl bei GHK als auch bei der GGLF. Renate Bastian

ÖTV-Kritik an Gentechnikgesetz

Als „dringend nachbesserungsbedürftig“ hat die ÖTV den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Gentechnologie charakterisiert. Anlässlich der ersten Lesung Mitte November im Bundestag verlangte die Gewerkschaftsvorsitzende Wulf-Mathies eine gesetzlich verankerte „wirksamere Beteiligung“ der Öffentlichkeit und der Behörden für Arbeits- und Umweltschutz an der Genehmigung gentechnischer Anlagen und Verfahren. Zudem müsse die gentechnische Forschung, Entwicklung und Anwendung für militärische Zwecke verboten werden. Ein solches Verbot aber fehle im Gesetzentwurf.



Ausbildung im Selektionssystem: In jeder Stufe neu „bewähren“

Die dreistufige Ausbildung in der Textil- und Bekleidungsindustrie wird von den Betroffenen zunehmend als unwürdig und unhaltbar empfunden. Auf dem 12. Zentralen Jugendtag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung, vom 27. bis 29. Oktober in der Seidenweberstadt Krefeld, wurde konsequent deren Abschaffung verlangt. Übrigens ist die GTB nicht nur eine „Frauengewerkschaft“, sondern auch eine junge: 22,5 Prozent der Mitglieder sind unter 25 Jahren.

Von den rund 250.000 Mitgliedern gehören 44.000 dieser Alterskategorie an. Bemerkenswert auch eine andere Zahl: In den drei Jahren von 1986 bis 1988 waren 51 Prozent der Neueinsteiger – oder 37.056 – Jugendliche. Von Gewerkschaftsmüdigkeit der Jugend kann bei der Gewerkschaft Textil – Bekleidung keine Rede sein. Vor 15 Jahren noch lag der Prozentsatz der jugendlichen Mitglieder bei 20. Die Anteilsteigerung bis heute wurde trotz des allgemein gestiegenen Eintrittsalters in das Berufsleben erzielt.

Kein Wunder also, daß auf dem Jugendtag Ausbildungsfragen eine wesentliche Rolle spielten. Heftig attackiert wurde die Dreistufenbildung. In einer Arbeitsgruppe war die Ausbildungsmisere alleiniges Thema. Nach einer Statistik von 1987 wurden in der Textil- und Bekleidungsindustrie in allen drei Stufen (dreijährige Ausbildung) Jugendliche in folgenden Bereichen ausgebildet: Spinnerei 16,9 Prozent, Weberei 19,7 Prozent, Masche 44,2 Prozent, Veredelung 35 Prozent und Bekleidung 20,2 Prozent. Im Durchschnitt steht die Textilindustrie besser da als die Bekleidungsbranche. In den meisten dieser Betriebe gibt es nur Einjahresverträge. Dann ist der/die Betreffende Bekleidungsnäher(in). Nach zwei Jahren kann man/frau Bekleidungsfertiger(in) und nach drei Jahren Schneider(in) werden.

Von welcher Qualität die erste Stufe ist, brachte eine Delegierte mit der Feststellung auf den Punkt: „Wenn man an der Volkshochschule einen Nähkurs macht, lernt man oft mehr.“ An Kritiken wurde in der Arbeitsgruppe zusammengetragen: Es wird zu wenig fachspezifisches Können ausgeübt; Auszubildende werden zuviel in die Produktionsarbeit eingegliedert; es gibt kaum ganzheitliche Ausbildung; häufig sind Ausbilder mangelhaft qualifiziert; die Kluft zwischen Berufsschule und betrieblicher Praxis ist riesengroß. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die Modernisierung der Berufsbilder, die noch aus den sechziger und frühen siebziger Jahren stammen, dringend notwendig sei.

Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Hermann Paschen, zuständig auch für berufliche Bildung, sagte, aus der Stufenausbildung hätten die Unternehmer einen Selektionsprozeß gemacht. Praktisch müsse sich der Auszubildende in jeder

Stufe neu bewähren, um in die nächste zu gelangen. „Wer etwa als Gewerkschafter motzt, hat wenig Chancen.“ Für jede Stufe, so die Praxis, müsse ein neuer Ausbildungsvertrag, und dies häufig noch mit jeweils dreimonatiger Probezeit, abgeschlossen werden. Auch Geschlechterdiskriminierung komme dabei vor. In einem großen Bielefelder Betrieb bekämen männliche Auszubildende grundsätzlich einen Dreijahresvertrag und weibliche nur mit der Note 1.

Chemieumbau und Akzeptanz

Auch die IG Chemie – Papier – Keramik ist lernfähig, zumindest partiell. Und sie hat noch Nachholbedarf dabei. Diesen Eindruck vermittelte eine mit „Chemiestandort Deutschland“ (gemeint war natürlich der bundesdeutsche Teil davon) betitelte Fachtagung der Gewerkschaft am 26. und 27. Oktober 1989 im vornehmen Kölner Hotel „Ramada Renaissance“. Über 200 Betriebsräte aus allen Chemiesparten, die meisten Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes sowie Vertreter der Chemieunternehmerverbände und der Bundesregierung fühlten sich dort überwiegend wohl.

Wolfgang Schultze vom geschäftsführenden Hauptvorstand erklärte die jahrelange Zuspitzung der Fragestellung: Etwas für die Umwelt oder für die Arbeitsplätze tun? für überholt. Heute stehe die IG Chemie auf dem Standpunkt, daß beides möglich sei: Umweltschutz und Erhalt der Arbeitsplätze in der chemischen Industrie. Gewerkschaftsvorsitzender Rappe nannte als Ziel der IG Chemie die „umweltorientierte Umgestaltung der Industriegesellschaft“. Allerdings seien Veränderungen nicht im „Hauruckverfahren“, sondern häufig nur über Stufenpläne und Übergangslösungen erreichbar.

Bei alledem geht es der IG Chemie, wie den Unternehmern auch, um die Sicherung des Standortes Bundesrepublik. Die Gewerkschafter zeigten ebenso wie Unternehmer und Regierungsvertreter Sorge

Die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der GTB fordern, daß mit derlei haltlosen Zuständen – möglichst per Tarifvertrag – Schluß gemacht wird. Da nicht alle Qualifikationen in der Textil- und Bekleidungsindustrie eine dreijährige Ausbildung erfordern und manche Betriebe dazu auch nicht in der Lage sind, sollen auf jeden Fall die erste und zweite Stufe zusammengezogen werden. Wo ein drittes Jahr erforderlich ist, soll dies – möglichst durch überbetriebliche Ausbildung – ebenfalls gewährleistet werden. Grundsätzlich soll nicht mehr der Unternehmer, sondern der Auszubildende entscheiden können, wie viele Stufen er durchlaufen will, wann er Schluß macht. Auch wurde eine Umlagefinanzierung der Ausbildung gefordert.

Nicht zufrieden ist die GTB-Jugend auch mit der Jugendarbeit ihrer Gewerkschaft. Sie soll auf allen Ebenen belebt und vor allem besser mit Personal ausgestattet werden, so die Kritik des Jugendsekretärs Peter Donath. Offenbar aus interner Kenntnis meinte eine Diskussionsrednerin: „Es kann doch nicht angehen, daß die Jugendarbeit der GTB nur aus zwei Aktschranken besteht.“ Gerd Siebert

wegen eventuell entstehender Wettbewerbsnachteile in der EG, wenn man in der Bundesrepublik schneller als andere Maßnahmen realisiere, etwa beim FCKW-Verbot oder der Beendigung der Dünn säureverklappung in der Nordsee. Auch wegen der stark rückläufigen Akzeptanz gegenüber der Chemie in der Bevölkerung ist man besorgt. Das sei ein Grund mehr, so Rappe, „daß sich die Betriebsräte branchenbezogen europaweit mit den Fragen von Umweltschutz und Industriepolitik befassen“.

Der Gewerkschaftsvorstand möchte die Problembewältigung aber nur im Konsens – auf sozialpartnerschaftliche Weise – mit den Chemieunternehmern herbeiführen. Allein schon die Fragestellung von Andreas Müller-Goldenstedt, Betriebsrat in den Hamburger Alu-Werken, warum als Diskussionspartner zwar Industrievertreter, aber niemand vom Ökoinstitut eingeladen war, löste Murren im Saal aus.

Allerdings halten Chemie-Gewerkschafter Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei allen Aspekten des Umweltschutzes für unabdingbar. Schon wegen der Akzeptanzfrage möchte Wolfgang Schultze die Mitbestimmung des Betriebsrats in Umweltfragen „weiter als politische Forderung“ vertreten. Auch mehr Freistellungen von Betriebsräten müsse es geben. Ein Teilnehmer: „Als Betriebsräte leben wir beim Umweltschutz noch in der Steinzeit!“ G. S.

Kälte, Regen, Lärm – am Bau geht's gefährlich zu

Mitte November startete die IG Bau – Steine – Erden (IG BSE) eine Initiative unter dem Motto: „Die Gesundheit am Arbeitsplatz schützen – für eine humane Bauarbeit.“ Dadurch soll der arbeitsbedingte Verschleiß der Gesundheit eingedämmt und beseitigt werden. Wie das Bundesvorstandsmitglied Lothar Lewandowsky am 14. November in Frankfurt vor der Presse feststellte, sind die Beschäftigten der Bauwirtschaft auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes besonders benachteiligt.

Die Folgen: 1988 erlitten zwölf von je 100 Bauarbeitern Arbeitsunfälle mit mindestens dreitägiger Arbeitsunterbrechung, wobei die Zahl der Arbeitsunfälle im Baubereich 1988 insgesamt 228.554 betrug. Sie unterscheidet sich damit von der übrigen Industrie. Während von 1975 bis 1988 die meldepflichtigen Unfälle je 1000 Vollarbeiter von 73,1 auf 51,7, also um 21,4 sanken, betrug der Rückgang am Bau ganze 0,3 von 119,9 auf 119,6.

Bei den tödlichen Unfällen hält der Baubereich einen traurigen Rekord. Hier ereigneten sich 1988 fast ein Viertel aller tödlichen Arbeitsunfälle, nämlich 261 von 1130, obwohl nur ein Zehntel aller Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft im Baubereich beschäftigt ist. Auch die Berufskrankheiten sind mit 5368 Fällen besorgniserregend. Darüber hinaus klagt mehr als die Hälfte der Beschäftigten über gesundheitliche Beschwerden. Wie schwer die Arbeit am Bau ist, zeigt auch folgende Zahl: Mit 53 Jahren und sieben Monaten wird der Bauarbeiter im Durchschnitt invalide.

Unfallhäufigkeit und Frühinvalidität haben vielerlei Ursachen. Zu nennen sind u. a.: hohe körperliche Belastungen bei Hitze, Kälte, Sturm und Regen, Lärm und Vibration, sowie Umgang mit gefährlichen Stoffen, beispielsweise Isolier- und Dämmstoffen, Teer, Farben, Lacken und Lösungsmitteln. Hinzu kommt der Termindruck. 50 und mehr Arbeitsstunden wöchentlich sind eher die Regel, denn die Ausnahme.

Um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, hat die IG Bau – Steine – Erden einen elf Punkte umfassenden Forderungskatalog aufgestellt. Schwerpunkte sind u. a.: Beseitigung des teilweise unerträglichen Termindrucks, Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit, Abbau der Überstunden, Rationalisierungsschutz sowie Anspruch auf spezielle Erholungspausen. Die Arbeitsplätze müßten künftig frei von gesundheitlichen Beeinträchtigungen sein und zum Wohlbefinden der Bauarbeiter beitragen, betont die Gewerkschaft. Ihr Ziel ist der Abschluß eines Tarifvertrages mit der Verankerung des Arbeitsschutzes.

Von der IG BSE wird eingeschätzt, daß der Kampf um Arbeits- und Gesundheits-

schutz günstige Voraussetzungen für Mobilisierung und Werbung neuer Mitglieder bietet. Dabei kommt der Arbeit in den Betrieben eine herausragende Rolle zu, denn keine noch so gute Arbeitsschutzvorschrift erfüllt ihren Zweck, wenn sie nicht konkret am Arbeitsplatz umgesetzt wird.

Sicherlich würde ein Erfolg die bevorstehende Auseinandersetzung im Metall- und Druckbereich erleichtern. Verweigern sich die Bauunternehmer, wären IG Metall, IG Medien und IG BSE zeitgleich in der Tarifausschließung. Das kann eine explosive Mischung werden. H. Sch.

PERSONALIEN

Heiner Boegler, 47, löste Thomas Vater als Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz ab. Er war vor seinem Amtsantritt zehn Jahre lang Kreisvorsitzender des DGB in Ludwigshafen und davor Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG in Mainz.

Lorenz Brockhues, gelernter Schlosser, hauptamtlicher Funktionär der IG Metall seit 1969, ist vom Vorstand seiner Gewerkschaft zum neuen Leiter des Bezirks Dortmund gewählt worden. Der 60jährige löst den 61 Jahre alten Bernhard Kolks ab, der in den Vorruhestand geht.

Alfons Lappas, Ex-Vorstandschef der BGAG, der Holding der Gewerkschaften, ist im Zuge des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft im co op-Skandal Ende November mit vier weiteren führenden Managern verhaftet worden. Lappas war bereits 1986 im Zuge des NH-Desasters vorübergehend in Beugehaft genommen worden. Er war bis Juli 1987 auch Aufsichtsratsvorsitzender bei co op.

Erhard Laube ist neuer GEW-Vorsitzender in Berlin. Der 42 Jahre alte Vertreter im Personalrat der Stadt erhielt das Votum einer außerordentlichen Delegiertenversammlung, die wegen des Rücktritts von Ingeborg Uessler-Gothow notwendig geworden war. Laube hatte die Wahl sei-

ner Vorgängerin, die der SEW angehört, als Fehler bezeichnet (vgl. auch NACHRICHTEN 8/89).

Heinz-Werner Meyer, 57, soll nun doch Nachfolger von Ernst Breit, 65, Vorsitzender des DGB, werden. Angeblich habe der IG-Metall-Vorstand seine bisher ablehnende Haltung revidiert und würde jetzt den bisherigen Ersten Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie wegen seiner Erfahrungen mit der EG-Bürokratie unterstützen. Offenbar hat sich keine mehrheitsfähige Frau gefunden, um Breits Ankündigung, er könne sich eine Nachfolgerin vorstellen, zu realisieren. Meyer sitzt seit 1986 für die SPD im Bundestag und wird, laut FAZ vom 29. November, wie Hermann Rappe, 60, dem rechten Parteiflügel zugerechnet. Anstelle von Gerd Muhr, 65, und Gustav Fehrenbach, 64, waren Ursula Engelen-Kerfer und Hermann Lutz, 51, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, als stellvertretende DGB-Vorsitzende vorgesehen. Fehrenbach, Lutz und die ausscheidende Irmgard Blättel, 61, gehören entsprechend dem Parteiproporz der CDU an. Inzwischen hat Lutz abgewunken, „im Interesse der GdP“, wie es heißt, und ferner die Frage aufgeworfen, ob mit Meyer beim DGB der notwendige Neubeginn geschaffen werden könne.

Hermann Meyn (55) heißt der neue Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Der ehemalige Pressesprecher des früheren sozialdemokratisch geführten Berliner Senats bzw. Staatssekretär a. D. gewann auf dem Mitte November in Ludwigshafen stattgefundenen DJV-Verbandstag eine Kampfabstimmung gegen den bisherigen Vorsitzenden Werner A. Rudolph (65) mit 126 zu 97 Stimmen. Beobachter rechnen mit einer Rechtsentwicklung im DJV. In der Tarifpolitik kündigte Meyn zwar ein Bündnis mit der IG Medien an, ansonsten suche er die Konfrontation zu dieser Gewerkschaft. Delegierte aus Nordrhein-Westfalen stellten Meyn die Frage, wer denn der Gegner des DJV sei, die Verleger oder die IG Medien.

Monika Stadel, Betriebsrätin bei Horten Hannover, ist Mitte November zur Vorsitzenden des größten HBV-Bezirks in Niedersachsen, an die Spitze der 12.000 Mitglieder zählenden Verwaltungsstelle Hannover/Lüneburger Heide, gewählt worden.

Peter Völker, 40, bislang Redakteur bei den Vereinigten Wirtschaftsdiensten (vwd), ein Subunternehmen von dpa, bezog Anfang November seinen neuen Schreibtisch bei der Zentrale der IG Medien in Stuttgart. Er ist dort für die Tarifpolitik der journalistisch Arbeitenden bei Presse und Funk zuständig.

Monika Wulf-Mathies, 47, ÖTV-Vorsitzende, ist Anfang November in Harare (Zimbabwe) vom 24. Weltkongreß der Internationalen der öffentlichen Dienste (IÖD) einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt worden. Sie löste Victor Gotbaum ab, der nicht erneut kandidierte. In den IÖD-Vorstand kam außerdem Willi Hanss, 39, vom geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstand.

Betriebsratswahl und Umweltschutz Schon jetzt läßt sich mehr tun

Nur umweltgerechte Arbeitsplätze sind auf längere Sicht auch sichere Arbeitsplätze. Diese Erkenntnis wird in Betrieb und Gewerkschaft zunehmend Allgemeingut. Davon können nicht nur die Beschäftigten in der Atom- und Chemieindustrie, die Hersteller von Formaldehyd, Asbest und FCKW ein Lied singen, weil sie sich im Zentrum der aktuellen Umweltdiskussion befinden, sondern noch viele andere Produktions- und Anwendungsgebiete bis hin zum vielgeliebten Pkw. Und was hat das mit Betriebsratswahlen zu tun?

Fest steht schon mal, daß diese von März bis Mai kommenden Jahres stattfinden. Zum ersten Mal wird für vier Jahre gewählt. 1994 – bei den dann folgenden Wahlen – kann die Umwelt noch viel schlimmer ramponiert sein als jetzt, wenn nicht auch im Betrieb, wo der Ursprung des Problems liegt, endlich was geschieht. Noch steht als „allgemeine Aufgabe“ des Betriebsrats die Forderung: „... 2. darüber zu wachen, daß die dem Umweltschutz dienenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden“, lediglich in § 85 des von den Grünen im Bundestag eingebrachten DGB-Gesetzentwurfes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (entsprechend § 80 geltendes BetrVG). Die Bonner Koalition mit ihrem Umweltgesundbeter Töpfer hat die zum 1. Januar 1989 wirksam gewordene Novellierung des BetrVG dafür nicht genutzt.

Da keine Zeit zu verlieren ist, sollten Gewerkschaften und Betriebsräte das Umweltthema von sich aus zu einem wichtigen Thema der kommenden Betriebsratswahlen machen. So könnten z. B. die Kandidaten der gewerkschaftlichen Liste mit Unterstützung des amtierenden Betriebsrats und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute umgehend an die systematische Aufarbeitung des Umweltanliegens gehen. Zunächst wäre festzustellen, ob und in welcher Weise Umweltschutz für den betreffenden Betrieb eine relevante Angelegenheit ist. Ziel sollte die Ausarbeitung eines betrieblichen Umweltschutzprogramms sein, das die Kandidaten der Gewerkschaftsliste zu ihrer Aufgabe erklären. Schon in der Vorbereitungsphase der Wahlen könnte glaubhaft gemacht werden, daß sich der neugewählte Betriebsrat stärker als bisher für eine umweltverträgliche Gestaltung der Produktion engagieren und dafür einen Betriebsausschuß bilden bzw. einen besonderen Beauftragten benennen wird.

Der jetzt amtierende Betriebsrat könnte – in Abstimmung mit der zuständigen Gewerkschaft und den betrieblichen Vertrauensleuten – eine Checkliste der festzustellenden Angelegenheiten zusammenstellen, nach der bei der Problemerkennung und Ausarbeitung des betrieblichen Umweltschutzprogramms vorzugehen wäre:

- Welche Produkte stellt der Betrieb her?
- Welche Rohstoffe und Materialien werden dabei eingesetzt?
- Wie erfolgt die Be- und Verarbeitung (Maschine, Hand)?
- Aus welchem Material bestehen die Arbeitsräume, Wandverkleidungen, Anstriche usw.?
- Welche Abfälle entstehen in der Produktion und was geschieht damit?
- Erfolgen Einleitungen des Betriebs in Gewässer, Kanalisation?
- Werden Gewässer (Teich, Bach, Fluß, Grundwasser) für den Produktionsprozeß entnommen? Mit welchen Stoffen kommen sie in Berührung und wo bleiben sie?
- Wurden alle Stoffe (vom Rohstoff für die Ware bis zum Verpackungs- bzw. Reinigungsmittel für Hände und Kleidung) auf ihren eventuellen Gehalt von Giften und anderen gefährlichen Bestandteilen überprüft? Wo sind die Listen und wer hat sie angefertigt?
- Wenn Berührung mit gefährlichen Stoffen stattfindet: welcher Art sind sie – krebserregend, hautätzend, allergieauslösend?
- Wurden bisher Schutzmaßnahmen ergriffen und eingehalten? Welche?
- Zu prüfen ist in allen Fällen die Art der möglichen Schädigung: beim Menschen, in der Natur, an Gebäuden und diversen Einrichtungen?
- Was wurde bislang für den Gesundheitsschutz und für den allgemeinen Umweltschutz getan?
- Welche gesundheits- und umweltgefährdenden Stoffe können sofort abgeschafft bzw. durch ungefährliche ersetzt werden?
- Welche Stoffe können erst später ersetzt werden, für welche ist ein Ersatzstoff nicht bekannt?
- In welchen Abteilungen, an welchen Arbeitsplätzen sind gefahrstoff- und umweltbedingte Krankmeldungen aufgetreten?
- Ist die Einstellung bestimmter Warenproduktion bzw. Herstellungsverfahren zu erwägen?
- Welche Auswirkungen hätte konsequenter Gesundheits- und Umweltschutz

im Betrieb auf die Arbeitsplätze, auf den Krankenstand, auf das Produktionsprofil?

Eine solche Checkliste für betrieblichen Umweltschutz müßte in der Regel um mehrere Dutzend weiterer Fragen verlängert werden. Auch dürfte die Konsultation von Sachverständigen notwendig sein. Für den Betriebsrat stellt sich vor allem die Frage, ob ihm das Betriebsverfassungsgesetz auch Spielraum läßt, ein evtl. entwickeltes Umweltschutzprogramm im Betrieb umzusetzen? Hier gilt selbstverständlich, was generell die Regel ist: Interessenvertretung ist immer auch Konfliktbewältigung. Daß sich der Betriebsrat in oben angerissener Weise der Umweltproblematik im Betrieb annimmt, ist nicht strafbar. Ihm kann höchstens passieren, daß der Unternehmer nicht mitspielen will.

Aber da ist auch der § 80 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG, wonach der Betriebsrat die „allgemeine Aufgabe“ hat, „Maßnahmen, die

Neue Wahlordnungen

Die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes und die Schaffung eines Sprecherausschußgesetzes, die seit dem 1. Januar 1989 in Kraft sind, haben auch die teilweise Neufassung der Wahlordnungen „Landbetriebe“ und „Seeschifffahrt“ sowie die Ausarbeitung einer Wahlordnung „Sprecherausschuß“ nach sich gezogen. Alle drei Wahlordnungen wurden am 5. Oktober 1989 im Bundesgesetzblatt (Nr. 46 S. 1 793 ff.) verkündet und traten am folgenden Tag in Kraft. Sie bilden die Grundlage für die organisatorische und verfahrensmäßige Durchführung der vom 1. März bis 31. Mai 1989 durchzuführenden Betriebsratswahlen sowie zur Wahl der Sprecherausschüsse.

dem Betrieb und der Belegschaft dienen, beim Arbeitgeber zu beantragen“. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß Umweltschutz darunter fällt. Dies vor allem auch, weil Umweltschutz auch Gesundheitsschutz ist. Darüber hinaus gewährt § 89 dem Betriebsrat besondere Rechte speziell bei der „Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren“. Natürlich ist die rechtliche Basis für ein nachhaltiges Umweltingagement der Betriebsräte völlig unzureichend, so daß die Durchsetzung der entsprechenden DGB-Forderungen unabdingbar bleibt. Das schließt aber eine extensive und mutige Auslegung umweltrelevanter Bestimmungen des BetrVG – wie etwa der genannten – nicht aus.

Die Einsicht, daß ökologisches Leben und Wirtschaften zur Überlebensfrage der Menschheit geworden ist, greift immer mehr Raum. Aber sie muß letztlich gegen das dominierende Profitinteresse der Kapitalbesitzer in die Realität durchgekämpft werden. Das erfordert ständige Bewußtseinsentwicklung der arbeitenden Menschen als die Kraft, die die Veränderung bewirken muß. Gerd Siebert

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Damoklesschwert Arbeitnehmerhaftung

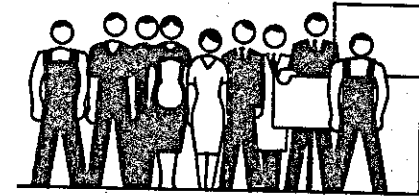
Zunehmender Streß bei der Arbeit, Personalknappheit und immer teurere Maschinen und Anlagen verschärfen ein Problem, das die arbeitsrechtliche Literatur und Rechtsprechung seit langem beschäftigt: In welchem Umfang haften Arbeitnehmer/innen für Schäden, die während der Arbeit entstehen?

Grundsätzlich ist der Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in als „normaler“ bürgerlicher Vertrag geregelt (§ 611 BGB). Damit gelten qua Gesetz erst einmal die Haftungsregelungen des BGB, denn nach § 276 BGB haftet der Schuldner, also in diesem Fall der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin, für Vorsatz und Fahrlässigkeit, wobei fahrlässig handelt, „wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt (§ 276 BGB)“. Bei der Fahrlässigkeit wird – je nach Schwere des Verschuldens – zwischen grober, mittlerer und leichter Fahrlässigkeit unterschieden.

Es liegt auf der Hand, daß diese Haftungsregelung für Arbeitsverhältnisse außerordentlich problematisch ist: Auch bei leichtester Fahrlässigkeit haftet danach der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin u. U. in Millionenhöhe! Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts hat sich in dieser Frage mehrfach gewandelt. Am 25. September 1957 hat der Große Senat des BAG ein Grundsatzurteil gefällt, dessen Grundsätze das Bundesarbeitsgericht bis 1983 in ständiger Rechtsprechung vertreten hat.

Danach waren Schäden, die ein Arbeitnehmer bei gefahrgeneigter Arbeit („wenn die Eigenart der vom Arbeitnehmer zu leistenden Arbeit es mit großer Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, daß auch dem

gesichtspunkten gegeneinander abgewogen. Nur bei geringer Schuld des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin (leichteste Fahrlässigkeit) trug der Arbeitgeber den Schaden allein. Die Haftungslage für den Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin wurde durch die Entscheidung des BAG vom 23. August 1983 verbessert: Bei gefahrgeneigter Arbeit sollte der Arbeitnehmer/die



Arbeitnehmerin nunmehr nur noch bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit haften.

Mit zwei Urteilen vom 24. November 1987 machte das BAG erneut einen Schwenk und kehrte im wesentlichen zu der alten Rechtsprechung zurück: „Schäden, die ein Arbeitnehmer bei gefahrgeneigter Arbeit nicht grob fahrlässig verursacht, sind bei normaler Schuld (auch normale, leichte oder mittlere Fahrlässigkeit oder mittleres Verschulden genannt) in aller Regel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu teilen.“

Zu den Kriterien der Aufteilung stellte das Gericht fest: „Ob und gegebenenfalls in welcher Höhe der Arbeitnehmer an der Wiedergutmachung des Schadens zu beteiligen ist, richtet sich nach der Größe der in der Arbeit liegenden Gefahr, nach dem vom Arbeitgeber einkalkulierbaren oder durch Versicherung deckbaren Risiken, nach der Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb, nach der Höhe des Arbeitsentgelts, weiter besonders nach dem Grad des dem Arbeitnehmer zur Last fallenden Verschuldens und überhaupt nach den persönlichen Umständen des Arbeitnehmers, wie der Dauer der Betriebszugehörigkeit in der vergangenen Zeit, seinem Lebensalter, den Familienverhältnissen, seinem bisherigen Verhalten.“

Mit Beschluß vom 12. Oktober 1989 (8 AZR 741/87) hat das BAG nunmehr seinen Großen Senat angerufen, um die Frage klären zu lassen, ob die Haftungseinschränkungen auch bei nichtgefahrgeneigter Arbeit gelten. Der Polier einer Baustelle hatte fahrlässig einen Schaden von 80 000 DM verursacht, weil er den Baggerführer nicht auf die Lage einer Gasleitung aufmerksam machte.

In einem weiteren Fall entschied das BAG – entgegen seiner bisherigen Rechtsprechung –, daß auch bei grober Fahrlässigkeit

keit eine Haftungseinschränkung in Betracht komme (Urteil vom 12. Oktober 1989 – 8 AZR 276/88). Ein Lkw-Fahrer hatte bei Rot eine Ampel überfahren und einen Schaden von 110 000 DM angerichtet. Auch in einem solchen Fall müßten alle Umstände des Einzelfalles geklärt und z. B. geprüft werden, „ob der Verdienst des Arbeitnehmers in einem deutlichen Mißverhältnis zum Schadensrisiko der jeweiligen Tätigkeit stehe“.

In dem Fall, den das Bundesarbeitsgericht am 24. November 1987 (8 AZR 524/82) entschied, hatte ein studentischer Auslieferungsfahrer (Verdienst etwa 400 DM) die Vorfahrt nicht beachtet und einen Schaden von 8 500 DM angerichtet. Das Arbeitsgericht verurteilte ihn zu der Hälfte, also 4 250 DM, Landesarbeitsgericht und BAG entschieden, daß er 2 000 DM zu ersetzen habe.

In dem zweiten Fall des BAG vom 24. November 1987 (8 AZR 66/82) hatte ein Auslieferungswachmann (Verdienst 300 DM) einen Schaden von 1 620 DM angerichtet. Alle drei Gerichte entschieden, daß er den Betrag der Selbstbeteiligung für eine Kaskoversicherung, nämlich 650 DM zu tragen habe.

Glück hatte dagegen ein Gabelstaplerfahrer, der einen Pkw auf dem Betriebsgelände beschädigte (Schaden: 1 126,10 DM). Er mußte nichts bezahlen, weil das LAG Frankfurt (Urteil vom 19. Februar 1988 – 15/9 Sa 800/87) nur leichte Fahrlässigkeit annahm. Das Arbeitsgericht hatte ihn dagegen zu vollem Schadensersatz verurteilt.

Weitere konkrete Fälle

Der Leiter eines Ersatzteillagers hatte einen Schlüsselbund rund 15 Minuten an dem Schloß des Lagers stecken lassen. Als er zurückkam, war der Schlüssel verschwunden. Der Arbeitgeber verlangte 1 800 DM für das Auswechseln der gesamten Schließanlage mit 27 Einzelschlössern. Beim Arbeitsgericht erhielt der Arbeitgeber den vollen Betrag zugesprochen, das Landesarbeitsgericht halbierte dagegen den Betrag (LAG Frankfurt/M., Urteil vom 4. November 1987 – 10 Sa 1552/86). Es hielt dem Arbeitgeber vor, er habe den Schaden durch den Abschluß einer Haftpflichtversicherung mindern können.

Hat der Betriebsrat Möglichkeiten, das Haftungsrisiko für die Beschäftigten zu verringern?

In konkreten Schadensfällen sollte er den Kollegen und Kolleginnen vor allem raten, alle Beweise zu sammeln, die für ein möglichst geringes Verschulden sprechen. Sein Hauptaugenmerk sollte er auf die Möglichkeit legen, die Haftung zu mindern. § 254 BGB, der für alle Haftungsfälle, also auch bei grobem Verschulden, gilt, lautet:

„1. Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitge-

wirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

2. Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, daß er unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, die der Schuldner weder kannte, noch kennen mußte, oder daß er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern."

Der Arbeitgeber hat umfangreiche Aufklärungs- und Fürsorgepflichten, um eventuelle Gefahren abzuwehren. So muß er z. B. jeden Arbeitnehmer genau über dessen "Verantwortung" aufklären (§ 81 Abs. 1 BetrVG). Kommt es zu Schadensfällen, so ist in erster Linie zu prüfen, ob der Arbeitgeber alles getan hat, um derartige Schäden zu vermeiden (z. B. durch den Abschluß entsprechender Versicherungen, Schulungs- und Einweisungsmaßnahmen, klare Richtlinien und Anweisungen). Aufklärung über die Versicherungen des Arbeitgebers und deren Umfang kann der Betriebsrat nach § 80 Abs. 2 BetrVG verlangen, das gleiche gilt für die Anzahl und Art der betrieblichen Schadensfälle. In Frage kommt auch der Abschluß einer Betriebsvereinbarung, um diese Frage einheitlich zu regeln.

Die unbefriedigende Rechtslage macht eine gesetzliche Regelung dringend erforderlich. Bisher existieren lediglich vereinzelte tarifliche Haftungsbeschränkungen. Bereits 1977 hatte der DGB in seinem Entwurf für ein Arbeitsgesetzbuch vorgeschlagen, die Arbeitnehmerhaftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu beschränken.

Scharfer Widerstand kommt von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. In einer Stellungnahme aus dem Jahre 1977 argumentiert sie: "die vorbeugende Funktion einer Haftung, zur Sorgfalt anzuhalten, Schäden des Arbeitgebers und von Dritten zu vermeiden und die mit solchen Schäden verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren einzuschränken, sei bei einer Haftungsbeschränkung nicht mehr gewährleistet. Die Schaffung eines Haftungsfreiraums für Fahrlässigkeit fördere den unsorgfältigen Umgang mit Fahrzeugen, Maschinen und anderen Arbeitsmitteln, die wirtschaftlichen Auswirkungen beträfen Arbeits- und Produktqualität und berührten damit auch das allgemeine Konsumenteninteresse, der Verlust der präventiven Funktionen der Haftung stehe auch im Widerspruch zu den Eigeninteressen der Arbeitnehmer, weil hierdurch Unfallgefahren im Rahmen kollegialer Zusammenarbeit wüchsen."

Barbara Degen

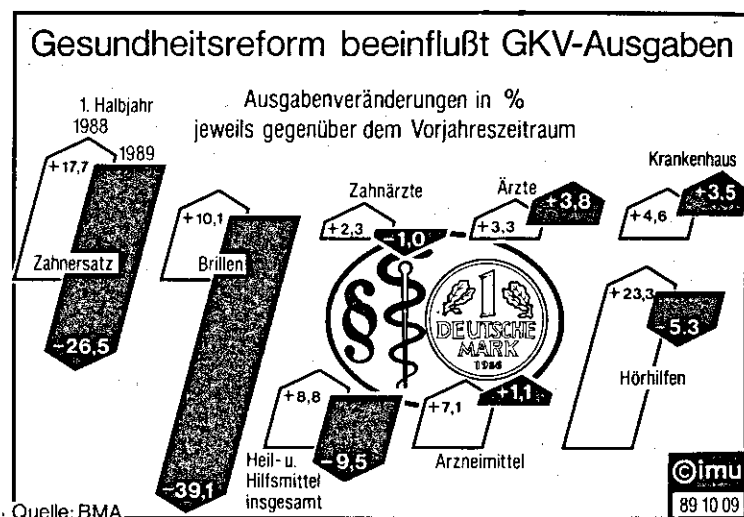
Das Damoklesschwert und die Disziplinierungsfunktion einer vollen Arbeitnehmerhaftung sollen auf jeden Fall erhalten bleiben.

Nach der Gesundheitsreform – jetzt die Krankenkassen an der Reihe

Bundesarbeitsminister Blüm wurde in den letzten Wochen nicht müde, auf die "Erfolge" seiner "Gesundheitsreform" hinzuweisen: Die Krankenkassen könnten ihre Beitragssätze halten oder sogar senken. Die Kehrseite des "Erfolgs", der im wesentlichen auf den starken Ausgabensteigerungen des Vorjahres – dem sogenannten "Blüm-Bauch" – beruht, sind die zunehmenden Belastungen insbesondere für chronisch Kranke und Behinderte durch weitere private Zuzahlungen und Leistungskürzungen. Weitere Belastungen werden schrittweise bis 1991 folgen.

Doch auch dabei wird es nicht bleiben. Vorbereitet wird ein Gesetz zur Organisationsreform der Krankenkassen – mit wahrscheinlich noch weitreichenderen Folgen für die solidarische Gesundheitssicherung. Bereits das "Gesundheitsreform-Gesetz" (GRG) hat, z. B. durch Ein-

Ende Oktober hat auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum wiederholten Male gefordert, daß dem GRG "alsbald weitere Schritte zur Kosteneinsparung im Krankenhausbereich, eine Anpassung der Organisationsstruktur der Krankenversicherung an die



führung der Versicherungspflichtgrenze auch für Arbeiter, weitgehende Auswirkungen auf die verschiedenen Krankenkassenarten. Die Richtung der Maßnahmen: Mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und eine stärkere Privatisierung des Gesundheitswesens. Die geplante Krankenkassenreform soll das weiterführen.

Ursprünglich war vorgesehen, beide Vorhaben gleichzeitig anzugehen. Bei den Beratungen zum GRG zeigte sich jedoch, daß über die Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung innerhalb der Koalition kein Konsens herzustellen war. Deshalb wurde das Arbeitsministerium beauftragt, für Anfang der nächsten Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Die Koalitionsfraktionen haben das in einer Bundestagsentschließung Mitte Juni noch einmal bekräftigt und nach dem GRG "weitere Reformschritte", insbesondere hinsichtlich der Krankenkassenstruktur, der "Überkapazitäten im Gesundheitswesen" und der "Probleme in der stationären Versorgung" angekündigt.

gewandelten Verhältnisse und die wichtige Frage des Zugangs von Leistungsbrechern zur Kassentätigkeit" folgen müssen. Doch auch die Gewerkschaften verlangen eine rasche Kassenreform, und auf Antrag der SPD wurde bereits 1988 eine Bundestags-Enquete-Kommission zu diesem Thema gebildet, die noch Ende dieses Jahres ihre Vorschläge vorlegen will.

Gegenwärtig sind die meisten Arbeiter in der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) zwangsversichert, während Angestellte die relativ freie Wahl der Ersatzkasse bzw. privater Versicherung haben, wenn sie oberhalb der Versicherungspflichtgrenze (1989: 4575 DM) liegen. Mit der Zunahme des Anteils der Angestellten an der Beschäftigtenzahl hat sich auch die Mitgliedschaft verschoben: Allein die Barmer Ersatzkasse konnte im vergangenen Jahr ihren Versichertenbestand um 300 000 auf 6,5 Millionen Mitglieder erhöhen.

Da die AOK als "Basiskasse" jeden aufnehmen muß, sind bei ihr zudem die "schlechten Risiken" (z. B. Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Behinderte in

Werkstätten, gering Verdienende usw.) überdurchschnittlich stark vertreten. Die Grundlohnsumme – nach der die Beitragssätze berechnet werden – betrug deshalb 1988 bei der AOK durchschnittlich 30 000 DM im Jahr, bei den Betriebskrankenkassen hingegen 38 000 DM. Da die Leistungen weitgehend einheitlich festgelegt sind, kommt es so zu starken (auch regional stark schwankenden) Beitragssatzunterschieden: Sie liegen zwischen rund 7,5 Prozent bei einer süddeutschen Betriebskrankenkasse und etwa 16 Prozent bei der AOK Papenburg.

Das "gegliederte" Krankenversicherungssystem mit seinen 1147 selbständigen Krankenkassen führt aber nicht nur zu derart unhaltbaren Unterschieden, es zerstört auch die solidarische Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung, indem beispielsweise durch den Auszug "guter Risiken" aus den Ortskrankenkassen (verstärkt durch die Gründungswelle von Betriebskrankenkassen und die Einführung der Versicherungspflichtgrenze auch für Arbeiter) der Solidarausgleich unmöglich gemacht wird.

Während eine breite gesellschaftliche Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit einer Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, ist die Frage des "wie" heftig umstritten. Die Interessen und Zielstellungen gehen weit auseinander. Sie reichen von der Lohnkostensenkung bis zur Herstellung gleicher Lebensbedingungen, vom Schutz der AOK bis hin zu mehr Wettbewerb und stärkerer Privatisierung, richten sich aber auch auf die Einschränkung des Leistungsumfanges der gesetzlichen Krankenversicherung und Änderungen bei der Selbstverwaltung.

Eine einheitliche, starke Versicherung, wie sie noch 1977 von der IG Metall gefordert wurde, ist derzeit in den Gewerkschaften allerdings kein Thema mehr. Die IGM etwa fordert die sozialrechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer, ein einheitliches Mitgliedschafts-, Beitrags- und Leistungsrecht sowie vordringlich einen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Kassenarten. Angestrebt wird eine regionale Organisationsstruktur und die freie Wahl der Krankenkasse durch alle Arbeitnehmer. Der kassenartübergreifende Finanzausgleich – durch den allein die unterschiedlichen Bedingungen für die Krankenkassen einander angenähert werden könnten – wird jedoch von den Unternehmerverbänden, der CDU und FDP, den Ersatzkassen usw. als Schritt zur Einheitsversicherung scharf abgelehnt. Sie setzen stärker auf Kostensenkung durch mehr Wettbewerb und Leistungsabbau. Und auch die SPD fordert lediglich einen kasseninternen Finanzausgleich.

Obwohl sich derzeit aufgrund des Fehlens eines konsensfähigen Konzepts lediglich eine relativ kleine "Organisationsreform" unter weitgehender Beibehaltung der bestehenden Strukturen abzeichnet, werden damit trotzdem weitreichende Folgen verbunden sein: Leistungsabbau sowie Änderungen bei der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Udo Gelhausen

DDR-Gewerkschaften wollen erneut Vertrauen gewinnen

Ende Oktober meinte Franz Steinkühler, der Vorsitzende der IG Metall, auf dem 16. Gewerkschaftstag in Frankfurt, daß die Perestrojka nur funktionieren könne, "wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diesen Prozeß aktiv unterstützen und gestalten". Dazu seien allerdings freie und unabhängige Gewerkschaften notwendig, die Tarifverträge abschließen sowie Löhne, Gehälter, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen frei aushandeln können. Das Streikrecht sei unerlässlich. Genau das sind die Themen, die gegenwärtig in der DDR im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und seinen Gewerkschaften lebhaft diskutiert werden.

Diese Diskussion wurde allerdings durch die Bewegung der Straße erzwungen. Es war die Massenflucht Zehntausender, die Massendemonstrationen und die Empörung an der Basis, die radikale Änderungen auf die Tagesordnung setzten.

Der Vorsitzende des FDGB, Harry Tisch, mußte zurücktreten. Die neugewählte Vorsitzende Annelis Kimmel gestand ein, daß die Gewerkschaften einen beträchtlichen Vertrauensverlust erlitten haben. Ursache hierfür sei das kritiklose Zugrundelegen der Politik der SED gewesen sowie die ungenügende Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bei der Interessenvertretung der Mitglieder und der Beschäftigten. Annelis Kimmel: "Wir waren bisher zu zahn, lediglich eine Erklärungsgewerkschaft."

Für die weitere Entwicklung der DDR ist es aber ganz entscheidend, wie es dem FDGB gelingt, das verlorengegangene Vertrauen wiederzugewinnen. In "Der Gewerkschafter" (Nr. 11/1989) meinte Hanns-Werner Schwarze: "Bei diesem FDGB liegt ein Schlüssel für die Zukunft der DDR."

Im FDGB gab es offensichtlich schon früher ernsthafte Diskussionen über neue

Konzeptionen, die allerdings nicht in aller Offenheit und öffentlich geführt werden konnten. Am 1. November, also vor der Ablösung Tisches und der Wahl von Annelis Kimmel, wurde in der "Tribüne", der Tageszeitung des FDGB, ein Diskussionspapier der Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" in Bernau veröffentlicht, in der die Eigenständigkeit und innergewerkschaftliche Demokratie sowie die Interessenvertretung auf ökonomischem, sozialem, politischem und geistig-kulturellem Gebiet eingefordert wurden.

In diesem Diskussionspapier findet sich auch die folgende Formulierung, die gegenwärtig in der Mitgliedschaft des FDGB heiß diskutiert und zum Teil, vor allem hinsichtlich möglicher Arbeitsniederlegungen, nicht unumstritten ist:

"Die Gewerkschaften fordern, daß ihnen rechtzeitig Einblick gewährt wird in die Entscheidungsvorbereitungen der Staatsorgane auf wirtschaftspolitischen, rechtspolitischen, kulturpolitischen und bildungspolitischen Gebiet. Das muß das Recht auf Unterbreitung von Vorschlägen für Rechtsvorschriften und auf Kontrolle über die Durchführung getroffener Ent-

Franz Steinkühler zur DDR

Klar ist aber auch: Im europäischen Haus muß Platz für alle Deutschen wie für die Völker Osteuropas sein. Allerdings wäre es für unsere Nachbarn beruhigender, wenn die Deutschen zwei separate Wohnungen in diesem europäischen Haus mieten würden.

Die Eigenstaatlichkeit, die Souveränität der DDR in gesicherten Grenzen ist die Voraussetzung dafür, daß die Menschen in der DDR ihren Weg selbst bestimmen können.

Es geht allerdings nicht, daß die bundesdeutsche Wirtschaft, voran die Banken, Gewinne mit dem nach wie vor guten Schuldner DDR macht, während die Lasten der Reform in der DDR durch die Arbeitnehmer aufzubringen sind.

Die spannungsgeladene Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR hat alle Chancen, zu einer Friedensgrenze zu werden. ... Jetzt muß die Bundesregierung ein deutliches Zeichen der Abrüstung setzen. Der Jäger 90 darf nicht gebaut werden, die Zahl der Bundeswehrsoldaten ist zu reduzieren, und die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa muß verringert werden. (Aus "metall" Nr. 23 vom 17. November 1989)

scheidungen einschließen. Notwendig sind gesetzliche Regelungen für gewerkschaftliche und staatliche Organe im Konfliktfall (einschließlich Arbeitsniederlegung).

Der Schutz der Gewerkschaftsfunktionäre vor ungerechtfertigten Kritiken und Maßregelungen sowie die notwendige Freistellung für Gewerkschaftsarbeit sind zu gewährleisten. Diese und weitere Rechte sollten in einem Gewerkschaftsgesetz fixiert werden."

Der FDGB will alsbald einen außerordentlichen FDGB-Kongreß durchführen, auf dem die Führung neu gewählt und auch neue programmatische Vorstellungen verabschiedet werden sollen.

Die Entwicklung in der DDR findet naturgemäß in der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Linken unseres Landes große Aufmerksamkeit. In „metall“ vom 17. November wird festgestellt:

„Tatsächlich scheint der schlafende Riese zu erwachen. Seit der Wahl von Annelis Kimmel zur neuen Chefin des FDGB weht ein frischer Wind durch die Verwaltungsstuben der Organisation. Die Vorsitzende sucht die Nähe zur Basis.“

In der Zeitschrift „Sozialismus“ (Nr. 11/89) wird vermerkt: „Sicherlich: Daß die politische Avantgarde der DDR mit den breiten Massen debattiert, kommt nicht von ungefähr – sie steht mit dem Rücken zur Wand. Trotz alledem wurde hier ansatzweise eine Dimension von Demokratie sichtbar, mit der die sich ständig lobenden kapitalistischen Hauptländer kaum mithalten können.“

Die Entwicklung in der DDR hat aber auch eine politische Dimension, die die Herrschenden bei uns aufgeschreckt hat. Es ist die Furcht, daß der Sozialismus in demokratischer und humanistischer Form wieder zu einem Leuchtturm für die Sehnsucht von Millionen Menschen in unserem Land werden könnte.

Besonders empört ist die „Frankfurter Allgemeine“ über Steinkühlers Bemerkung in seinem Grundsatzreferat auf dem 16. Gewerkschaftstag: „Die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft. Deshalb bedeuten Glasnost und Perestrojka Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus. Deshalb darf für die Reformpolitik in Osteuropa und insbesondere in der Sowjetunion nicht der Manchesterkapitalismus die Zukunftsvision einer neuen Gesellschaft prägen, sondern die Idee des demokratischen Sozialismus.“

Ernst Otto Maetzke sieht „eine ‚große‘ Hübendrüben-Koalition“ entstehen. „Sie will auf dem Boden der gegenwärtigen DDR nicht nur den Sozialismus retten, sondern sogar ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‚Sozialismus des dritten Weges‘ entstehen lassen.“ Warum eigentlich nicht? H. Sch.

Hat die CGT Greuelthaten in China gerechtfertigt?

In seinem Grundsatzreferat auf dem 16. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall warf Franz Steinkühler der französischen CGT vor, Greuelthaten gegen Demonstranten auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking Anfang Juni gerechtfertigt zu haben. Albert Klein, der Regionalsekretär der CGT für Elsaß-Lothringen, gab dazu folgende Stellungnahme gegenüber NACHRICHTEN ab:

Die CGT ist häufig Verleumdungen ausgesetzt. Ihre Stellungnahmen erscheinen in der Presse verstümmelt, viele ihrer Aktivitäten werden verschwiegen.

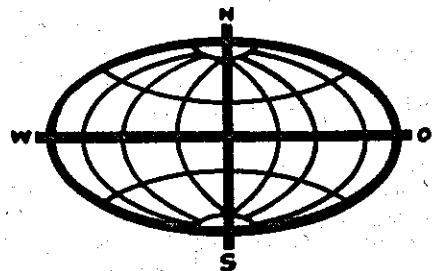
Die Haltung der CGT zu den tragischen Vorkommnissen in China läßt sich folgendermaßen dokumentieren: Vom 21. bis 26. Mai fand der Gewerkschaftstag der CGT statt. In seiner Eröffnungsrede am Sonntag, dem 21. Mai, ging Henri Krasucki, Generalsekretär der CGT, auch auf die aktuellen Ereignisse in China ein: „Ich möchte China erwähnen, wo große Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet im Gange sind. Im Namen des Kongresses äußere ich den Wunsch, daß China die Mittel findet, um vorwärts zu gehen auf dem komplexen Weg der demokratischen Reformen, die insgesamt auf der ganzen Welt auf der Tagesordnung stehen.“

Eine Delegation der chinesischen Gewerkschaft nahm am Kongreß teil. Fang Chiade, Mitglied des Sekretariats der chinesischen Gewerkschaft, gab folgende Erklärung gegenüber der Zeitung „Vie Ouvrière“: „Die Mehrheit der Studenten und Jugendlichen sind patriotisch. Sie wollen eine schnellere Entwicklung der Demokratie. Auch die chinesische Gewerkschaft teilt diese Auffassungen. In einer kurzen Zeit hat die wirtschaftliche Reform wichtige Errungenschaften gebracht. Es geht jetzt darum, die Reformen zu beschleunigen und auch die politischen Strukturen zu reformieren, Korruption und Günstlingswirtschaft zu beseitigen. Die Lage erfordert die Bereitschaft und den Willen, das anzupacken. Zwingend erforderlich sind friedliche Methoden, die Gesprächsbereitschaft muß gefördert werden.“

In einer Pressemitteilung der Nachrichtenagentur AFP wurde am 21. Mai die Erklärung des Vertreters der chinesischen Gewerkschaft auf dem 43. Kongreß der CGT gemeldet: „Die chinesischen Gewerkschaften unterstützen die patriotische

Mehrheit der Studenten.“ Auf dem Kongreß selbst konnte kein Antrag zu den tragischen Ereignissen in China gefaßt werden, da diese erst am 3. und 4. Juni stattfanden.

Am 5. Juni verurteilte der Vorstand der CGT die blutigen Ereignisse in China und forderte das unmittelbare Ende der Gewalt. Diese Erklärung wurde veröffentlicht und ging am gleichen Tag an die chinesische Botschaft in Paris. Zusätzlich hat die



CGT alle ihre Gewerkschaften zu Initiativen aufgerufen, um energisch bei der chinesischen Botschaft zu protestieren.

Am 6. Juni meldete AFP, daß etwa 40 Gewerkschaften, Parteien, kulturelle und humanitäre Gruppierungen eine Kundgebung für Mittwoch, den 7. Juni, vorbereitet haben. Mit diesen Kundgebungen sollte in ganz Frankreich das Bestreben der chinesischen Studenten und des Volkes nach Demokratie unterstützt werden. Die CGT wirkte in dieser Bewegung mit, unterzeichnet hatten auch die FO, die CFTC und die CGC, die leider an den Kundgebungen wegen der Teilnahme der CGT fehlten.

Am 21. Juni protestierte die CGT erneut gegen die Hinrichtung von drei jungen Demonstranten und forderte das Ende dieser unerträglichen Taten; sie verurteilte, daß die chinesischen Behörden weiterhin auf der blutigen Verfolgung beharren. Am 23. Juni hat die CGT, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Parteien, auf der Grundlage eines Aufrufs der „Ligue des Droits de l'homme“ an einer Delegation zur chinesischen Botschaft teilgenommen und dabei die Einstellung der Hinrichtungen verlangt. Einzelgewerkschaften der CGT haben neben der Dachorganisation gleiche Schritte unternommen, oft in Gewerkschaftseinheit mit den anderen Organisationen, so z. B. die Journalisten mit der CFTD und den Autonomen. Das sind die Fakten.



Alternative zu Monopoly

An dieser Stelle, die im allgemeinen der Buchbesprechung vorbehalten ist, wollen wir diesmal anläßlich der Weihnachtszeit ein Gesellschaftsspiel für die ganze Familie vorstellen. „That's Life – das Spiel fürs Leben“ zeigt kurzweilig und spannend den Widerspruch zwischen Lebensplanung und dem von Überraschungen und Zufällen bestimmten tatsächlichen Lebenslauf. Ziel des Spiels ist es, eine vorgegebene Lebensplanung trotz unvorhergesehener Ereignisse im großen und ganzen einzuhalten.

Und so wird es gespielt: Zu Beginn des Spiels wird das „Leben“ erst einmal geplant. Hierbei haben alle Mitspieler die gleichen Chancen (wie lebensnah!). Innerhalb von fünf Bereichen (Soziales, Karriere, Glück, Reichtum, Bildung) kann man sich sein Lebensziel individuell zusammenstellen. Will ein Mitspieler vor allem Reichtum und Karriere, so setzt ein anderer vielleicht auf Bildung und Glück. Das einmal gesetzte Ziel kann im Laufe des Spiels nur noch geringfügig korrigiert werden.

Ist die Planungsphase abgeschlossen, beginnt des Lebens Lauf. Mit Hilfe von Würfeln zieht man auf einem Rundkurs entlang, bei dem die einzelnen Felder den Lebensjahren entsprechen. Das Schicksal in Form von über 100 Ereigniskarten nimmt nun seinen Einfluß auf das Spielgesche-

Daneben gibt es aber auch, und darin liegt der Reiz des Spiels, Situationen aus dem Arbeits- und Privatleben, bei denen der Spieler eine Entscheidung treffen muß.

Zum Beispiel: „Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Beteiligen Sie sich an der Urabstimmung, auch wenn es der Karriere schadet?“ Je nach der Entscheidung, die der Spieler fällt, geht es rauf



oder runter auf der Karriere- und Glückssleiter. Hat man das sechzigste Lebensjahr erreicht, so kann man das Spiel beenden, wenn in mindestens zwei Bereichen die erreichten Lebensziele mit der Planung übereinstimmen.

Das Spiel ist modern aufgemacht. Besonders positiv zu bewerten ist die Kurzspielregel, die jeder Teilnehmer vor sich liegen hat. Damit entfällt das bei manchem Spiel so mühsame Blättern in den Spielregeln. Spieldauer etwa eine Stunde.

Spielerisch werden bei „That's Life“ Probleme und Konfliktsituationen aus dem Angestelltenbereich (Gewerkschaftsmitgliedschaft, beruflicher Aufstieg auf Ko-

Angestellten-Magazin: That's Life – Das Spiel fürs Leben, Bund-Verlag, Köln 1989, 39,80 DM.

hen. Diese Ereigniskarten bringen sowohl Glück („Sie haben 200.000 DM gewonnen“) als auch Pech („Ihr Arbeitsplatz wird wegrationalisiert“), beides müssen die Mitspieler einfach hinnehmen.

sten des Familienlebens etc.) aufgegriffen. Die Bewertung der getroffenen Entscheidungen ist allerdings manchmal etwas durchsichtig. Trotzdem ist es eine Alternative zu „Monopoly“. P. H.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK
Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

Herausgeber: Manfred Balder, Uschi Döring, Rainer Einkenkel, Regina Fuhrmann, Dettlef Haag, Heinz Hummler, Heinz Lukrawka, Willi Malkomes, Heinz Seeger; † Arthur Böppe, Leonhard Mahlein.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Berthold Goergens, Bernhard Keßler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit den vierteljährlichen Beilagen „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember) und „betriebliche Praxis“ (Februar, Mai, August, November).

Einzelpreis 5,- DM; Jahresabonnement 48,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 305040-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

ISSN 0047-8598

Redaktionsschluß: 1. Dezember 1989
Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss

Nachrichten Verlags-Gesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749, 6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 778079, Telefax 778070

VERLAGSINTERNES

Hohen Besuch konnte die Redaktion Ende November empfangen. Auf dem Weg zu einer Kundgebung in der Bundesrepublik stattete uns der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsdachverbandes Confédération Générale du Travail (CGT), Henri Krasucki, einen Besuch ab.

Selbstverständlich nutzten wir diese Gelegenheit, den Vorsitzenden des einflußreichsten Gewerkschaftsbundes in Frankreich für ein Interview, das wir – Übersetzung, Bearbeitung und Freigabe erfordern die Zeit – in der Januarausgabe bringen. Fragen zur Haltung der CGT zum künftigen EG-Binnenmarkt, zur Zusammenarbeit der Gewerkschaften sowie zu gewerkschaftlichen Problemen im eigenen Land waren Gegenstand des Interviews wie der persönlichen Gespräche, die wir mit dem CGT-Funktionär führten.

Eine Rolle spielte dabei natürlich auch der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall, auf dem Franz Steinkühler, von einer Zusammenarbeit mit der CGT nicht gerade begeistert, behauptete, die französische Gewerkschaft habe die Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China Mitte des Jahres begrüßt; nicht mehr als ein durchsichtiger Vorwand, den Kontakt zur CGT erst gar nicht zu beginnen. Sie sei sowieso „kommunistisch“.

Was schon auf dem Gewerkschaftstag von Delegierten angezweifelt wurde, war für uns Anlaß, der Sache einmal nachzugehen. Noch bevor wir vom Besuch Krasuckis erfuhren, wandten wir uns – auch der einfacheren Kommunikation, in deutscher Sprache, wegen – an den Regionalsekretär der CGT im Elsaß, Albert Klein. Ihn baten wir um eine Stellungnahme. Sie steht auf der gegenüberliegenden Seite: Hat die CGT Greuelthaten gerechtfertigt?

Viel Gehirnschmalz hat es uns schon gekostet – und wird es weiter kosten –, was wir unseren Lesern ab der Januarausgabe in einem ersten Schritt zur besseren Präsentation unserer Zeitschrift anzubieten haben. Wir beginnen eine Neukonzeption des Inhalts, der Informationsaufbereitung, der Berichterstattung, aber auch der Gestaltung im Layout mit der Einführung von Schwerpunktthemen in NACHRICHTEN.

Im „Gravitationszentrum“ – um nicht das Wort Schwerpunkt noch mal zu verwenden – der nächsten Ausgabe steht die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der DDR. Diese Gewichtung ist ein erstes Resultat aus vielen Diskussionen mit LeserInnen und soll nicht das letzte bleiben. Stück für Stück kommen alle Teile der Zeitschrift in die „Perestrojka“. Diese läuft aber bekanntlich am besten mit Beteiligung der Betroffenen ab. Daher sind wir sehr an Meinungen, an Kritik und Vorschlägen dazu interessiert. Gemeinsam sollen die NACHRICHTEN besser gemacht werden. jaco

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Postvertriebss
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr.
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt

FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

12/89

TERMINKALENDER

- **16./17. Dezember**
DGB-Landesbezirkskonferenz NRW in Münster
- **19./20. Dezember**
Parteitag der SPD in Westberlin
- **19./20. Januar 1990**
DGB-Landesbezirkskonferenz Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern
- **26./27. Januar**
DGB-Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg in Fellbach
- **1. Februar**
DGB-Landesbezirkskonferenz Hessen in Friedberg
- **9. Februar**
DGB-Landesbezirkskonferenz Berlin im ICC
- **9./10. Februar**
DGB-Landesbezirkskonferenz Niedersachsen in Aurich

- **10./11. Februar**
2. bundesweite Aktionskonferenz „Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus“, Frankfurt
- **16./17. Februar**
DGB-Landesbezirkskonferenz Nordmark in Travemünde

*Allen LeserInnen
und MitarbeiterInnen
wünschen wir
erholsame Feiertage
und ein erfolgreiches 1990
Verlag und Redaktion*

- **16. bis 18. Februar**
Außerordentlicher Parteitag der DKP in Wuppertal
- **3./4. März**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Gießen
- **8. März**
Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag in allen DGB-Kreisen
- **29. bis 31. März**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Krefeld
- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **1. Mai**
Kundgebungen und Demonstrationen in den DGB-Kreisen
- **20. bis 26. Mai**
14. ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Hamburg
- **17. bis 22. September**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Hamburg
- **27. bis 29. Oktober**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Krefeld
- **4. bis 9. November**
16. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Würzburg

Zu guter Letzt

Nachhilfe

Der 12. zentrale Jugendtag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung am 27. und 28. Oktober in Krefeld beschloß folgenden Antrag (Auszug):

In den letzten Wochen hat Helmut Haussmann des öfteren betont, die Facharbeitskräfte in der BRD seien bereits außerordentlich knapp. Das scheint besonders für die FDP zuzutreffen, die seit längerem nicht mehr in der Lage ist, hochqualifizierte Regierungsposten adäquat zu besetzen. Nach Martin Bangemann versucht sich nun ein wirtschaftspolitischer Berufsanfänger namens Haussmann im verantwortungsvollen politischen Alltagsgeschäft – leider auf der Grundlage völlig veralteter beruflicher Kenntnisse.

Da gibt es für die BRD ein Grundgesetz, das seit dem 23. Mai 1949 gültig ist und das mit seinem Artikel 9 zur Vereinigungsfreiheit die Tarifautonomie deckt, also das Recht von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen und Löhne in freien Verhandlungen zu regeln. Doch Helmut Haussmann behauptet öffentlich, die Länge der Arbeitszeit sei eine hochpolitische Aufgabe und dürfe nicht allein den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen bleiben.

Da wurde ein Bundeskartellamt eingerichtet, welches die Bildung von nicht zu kontrollierender Marktmacht verhindern soll. Gegen dessen ausdrückliche Ablehnung genehmigt Helmut Haussmann die Fusion von MBB und Mercedes-Benz.

Die BRD hat nach wie vor mehr als zwei Millionen Arbeitslose. Helmut Haussmann spricht von einem leergefegten Arbeitskräftemarkt...

Aufgrund dieser Aussagen kommen die Delegierten des 12. zentralen Jugendtages zu folgenden Forderungen:

Die Verwaltungsstellen werden aufgefordert, Helmut Haussmann sofort zum nächsten Grundseminar „Die Aufgaben der Gewerkschaften im demokratischen Staat“ einzuladen. Kosten trägt die Verwaltungsstelle. Die WBS bietet Helmut Haussmann die Kurse Arbeitsrecht I und II, Sozialpolitik, Betriebswirtschaft und Tarifgestaltung zum kostenlosen Studium an. Kosten trägt der HV und, über öffentliche Fördermittel, der Bund...

Ich bestelle hiermit:

- ☐ **NACHRICHTEN** im Abonnement für 48 DM im Jahr inkl. Porto
- ☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos** und unverbindlich zur Probe

12/89

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

- ☐ Den Abonnementpreis zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung

- ☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten geworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18, Postfach 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90, Telefon: (069) 77 80 79



Liebe Abonnentinnen und Abonnenten!

Wir wollen es Ihnen gleich im ersten Satz sagen: Diese Ausgabe der NACHRICHTEN ist die letzte. Nach knapp drei Jahrzehnten journalistischer Arbeit für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik fällt es uns schwer, uns in dieser Form an unsere Leserschaft zu wenden.

Wir haben hin und her gerechnet. Aber ein gewisser Rückgang an Abonnenten sowie gekündigte Dienstleistungsverträge haben eine so schwierige finanzielle Situation geschaffen, daß eine seriöse Absicherung von Zeitschrift und Verlagsproduktion derzeit nicht mehr möglich ist. Alle internen Sparmöglichkeiten sind ausgeschöpft.

Die im Verlag produzierten Bücher sowie Titel der nachrichten-reihe können (zunächst unter der bisherigen Anschrift) weiter bezogen werden.

Bei dieser Gelegenheit bitten wir darum, alle noch offenstehenden Rechnungen zu begleichen, da wir jede Mark dringend für abschließende Arbeiten benötigen.

★ ★ ★

Wir können uns selbst noch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß nun die Idee, die mit der Zeitschrift verkörpert wurde, aufgegeben werden muß. Deshalb meinen wir, daß es einen irgendwie gearteten Neuanfang für die Artikulierung progressiver Gewerkschaftspolitik geben muß. Darüber wollen wir intensiv nachdenken und alles Mögliche dafür tun.

Alle Abonnentinnen und Abonnenten, die uns dabei helfen wollen, könnten dies mit einer Spende – z. B. Überweisung der Abo-Gebühren für 1990 – tun.

Wir werden unsere AbonnentInnen zur gegebenen Zeit informieren.

Frankfurt/Main, den 7. Dezember 1989

Redaktion und Verlag